

autonomes
Blättchen



#23
DEZ 2015_FEB 2016

Hallo,

das Autonome Blättchen ist haarscharf am Tode vorbeigeschrappt und liegt mit schweren Verletzungen auf der Intensivstation. Trotz der vielen frischen Blumen auf dem Nachttischchen gibt es wenig Grund, eine schnelle Genesung anzunehmen. Die Ärzt_innen wagen keine Prognose. Es kann eine lange Phase der Genesung beginnen – aber es ist auch mit dem plötzlichen Ableben zu rechnen. Dass du's weißt!

Na ja, die gute alte 23! Von wegen Verschwörungstheorie! Wer weiß, wofür die noch alles verantwortlich ist. Sicher nicht für die guten Aktionen, die in diesem Heft dokumentiert werden. Mal sehen, was sich mit der Quersumme anstellen lässt...

Diese Ausgabe kommt zwar (ihr wisst, wegen Krankheit) sehr spät, aber sie enthält interessante Berichte, Analysen, Einschätzungen und Aufrufe.

Da wir facebook schon lang aus tiefstem Herzen hasen, freuen wir uns besonders über die Aktion gegen das Gesichtsbuch in Hamburg. Nichts von gehört? Lest.

Menschen griffen auch AfD und CDU an. Lest selber. Andere rufen zu allerlei Aktionen auf und wundern sich, dass so wenig passiert, wo die Verhältnisse so beschissen sind. Letzteres tun wir auch.

Der Ausnahmezustand in Frankreich ist ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt worden. Schon haben sich die Menschen dran gewöhnt. An Durchsuchungen, Hausarreste, Festnahmen. An das Demoverbot halten sich nicht alle. Dazu ein Bericht von den Protesten zum Klimagipfel.

Mit dem schwer erträglichen Gerede nach den unerträglichen Anschlägen von Paris beschäftigen sich ein paar Texte aus Frankreich und Deutschland. Aber lest selbst.

Danke für den Reisebericht von den Schlupflöchern an den Grenzen! Es ist gut, wenn über die Situation berichtet wird. Denn mittlerweile ist es ja so, dass Medien und unliebsame Beobachter_innen beiseite geschafft werden, wenn Flüchtende von Militärs und Bullen misshandelt werden. Lest, Greift ein, öffnet die Grenzen!

Schickt weiter fleißig Texte oder schickt uns Mails oder „Kommentare“ über die Internetpräsenz. Da geht das anonym. Geld lässt sich so nicht transferieren. Das müsst ihr immer noch gut verpackt im Brief schicken oder bei unserer Postadresse in den Briefkasten schmeißen. Denn das kranke Blättchen braucht zwar Medizin in Form von Texten – ohne genügend Geld würde es jedoch aus dem Krankenhaus geschmissen und verreckte elendig auf der Straße. Im Zweifelsfall bevorzugen wir einen langen Kuraufenthalt oder die Palliativstation. Zu viele biologistische Vergleiche? Na, dann manchen wir jetzt mal Schluss mit diesem Vorwort.

Der Einsendeschluss der nächsten Ausgabe wird der 1. März sein! Der sehr regelmäßige Rhythmus ist halt etwas durcheinander. Rythmusstörungen! Ach herrjeh!

Gruß, eure Redaktion

P.S.: schickt uns Texte - aber bitte keine Links. So was nerviges...

Impressum:

Nr. 23 - Dezember/Januar/Februar 2015/16

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

2188 A430 857F 1DCE E089

B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. März; 1. Juni; 1. September; 1. Dezember

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Inhalt:

- | | |
|--|---|
| 04: Sonderzug zur Klimakonferenz blockiert | nach den Anschlägen in Paris: |
| 04: Nachtrag zum Kabelbrand | 22: Kundgebung in Solidarität mit den Opfern des islamistischen Terrors |
| 05: Baumbesetzung in der JVA Köln | 22: Weder ihren Krieg noch ihren Frieden |
| 06: Knast ist keine Lösung, sondern Teil des Problems | 24: Unsere schönen tollen Gesellschaften |
| 07: Buchbesprechung: Die Anti-Atom-Bewegung | 25: Charlie Hebdo 2.0 |
| 08: CDU mit Farbe angegriffen | 28: Bericht von den Ingewahrsamnamen beim Klimagipfel in Paris |
| 09: AfD-Büro angegriffen | |
| 09: Festung Europa sabotieren - wir schaffen das | 32: Stadteilkampf, soziale Organisierung, revolutionäres Bewusstsein - ein Gespräch |
| 12: Absage an jegliches Hegemoniebestreben innerhalb des Widerstands | 36: Wut. Brüche - über feministische Wut |
| 15: Überall Grenzen. Eine Reise zu den Sackgassen und Schlupflöchern Europas | 40: Kaufen gegen den Kapitalismus!? |
| 17: Lass dich nicht verarschen. Über das Internet der Dinge | 45: Weg mit dem PKK-Verbot - ein Aufruf |
| 18: Facebook Deutschlandzentrale in Hamburg „gehackt“ | 46: Beendet die Belagerung von Silvan! |
| 21: Das „Netz“ begreifen - in aller Kürze | 47: Prozessankündigung aus Hannover |

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönliausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen
will an dein Sparwein!



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Sonderzug zur Klimakonferenz in Paris blockiert!

Block the Train to Paris - Der Klimagipfel ist Teil des Problems!

Am 28. November reisen auf Einladung der Bahn geladene Delegierte, unter anderem die BRD-„Umweltministerin“, mit einem Sonderzug nach Paris, um dort am Klimagipfel teilzunehmen.

Wir haben den Zug in Frankfurt abgefangen und seine Weiterfahrt blockiert!

Die „umweltfreundliche“ Anreise, beworben durch die Deutsche Bahn, und medienwirksam benutzt durch hunderte Politiker_innen und Wirtschaftsvertreter_innen, ist Teil eines Spektakels. Ein Spektakel, mit dem uns seit Jahrzehnten Klimaschutzbemühungen vorgegaukelt werden. Nach außen wird behauptet, nach Hochdruck an der Rettung des Weltklimas zu arbeiten.



Doch das ist eine Ablenkung! Für uns ist die Klimafrage untrennbar mit der Systemfrage verbunden. Wir leben in einem Wirtschaftssystem, das ohne ständigen Profit und immer mehr Wachstum nicht existieren kann (und trotzdem periodisch in Krisen verfällt). Wir werden beherrscht von einem Staat, der vor allem das Eigentumsrecht derer schützt, die uns und die Ressourcen dieses Planeten ausbeuten wollen.

Solange das so bleibt, werden wir immer auf einen

gesellschaftlichen Kollaps zusteuern – die globale Erwärmung ist nur ein Ausdruck davon!

Staat und Wirtschaft können aus ihrer systembedingten Interessenlage heraus keine effektiven Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Deshalb kann nur unser eigenes, direktes Handeln die globale Erwärmung aufhalten!

Diejenigen, die in Paris verhandeln, sind zu einem großen Teil mitverantwortlich für die globale Erwärmung – weil sie gesellschaftliche Macht in ihren Händen halten, mit der diese Situation erst erzeugt wurde. Sie sind ALLEIN verantwortlich für die Repression, die Klimaaktivist_innen weltweit entgegen schlägt. In Paris wurden sämtliche Demos gegen den Klimagipfel verboten. Im rheinischen Braunkohlerevier sitzen 3 Umweltaktivist_innen, die T(h)ree, wegen direkten Aktionen in Untersuchungshaft.

Daraus folgt für uns: In Paris sitzen in den nächsten 2 Woche nicht die, die das Problem lösen – dort sitzen die, die das Problem verursachen!

Wir unterbrechen hier in Frankfurt deshalb ihre Anreise, um das der Öffentlichkeit klar zu machen – und auch ihnen selbst.

Das Blockieren dieses Zuges ist symbolisch – trotzdem fanden wir es notwendig, dieses Zeichen gegen die Selbstherrlichkeit der „Klimaunterhändler“ zu setzen. Doch wir müssen direkt aktiv werden: Kohletagebaue blockieren, Massentierhaltungsbetriebe abfackeln, Baugeräte zerstören, den Kampf um das Weltklima auf die Straße tragen, die Allmacht des Staates brechen.

**Wir sehen uns auf der Straße,
auf den Schienen und in den Wäldern!
Free the T(h)ree! - Kapitalismus endlagern!**

blockcop 21

Nachtrag zum Kabelbrand

am 14.09.15 bei Bremen (Dreye)

(Kein) Alarm in Bremen.

Wir nutzten die Nacht am Tag X gegen Urantransporte und sabotierten die Bahnstrecke Bremen-Osnabrück an der Weserbrücke. Der Kabelschacht brannte und legte den Zugverkehr lahm.

Zur selben Zeit stand der Urantransport in Maschen (HH) für mehrere Stunden. Anschließend änderte er seine Richtung und fuhr nicht über Bremen sondern Hannover. Ob wir mit unsere Aktion den Zeitplan und die Route sabotierten können wir nicht mit Sicherheit sagen, da weder Bullen noch Presse über den Kabelbrand berichteten. Lediglich in den Personenzügen zwischen Bremen und Osnabrück gab es am Morgen

des 15.09.15 Durchsagen, dass die Verspätungen auf „Vandalismus am Gleis“ zurück zu führen seien.

Die Taktik, militante Aktionen zu verschweigen, fahren die Bullen in Bremen schon seit langem. Sowie die anerkannten Protestformen „(Spontan)demos, Kundgebungen, Mahnwachen“ verlassen werden und gezielt Sachschaden verursacht wird, gibt es häufig keine Pressemitteilungen oder ähnliches. In Presse und Radio wird äußerst selten über militante Aktionen berichtet. Wir sehen dies als Teil einer Befriedungsstrategie von Stadt und Bullen. Die Angreifbarkeit von Institutionen, Infrastruktur und Verantwortlichen soll unsichtbar gemacht werden, indem über militante Aktionen öffent-

lich geschwiegen wird. Nachahmung soll damit entgegen gewirkt und das Bild einer friedlichen und zahmen Protestkultur erzeugt werden.

Für uns kann dies nur bedeuten, für die öffentliche Wahrnehmbarkeit militanter Aktionen selbst zu sorgen. Mit eigenen Medien, vom Flugblatt über Webseiten bis hin zu Zeitungen, können wir dafür sorgen dass unsere Interventionen gesehen und diskutiert werden. Auf bürgerliche Medien, die uns meist auf Spektakel und Klischees reduzieren, wollen wir uns ohnehin nicht verlassen.

Schauen wir nach vorn. Der nächste Urantransport, oder auch der nächste rassistische Großaufmarsch, stehen bevor. Gerade das Bahnnetz ist durch seine Komplexität und Vernetzung unglaublich angreifbar. Ein Kabelbrand sorgt dafür, dass auf der betroffenen Strecke alle Signale auf rot geschaltet werden

und solange keine Züge fahren, bis der Schaden repariert wurde. Menschen kamen bisher, auch laut Aussagen der Bahn, dadurch nicht in Gefahr.

Kabelschächte verlaufen entlang jeder Gleisanlage und sind in der Regel mit Betonplatten abgedeckt. Diese können mit einfachen Hebelwerkzeugen entfernt werden. Um dem Feuer genug Sauerstoff zukommen zu lassen ist es wichtig, dass der Kabelschacht auf mehreren Metern frei gelegt wird. Beim Brandsatz an sich können brennbare Flüssigkeiten und Grillanzünder verwendet werden. Viel hilft viel. Genauere Anleitungen, auch zur zeitlichen Verzögerung des Zünders, findet ihr beispielsweise in den autonomen Zeitungen „Prisma“; und „Bau was!“.

Für eine autonome und militante Praxis!

Operation yellow cake

Baumbesetzung in der JVA Köln Ossendorf

Ich befinde mich derzeit in der JVA Köln Ossendorf, weil ich wiederholt aktiv geworden bin im Kampf um den Erhalt des Hambacher Forstes. Und weil ich mir nicht mehr die Wahl meiner Mittel zum Verändern dieses Systems vorschreiben lasse. Mithilfe von Wahlen und Petitionen lassen sich höchstensfalls reformistische Ziele durchsetzen. Auch ich habe einige solcher Forderungen die zur sofortigen Verbesserung der Lage der Gefangenen führen sollen:

- tägliche Hofgang von mindestens zwei Stunden;
- die Erfüllung der Forderung der Gefangenengewerkschaft (GG/BO); besonders im Bezug auf die Einführung des Mindestlohns und einer Rentenversicherung für Gefangene und die Möglichkeit von veganer Ernährung für Gefangene.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen habe ich am 23. November während des Hofgangs einen der sich dort befindlichen Bäume besetzt und ein Transparent mit der Aufschrift „System Change not Climate Change!“ aufgehängt. Die Aktion richtet sich auch gegen den Klimagipfel der Politiker in Paris sowie gegen das herrschende System – es hat sie hervor und mich hinter Gitter gebracht. Von einem Treffen der „politischen Spitze“ erwarten ich und viele Teile der Bevölkerung schon lange keine Lösung mehr. Sie werden weiterhin industriefreundliche, systemerhaltende und massenbenachteiligende „Lösungen“ aushandeln.

Die Probleme sind zu groß um sie Politiker*innen und Parteien zu überlassen! Es liegt an jeder einzelnen von uns aktiv zu werden, den Wohlstand und die Privilegien hier im „demokratischen“ Westen zu hinterfragen und entsprechend zu handeln. Die Kohleverstromung führt zur Vernichtung der letzten großen Waldgebiete im Rheinland. Diese Kohleindustrie ist notwendig für die Energieversorgung der Waffenfabriken, welche

mitverantwortlich sind für den Krieg, Not und Zerstörung weltweit. Des Weiteren treibt die Verbrennung von Kohle den menschengemachten Klimawandel weiter voran, Dürren, Überschwemmungen und immer häufiger eintreffende Naturkatastrophen sind die Folgen – welche schon jetzt Millionen von Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Reaktionäre, „einfache“ Lösungen, wie sie AfD, Front National, CDU/CSU und Pegida immer wieder propagieren „ die Grenzen hoch und alles ist gut“ sind viel zu kurz gegriffen. Sie wollen den sogenannten „Volkskörper“ weiterhin in seiner privilegierten Situationen bewahren – auf Kosten der restlichen Erdbevölkerung. Das Massensterben von unzähligen Spezies hat schon lange eingesetzt, doch diese Zivilisation baut darauf auf, alles zu zerstören, um noch die letzten verwendbaren Ressourcen aus dem Boden oder Meer zu holen. Der Profit steht über allem. Und wir alle werden in ständiger Konkurrenz gehalten – als Individuen gegen unsere Kolleg*innen, weltweit in Zwangsgemeinschaften als „Nation“ gegen andere „Nationen“.

Diese Konzepte gilt es aufzubrechen und gelebte Solidarität entgegenzusetzen. Der Aufbau einer nachhaltigen, sozialen Gesellschaft ist Aufgabe von uns allen und beginnt im eigenen Kopf. Doch ist es fatal dort stehen zu bleiben. Es gilt gemeinsam zerstörerische Industrie zu stoppen, Benachteiligte dieses Systems nach besten Möglichkeiten zu unterstützen und einen Alltag zu etablieren, der auf Respekt, gegenseitiger Hilfe und auf Selbstermächtigung baut. Mit dieser Aktion möchte ich auch alle anderen revolutionären, sozialen Gefangenen weltweit grüßen, ihnen Mut wünschen und sie in ihren Kämpfen bestärken.

**Solidarische Grüße aus der JVA Köln Ossendorf,
Felix Neuner**

Knast ist keine Lösung, sondern Teil des Problems!

Am 23. November um 15:00 Uhr haben wir die Außenseite des Kölner Dom erklettert und ein Transparent aufgehängt. Angesichts der derzeitigen Repression und Gewalt gegen Umweltaktivist_innen aus dem Hambacher Forst, haben wir uns dazu entschieden durch eine direkte Aktion auf die derzeitige Situation aufmerksam zu machen.

Drei unserer Freund_innen sitzen nun bereits seit mehreren Wochen in Untersuchungshaft und der Termin einer Verhandlung ist noch nicht abzusehen. Bei ihren Festnahmen wurden alle drei teilweise schwer verletzt. Eine Platzwunde, ausgeschlagene Zähne, ein Nasenbeinbruch, Kieferschmerzen und ein gebrochene Handgelenk sind ein nicht hinnehmbarer Zustand!

Wir sind wütend, weil sie verdroschen und festgenommen und dann noch nicht einmal ausreichend medizinisch versorgt werden! Allerdings geht es uns hierbei nicht nur darum, dass unsere Freund_innen, die sich gegen unglaubliche, aber von Staat und Wirtschaft gedeckte Verbrechen wehren, in den Knast kommen, sondern darum, dass wir das Gefängnisssystem als solches verurteilen.

Gerade in den ach so demokratischen Ländern wird nicht nur das Wegsperrten von Menschen, sondern auch psychische Folter in Form von völliger Isolation, totaler Überwachung von jeglichem Kontakt zur Außenwelt und anderen Zermürbungstaktiken häufig als legitime „Strafe“ oder „Rehabilitationsmaßnahme“ angesehen. Als zum Beispiel unser Freund Jus im Sommer inhaftiert war und 3 Wochen in Isolationshaft verbrachte, wurde jede halbe Stunde das Licht angebracht – rund um die Uhr.

Gefangene, die als politisch eingestuft werden oder sich sonst wie nicht „angemessen“ verhalten, werden mit Ausschluss von Aktivitäten bestraft, haben weniger Möglichkeiten, werden vermehrt durchsucht und überwacht. Und wenn dann staatliche Organe ihre Interessen gegen Menschen durchsetzen, die um Lebens- und Freiräume außerhalb einer omnipräsenten, kapitalistischen Verwertungslogik kämpfen, wird natürlich nur die allgemeine Sicherheit gewährleistet?

Von wegen! Knäste sind ein weiteres Machtinstrument in der Hand derer, die andere Menschen, Tiere und diesen Planeten unterdrücken (und somit zerstören), um ihre eigenen Interessen und Privilegien zu sichern. Um es mit den Worten von einem der drei Gefangenen zu sagen: „Was sie nicht draußen für ihre Zwecke kontrollieren [können], muss beseitigt, umerzogen, eingesperrt werden. Leben, das nicht in ihrem Sinne wächst, muss geschnitten, gefällt, getötet werden.“



Wir fordern:

Freiheit für alle Gefangenen! Free the T(h)ree!

Schreibt den Gefangenen!

Zurzeit befinden sich drei Aktivisti der Hambacher Forst Besetzung in Untersuchungshaft. Eine Person seit Anfang Oktober. Gegen die Abholzung des Hambacher Forstes durch RWE gibt es seit 2012 immer wieder Wald- und Wiesenbesetzungen, um sich der Braunkohlegewinnung und der damit einhergehenden Umweltzerstörung, Vertreibung und Tötung menschlichen und nichtmenschlichen Lebens direkt in den Weg zu stellen. Darüber hinaus setzen sich die Menschen dort für ein freieres, emanzipatorisches, selbstorganisiertes Leben ein, und versuchen erlernte Hierarchien und Ausgrenzungsmechanismen in der Gesellschaft und im eigenem Verhalten kritisch zu hinterfragen, aufzudecken und zu bekämpfen.

Weitere Infos findet ihr auf:

hambacherforst.blogspot.de/in-haft
abcrhineland.blackblogs.org

Für die Freilassung aller Gefangenen!

Die Adressen:

Florian Wilschke
JVA Köln
Rochusstraße 350
50827 Köln

Marte
JVA Köln
Gefangenenbuchnr. 4640/15/0
Rochusstraße 350
50827 Köln

Mr. Blue
Gefangenenbuchnr. 1425/15/8
JVA Aachen
Krefelderstraße 251
52070 Aachen

Eine Buchbesprechung

Die Anti-Atom-Bewegung - Geschichte und Perspektiven Assoziation-A, Oktober 2015

Keine Chronik und keine Zeitraffer-Dokumentation der Ereignisse von Why!, über Brockdorf, Grohnde, Kalkar, Wackersdorf bis Gorleben – zum Glück! Stattdessen ein echtes Bewegungsbuch mit vielen außergewöhnlichen und lehrreichen Widerstandsgeschichten erzählt von einigen ihrer Protagonist*innen selbst. Detailreich und sehr konkret, selbstbewusst militant und anrührend emotional bekommen wir eine Ahnung von dieser für die Bundesrepublik ungewöhnlich breiten, vielfältigen, hartnäckigen und wild entschlossenen sozialen Bewegung.

Das Buch erzählt nicht bloß von weit über 100 gefällten Strommasten nach Tschernobyl, wir lesen vielmehr von dem Feuerwerk eines in die Knie gehenden Strommasten und vor allem davon wie die Aktivist*innen ihre Angst vor einer so großen Aktion in den Griff bekommen. Das Buch erzählt von der „goldenen Hakenkralle“, von Wasserlanzen zum Unterspülen von Gleisen und Straßen, vom beinahe zu Fall gebrachten Verladekran, von der aufwändigen Vorbereitung zu einer „lichterloh brennenden“ Eisenbahnbrücke auf der Castor-Transportstrecke, von den trickreichsten Einbetonier-Aktionen, autonomen Treckerblockaden zum Schutz von Maulwurfarbeiten, von der Erstürmung der Endlagerbaustelle, vom Widersetzen in Massensitzblockaden, vom Schottern und Verscheuchen von Bulleneinheiten im Wald zur kollektiven Schienensabotage.

Das mag jetzt wie der Jahrzehnte-Bericht von „Bewegung forscht“ klingen. Und tatsächlich ist die Anti-Atom-Bewegung das Widerstandslabor linksradikaler Bewegungen in Deutschland. Wenn die Bahnreise von Nazis zu einem ihrer Aufmärsche durch brennende Signalanlagen behindert wird, dann sind das häufig Techniken, die aus dem Castor-Widerstand adaptiert werden.

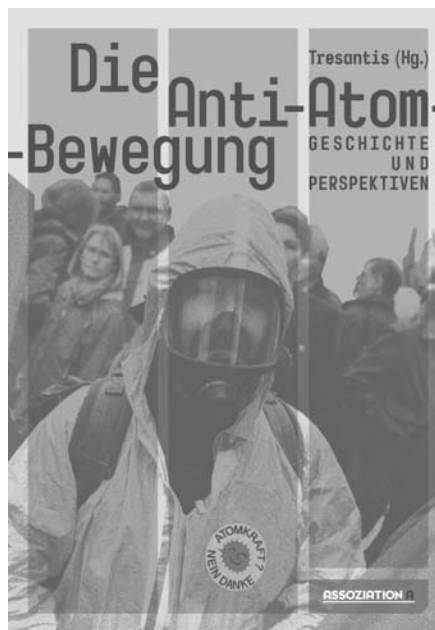
Aber das Buch schafft mehr als den außergewöhnlichen Erfindungsreichtum der Widerständigen darzustellen. Es fängt auch die ungewöhnliche Atmosphäre eines über die Jahre immer breiter-widerständigen Landkreises ein. Die politische Wirkung des Großbrands unter der Seerauer Brücke kurz vor dem Castortransport z.B. hat sich erst über die un(!)-heimliche Freude im Landkreis entfalten können: Wandgraffitis wie „Wenn die Brücke brennt bei Nacht, der Castor-Gegner schallend lacht.“ werden nicht übermalt und auch das Gerücht, die freiwillige Feuerwehr aus dem Landkreis habe sich bei diesem Löscheinsatz nicht sonderlich beeilt, hält sich hartnäckig.

So klingt es für uns Stadt-Autome fast unglaublich wenigstens aber sehr befremdlich, wenn eine Wendland-Bäuerin auf drei Heuballen an der Strecke zeigt, einen Benzinkanister rüber reicht und sagt „Ich glaube ihr wisst was zu tun ist – wir müssen noch Kühe melken.“

Im Buch erfahren wir gleich in mehreren der über 40 Geschichten, wie sich über viele Jahre hinweg ein Miteinander von Stadt-Automen und Bäuer*innen, Hippies und vielen anderen Akteur*innen entwickelt: von der anfänglichen Distanzierung von Anschlägen auf die Bahn über die Skepsis der Bauern am Tag X, „die (Automen) können doch gar nicht richtig arbeiten“ bis hin zur gemeinsam ausgeheckten konspirativen Über- raschungsaktion.

Die Autor*innen stimmen dabei allerdings keine glorifizierende Hymne auf den vermeintlichen „Vorzeige-Widerstand“ an. Wir lesen ebenso von missglückten Aktionen von der streitvollen Annäherung so unterschiedlicher Widerstandskulturen und von strategischen Auseinandersetzungen - häufig über die leidige Gewaltfrage. Auch der Abschied der Grünen aus der Widerstandsbewegung bereits 1986! wird nicht relativiert. Lehrreich ist das Buch ebenfalls in mehreren sehr unterschiedlichen Betrachtungen zur Dynamik von Widerstand. In die „Verantwortungs-falle“ (sich regulierend für alle Aktionen verantwortlich zu fühlen) ist nicht nur Blockupy 2015 in Frankfurt getappt, sondern auch schon die damals 25 jährige (spätere Landtags- und EU-Parlaments-Grüne) Rebecca Harms als damalig Vorsitzende der Bürgerini. Auf einem großen Musikfestival 1982 an der Endlagerbaustelle in Gorleben ging es richtig ab – und das war auch so geplant. Militante Angriffe auf die Baustelle und die Bullen. Es ist amüsant zu lesen, wie der Widerstand damals mit einem mäßigen „Moderationsversuch“ umgegangen ist ...

Die Erzählungen sind nicht lediglich „eingebettet“ in die Historie von aktuell über 40 Jahren Bundesrepublik – sie vermitteln ein Gefühl davon, wie diese soziale Bewegung die Geschichte dieses langen Zeitraums aktiv verändert und mitgeschrieben hat. Wie sie einem hochmilitarisierten Polizeistaat die Kreativität von Massenmilitanz und massivem Ungehorsam entgegensetzt und -setzt hat und darüber gesamtgesellschaftlich Meinungen bildet. Ebenfalls Meinungsmachend und wirklich krimireif liest sich die Geschichte des



Transnuklear-Skandals, bei dem sich mehrere Atom-
müll-Manager das Leben nehmen und eine weitere
Person auf mysteriöse Weise ums Leben kommt. Die
Stimmung einer technologiegläubigen Gesellschaft im
Überfluss kippt so kurz nach Tschernobyl – die Utopien
einer Revolte gegen den technokratischen Atomstaat
erhalten neuen Aufwind.

Fehlen tut natürlicher Weise eine ganze Menge in
der immerhin 380 seitigen, eindrucksvoll bebilderten
Zusammenstellung von Widerstands-Narrationen. Wir
hätten gerne mehr von diversen Aktionen, so auch vom
Brand des gerade fertiggestellten Bullen-Container-
Dorfes vor einem der Castor-Transporte gelesen und
auch von einem weiteren Whistleblower, Rainer Moor-
mann, der 2008 die Vertuschung eines folgenschweren
Unfalls am Forschungsreaktor Jülich nicht mehr mit-
tragen wollte und gegen massiven Widerstand seines
Arbeitgebers auspackte.

Weitaus bedauerlicher ist jedoch, dass sich offenbar
niemand finden ließ, der/die einen Artikel zu den Be-
mühungen der Revolutionären Zellen an der Seite der
Anti-Atom-Bewegung verfassen könnte. Vielleicht fühlt
sich ja jemand motiviert, dies hier in einer Ausgabe
des „Autonomen Blättchens“ nachzuholen.

Sehr angenehm ist uns aufgefallen, dass das Buch mit
keiner Seite einen historisierenden „Rückblick“ auf
ein „geschlossenes Kapitel“ sozialer Bewegungen in

Deutschland einnimmt. Es herrscht einhellige Auffas-
sung unter den Autor*innen, dass der Kampf gegen
die zivil-militärische Nutzung der Atomenergie noch
lange nicht vorbei ist – und der Kampf um eine Men-
schen- und Naturgemäße Energieversorgung erst recht
nicht.

Der wachsende Widerstand gegen Uran-Transporte
und der beträchtliche Widerstand gegen den Koh-
le-Tagebau sind selbstverständlich noch meilenweit
entfernt von der Strahlkraft eines Wendland, aber
der folgende Bericht einer im Oktober durchgeführten
Aktion gegen die Rodungsarbeiten im Hambacher
Forst würde schon sehr gut in die Widerstands-Erzäh-
lungen dieses Buches passen:

*Am nächsten Morgen wurden Rodungsarbeiten durchge-
führt. Aktiv war dabei eine Art baggerähnliche Ro-
dungsmaschine, nur bewacht von einem Security-Auto.
Die Securities schienen abgelenkt und hatten ihre Positi-
onen verlassen. Dies nutzten etwa 20 Aktivist*innen, um
durch den bereits demolierten Zaun zu brechen und das
Security-Auto und den Bagger zu entglasen. Ein Security
versuchte einzugreifen und einen Menschen festzuneh-
men, der Rest zeigte sich solidarisch und verhinderte die
Festnahme. Im Anschluss war es möglich dem Bagger
noch ernstere Beschädigungen zuzufügen: Die Hydraulik-
schläuche wurden zerschnitten und die Elektronik im
hinteren Teil des Fahrzeuges komplett zerstört (...)*

Dokumentation:

Wir haben in der Nacht auf den 25.09.2015 die Fassade des Sitzes der CDU in Bielefeld in der Turnerstraße mit einem Feuerlöscher voll roter Farbe bedacht.

Ziel unserer Aktion ist die CDU geworden, da wir den
rassistischen Abfall, den wir täglich zu Ohren bekom-
men, nicht hinnehmen wollen. Wir halten diese Partei
jedoch nicht für die Wurzel allen Übels. Sie ausge-
wählt zu haben ist beispielhaft zu verstehen, denn sie
ist bloß ein Rädchen unter Vielen im Getriebe des
Systems, mit dem wir uns Tag ein Tag aus konfrontiert
sehen. Die CDU ist Teil der Regierenden, Teil derer,
die dafür verantwortlich sind was in der BRD und von
ihr ausgehend in der Welt passiert: Ausbeutung, Krieg,
Elend, Flucht, ... - die Bilder sind bekannt, die Toten im
Mittelmeer kann niemand mehr zählen.

Welche Farbe auch immer ihre Krawatten haben
mögen - und auch wenn sie (zeitweise) in der parla-
mentarischen Opposition sind - sie alle sind Feinde
der Freiheit!

Wir hassen das vorherrschende System nicht erst seit
gestern und fragen uns ob das auch noch anderen so
geht. Ist da noch wer? Seid ihr noch wütend?

Die Sprachlosigkeit der Radikalen Linken / Autonomen
Restbestände ist nicht auszuhalten und ihr Nicht-Ver-
halten wird den eigenen Verfall weiter vorantreiben.

Ist es so schwer zu erkennen, dass es nach wie vor die
gleichen Anzug tragenden, gerne ihre Fratze in die
Kamera haltenden, geistigen Brandstifter sind, die mit
ihrer Hetze ein Klima schaffen, in dem sich die tat-
sächlichen Brandstifter erst wohlfühlen? Ist ihr Ge-
wäsch von Überforderung gegenüber den aktuellen
Fluchtbewegungen annähernd glaubhaft? Warum
flüchten die Menschen eigentlich? Wegen Kriegen?
Wer führt diese Kriege? Wessen Soldat*innen, Waf-
fen, Gelder etc. sind da im Spiel und mit welchem
Interesse eigentlich?
Viele Fragen. Alte Antworten?

Wir sehen unsere Aktion lediglich als Aufschrei in
diesen finsternen Zeiten, als einen Ausbruch aus der
Ohnmacht und der Lethargie und als einen Angriff

auf die Herrschenden. Da, wer es nicht wagt Schritte zu gehen, auch niemals in Bewegung kommen wird, haben wir einen Schritt in eine Richtung gemacht. Wir wollen und werden weiter Widerstand leisten. Als einen wichtigen Teil dieses Kampfes sehen wir das Benennen und das direkte Angehen der Verantwortlichen der gegenwärtigen Misere. - Die Zäune um Europa wachsen nicht von selbst!

Viele Ressourcen werden momentan in der Linken dafür aufgebracht PEGIDA und Co hinterher zu laufen und Alt-Kleider oder Kaffee an Geflüchtete zu verteilen. Die humanitäre Hilfe kann aber keine Antwort aus dem radikalen Milieu sein. Nicht, dass es falsch wäre, Sachen die mensch nicht mehr trägt weiterzugeben, das Problem ist nur: Warum bleiben so viele bei diesem Schritt stehen? Denn wenn PEGIDA oder wie auch immer sie alle heißen mögen, wieder von der Straße verschwunden sind, geht der ganze rassistische Alltag im Kapitalismus zu meist wie geölt



weiter. Lasst uns nicht ständig Feuerwehr spielen und dabei nur auf die Symptome schauen, sondern lasst uns Vergangenes analysieren, um Zusammenhänge zu verstehen, um mit mehr Weitsicht das Problem bei der Wurzel zu packen.

Falls wir mit unseren Ansätzen völlig daneben liegen, die Alternative des Nichts-Tun aber auch nicht gefällt, fragen wir uns, warum über diese Thematik nicht in den entsprechenden Szene-Zeitungen und Publikationen diskutiert wird. Ist die Friedhofstille der Radikalen Linken / Autonomen Zeichen einer Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen oder dessen, dass wir nicht begreifen, was um uns herum passiert?

Für viele weitere Schritte und eine Reflexion eben dieser!

Bringen wir die Festung Europa zu Fall und lassen wir den Kapitalismus hinter uns!

Gegen jede Herrschaft!

Autonome Gruppen

Dokumentation:

AfD-Büro angegriffen

Am Freitag den 27.11. hatten wir nicht nur den „Mut zur Wahrheit“ sondern auch den „Willen zur Tat“ und haben im Kontext des bevorstehenden AfD-Bundesparteitags in Hannover, das Büro der AfD-Dinslaken im Kreis Wesel gelüftet und innen, wie aussen neu eingefärbt. Wir dachten uns, dass frische Luft und ein bisschen mehr Farbe im Leben den spießbürgerlich-konservativen und vorallem rassistischen, heterose-

xistischen Arschlöchern mal gut täte. Lasst das neue Ambiente auf euch wirken und passt auf eure Gartenzwerge auf!

An dieser Stelle noch solidarische Grüße an alle Menschen die sich am 28.11. an den Protesten in Hannover beteiligt haben!

Gegen Nationalismus und Patriarchat!

Dokumentation:

Festung Europa sabotieren - wir schaffen das

Noch während die Flüchtenden von freiwilligen HelferInnen, von mitfühlenden AktivistInnen, von solidarischen Menschen an den Bahnhöfen begrüßt wurden, verschärften die MachthaberInnen die rechtlichen Hürden für Flucht und Migration beinahe täglich. Dabei geht es nicht um reine Abschottung, sondern um Sortierung - in „gute“, „verwertbare“ und „weniger gute“, kaum zu „verwertende“ Geflüchtete. Führende Vertreter der Wirtschaftseliten wünschen sich ein begrenztes Potential an gut ausgebildeten Billigarbeitskräften. Menschen, die die Bereitschaft und Motivation mitbringen, jeden Strohalm zu ergreifen, um den Kriegsverhältnissen zu entkommen, vor denen sie geflüchtet sind, sollen integriert werden – falls ihre Arbeitskraft für

den Fortbestand des Standortes Deutschlands nützlich sein könnte. So ermöglichen Krieg, wirtschaftliche Not und Flucht den Unternehmen und dem Standort eine neue Runde der Lohndrückerei, unter dem Vorwand, ein vermeintliches demographisches Problem auszugleichen.

Angesichts dieses Selektionsziels – wir benutzen die Vokabeln bewusst, da wir widerliche Verhältnisse nicht durch politisch korrekte Bezeichnungen auch noch schönreden wollen – leuchtet es uns ein, warum die politisch Verantwortlichen in Kauf nehmen, dass Familien bei Kälte, Regen und mittlerweile Schnee im Freien vor dem „Landesamt für Gesundheit und Sozi-

ales“ in Berlin, dem „LaGeSo“, die Nächte und Wochen hindurch für ihre Termine anstehen müssen. Das so entstehende öffentliche Bild ist durchschaubar: Die „unhaltbaren Zustände“, die „Überforderung“ kann dann Thema in der öffentlichen Propaganda werden. Den WohlstandschauvinistInnen aller Färbungen und Parteien dient es als Zunder für ihre geistige Brandstifterei. Aktivistisch orientierte Nazis setzen die so erzeugte Stimmung in Brand- und Mordanschläge um. Der Verfassungsschutz wird sie - wie gewohnt (Stichwort: NSU) – gewähren lassen, steuern und bereitwillig Aufbauhilfe leisten, siehe Hogesa: Ein V-Mann des Verfassungsschutzes hatte die „Hooligans gegen Salafismus“ gegründet, die bekannt wurden durch ihren Innenstadt-Terror in Köln mit mehreren tausend Beteiligten.

Nicht nur die Nazis greifen Flüchtende und ihre Orte an: Die Polizei räumte das selbstorganisierte Camp kämpfender Refugees am Oranienplatz in Berlin. Sie überfiel das von Refugees besetzte Schulgebäude in der Ohlauerstraße und verhängten einen mehrtägigen Ausnahmezustand über das Viertel. Auf die Besetzung eines Hostels in der Friedrichshainer Gürtelstrasse antwortete sie mit der Abriegelung des Wohnblocks und einer Strategie des Aushungerns. Im Kleinen wie im Großen zeigt sich: Die Festung Europa kann nicht anders als militärisch gegen die Menschen in der Migration, die sie die „Flüchtlingskrise“ nennen, vorgehen. Wer das alles überlebt und erträgt, darf vielleicht bleiben und sich integrieren, so die Logik dieses buchhalterisch Kosten und Nutzen verrechnenden „Migrationsregimes“.

Allerdings haben sich Mitmenschlichkeit und Empathie eines Teils der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern in solidarisches Handeln verwandelt und damit diese Festung durchbrochen. Und das ganz ohne staatliche Steuerung und regierungsamtliche Lichterketten – auch als praktische Antwort von Unten auf den Hass der Vertreter der rassistischen weißen Herrenrasse mit ihren Brandanschlägen. Gleichzeitig haben die Herrschenden kein anderes Problem als „die Ordnung wieder herzustellen“, sprich: die unkontrollierten Unterstützungsbewegungen wieder einzufangen und selbstbewusste, selbstorganisierte Flüchtende zu stoppen, die die Grenzen notfalls auch zu Fuß und quer über die Felder schaffen.

Der institutionelle Rassismus, wie er im abschiebungsorientierten Streben nach Wiederherstellung der Ordnung zum Ausdruck kommt, hängt mit Nazimorden und -brandstiftungen und der geheimdienstlichen Unterstützung beim Aufbau faschistischer Organisationen zusammen. Die vom Verfassungsschutz aufgebauten und teilweise durch V-Leute sogar geführten Zusammen-

hänge (Stichwort: Hogesa) bilden eine terroristische Reservearmee in diesem Land, die den kolonialen und rassistischen Chauvinismus als Leitkultur absichern soll, wenn es „eng“ wird. „Eng“ wird es dann, wenn soziale Konfliktlinien aufbrechen und revolutionäre Kämpfe daraus entstehen könnten – z.B. aus der Zusammenarbeit von Refugees und anderen verarmten oder empathischen Bevölkerungsteilen.

Die Unordnung der einen ist der Freiraum der anderen: Dem Staat mag einiges entglitten sein, die Registrierung der Flüchtlinge, die Kontrolle ihrer Wege und Ziele, der selbstorganisierte helfende Aktivismus eines Teils seiner eigenen BürgerInnen. Die Menschen auf der Flucht haben die Unordnung durchgesetzt mit ihrer Mobilität, Kreativität, ihren Ideen und Strukturen, sei es in Deutschland, an den Grenzen der Balkanstaaten oder sonstwo unterwegs. Für sie ist die Unordnung eine Chance: Sie nutzen die Situation, indem sie sich ihr eigenes Zielland suchen, sich selbst entscheiden, welchen Zug sie nehmen und wo sie aussteigen und dabei weiter die ordnende, registrierende, sortierende und letztlich abschiebende Behördentätigkeit unterlaufen. Daher das krampfhaft Bemühen um die „Wiederherstellung der Ordnung“. Würden in einer solchen Situation viele Menschen im Inneren der Festung Europa zu Sabotageaktionen übergehen, dann wäre das auch nicht gerade ein Beitrag zur Wiederherstellung der Ordnung. Wenn es keine Reisefreiheit für Flüchtlinge in Europa gibt und solange die Grenzen nur für jene offen sind, die den richtigen Pass besitzen, die richtige Sprache sprechen, die richtige Hautfarbe haben, solange ernsthaft erwogen wird, in als „sicher“ deklarierte Zonen innerhalb von Kriegsgebieten abzuschleppen, darf es innerhalb der Festung Europa keine Ruhe und Ordnung geben.

Die Herrenmänner und -frauen, diese „Blut und Boden“-Hetzer und die Patrioten, eingewickelt in ihre Deutschlandfahnen mit ihren tagtäglichen Angriffen auf Flüchtlinge, deren UnterstützerInnen und alle die sich nicht in ihre Deutschwelt einfügen wollen, fordern ein Signal heraus, dass ihnen jede weitere Lust auf Übergriffe nachhaltig vergeht. Diese Kälte, dieser Hass auf Fremde, diese kühle rationale Denkweise über Nützlichkeit und Verwertung durchzieht die Geschichte von Herrschaft.

Wenn Flüchtlinge auf Demonstrationen rufen: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“, dann weil Ressourcenraub, Waffenexporte, koloniale Unterdrückung über Jahrhunderte hinweg, jetzt dorthin zurückwirken, wo sie ihren Ausgang nahmen und nehmen. Deutschland ist, historisch wie aktuell, an der Zerstörung der Lebensbedingungen in vielen Ländern mitverantwortlich. Es hat durch Raubbau, durch Freihandel und Ausbeutung in Billiglohnverhältnissen, durch Waffenlieferungen, durch die Kumpanei mit korrump-



ten Autokraten, Öl- und Gas-Diktatoren, durch Export zweifelhaften Industrieschrotts und der demokratischen Herrschaftsform, durch eigennützige Entwicklungshilfe und andere fragwürdige zivilisatorische Errungenschaften andere Länder dominiert, diese an sich gebunden, abhängig gemacht, ausgesaugt, wieder fallen gelassen und zerstört. Das Land, in dem wir leben und in dem sich fast alle über die „Flüchtlinge“ als „Krise“ einig sind, ist aber nicht etwa Opfer einer Krise.



Dieser Staat mit seiner Wirtschaft und allen, die ihn stützen, ist Täter und Profiteur im globalen Krieg, der immer neue Grenzen überschreitet, schnell wechselnde Fronten und Bündnisse hervorbringt und über den in den privaten und staatlichen Medien berichtet wird, als ob nichts anderes möglich wäre.

Wer zum Beispiel aus Paris nicht die Lehre zieht, jegliche Waffenproduktionen und den Handeln damit international zu ächten, wird noch mehr Waffen bauen um diese auch einzusetzen. Soziale Konflikte werden nur noch militarisiert gedacht und ausgetragen. Eine Frage der Zeit, wann die nächste Asylrechtsverschärfung die aktuelle überflügelt, die nächsten Sicherheitsgesetze die Luft zum Atmen weiter abschnüren, wann die Festung Europa rein militärisch gesichert wird, wann an den Grenzen auf Flüchtlinge auch offiziell geschossen werden darf (ge- und erschossen wurde bereits) und wann der Einsatz deutscher Bodentruppen in Kampfhandlungen alltäglich wird. Alles wird Krieg und Deutschland als einer der weltgrößten Waffenexporteure verdient daran.

„Für freies Fluten“ war die Parole militanter Gruppen im letzten Jahrhundert als Antwort auf die „Flüchtlingsflut“ (neuerdings auch gerne „-orkan“), das paranoide Bild, mit dem gegen Menschen auf der Flucht und in der Migration gehetzt und schließlich das Asylrecht durch eine große Koalition schon damals, 1992, de facto abgeschafft wurde. „Für freies Fluten“ setzen diese Menschen jetzt ohne nennenswerten Anteil militanter Gruppen in die Wirklichkeit um. Mit all den Chancen und Widersprüchen.

Wir sehen unseren Platz an der Seite derer, die in dieses Land wollen und ihr Lebensrecht einfordern: Refugees welcome! Bring your families and comrades!

Die chauvinistische Mobilmachung gegen Refugees braucht ein starkes Kontra. Es gilt den Preis und den Schaden für die menschenverachtende Politik in absehbarer Zeit so hochzutreiben, dass ein Zwang zur Kursänderung entsteht. Wie sonst könnte die gesellschaftliche Möglichkeit eröffnet werden, dass alle Geflohenen ins Land kommen können, die hier her wollen.

Wir rufen dazu auf, alle Strukturen unkontrollierter, selbstorganisierter Bewegung und der „Willkom-

menskultur“ selbstbewusst auszubauen und staatliche und polizeiliche Vereinnahmungsversuche zurückzuweisen.

Wir rufen zur subversiven Unterstützung für nachfolgende Aktivitäten und Solidarität im Falle der Repression auf:

Wir rufen zur aktiven Fluchthilfe und Unterbringung illegalisierter Flüchtlinge auf.

Wir rufen zu Sabotage aller Formen von militärischer Ausrüstung und aller Produktion fürs Militär auf.

Wir rufen zum Hacken aller militärischer Kommunikationen weltweit auf.

Wir rufen dazu auf, durch gezielte Anschläge auf Nazis und deren Strukturen deren Kräfte zu binden und dadurch Flüchtlingen und deren UnterstützerInnen den Rücken freizuhalten.



Wir rufen auf zu Anschlägen auf alle Behörden, deren Zweck es ist, Menschen nach ihrer Verwendbarkeit im Kapitalismus zu sortieren und alle Überflüssigen abzuschieben.

Wir rufen allerorten auf zu Anschlägen auf Infrastruktureinrichtungen aller Art, die dazu dienen, die Normalität und Ordnung aufrecht zu erhalten, die den Zusammenhalt und das Funktionieren der Festung Europa nach innen und außen garantieren. Die Festung Europa ist in ihrer wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit zu erschüttern und zu sabotieren!

Wir werden Geflüchtete verstecken und gemeinsam neue Orte schaffen, wir werden lernen diese Orte entschieden zu verteidigen, wir werden Löcher in die Zäune schneiden – konkret und im übertragenen Sinne.

**Vulkangruppe:
Festung Europa sabotieren –
wir schaffen das**

Eine Absage an jegliches Hegemonie-Bestreben innerhalb des Widerstands

Viel ist bereits geschrieben worden zu den Ereignissen vom 18. März 2015 in Frankfurt.

Das Papier des Blockupy-Koordinations-Kreises (*linksunten.indymedia* – 16.6.2015/AB Nr. 22) nennt eine Reihe sogenannter Grundvoraussetzungen für ein solidarisches Miteinander und für Handlungsfähigkeit im Herzen des Krisenregimes. Es wirbt für die Legitimation eines (zeitlich und räumlich begrenzten) Aktionskonsens und für die Bereitschaft aller, sich mit allen anderen Widerstands- Akteur*innen an einen Tisch zu setzen.

In der Erwiderung einer Gruppe auf diesen KoKreis-Text (*linksunten.indymedia* – 3.7.2015/AB Nr. 22) finden wir viele Kritikpunkte, die wir ebenfalls teilen.

Wir werden versuchen Euch nicht mit einer Wiederholung zu langweilen. Uns hat der unaufgeregte Ton der Entgegnung übrigens sehr gefallen.

Auch wir haben (wie die meisten anderen) einen solchen Aktionskonsens nie unterzeichnet. Warum also noch ein Papier zu dieser leidigen Erfindung?

Würde die vermeintlich konsensuale Festlegung von Aktionsbildern nicht immer wieder zur versuchten Befriedung, also zur Verunmöglichung militanter Auseinandersetzung missbraucht, wäre uns eine Betrachtung solcher Konsense keine Zeile wert. Leider sehen wir uns aber genötigt, der immer wieder durchscheinenden Ideologie erstickender Umarmung eine grundsätzliche Absage zu erteilen.

Nicht alle, sondern in der Regel nur sehr wenige, haben sich im Vorfeld des 18. März, so wie bei vielen Großevents, in zudem ganz verschiedenen Vorbereitungszielen auf unterschiedliche Aktivitäten verständigt. Die Definition eines Aktionsbildes verbindlich für die vielen Leute, die dann am Tag X am gleichen Ort tatsächlich zusammen kommen (sollen), ist grundsätzlich vermessen. Jetzt werden einige Bewegungs-Manager*innen einwenden: Aber mit dieser Einstellung ist ja keinerlei verlässliche Absprache möglich. Und da können wir nur antworten: Ja, das ist richtig. Zur Unwägbarkeit und der damit verbundenen Unbere-

chenbarkeit der „Masse“ später mehr. Wir teilen die sogenannten Grundvoraussetzungen des Blockupy-KoKreises nicht und stellen ihnen in vergleichbarer Allgemeingültigkeit lediglich eine entgegen:

Die Grundvoraussetzung für ein Bewegung verstärkendes Mit- und Nebeneinander ist das Selbstverständnis, sich auch bei selbst initiierten Widerstandseignissen lediglich als eine Akteurin von vielen zu begreifen.

Wir haben nichts gegen Absprachen an sich. Wir verstehen und kennen die Situation sogar sehr gut, in der wir als Initiator*innen einer Aktion Handlungsempfehlungen aussprechen, z.B. um innerhalb einer militanten Demo Anschluss an einen anderen Block zu halten oder

um gemeinsam vor nahenden Bulleneinheiten abzuweichen. Das macht Sinn und kann hilfreich sein. Deshalb darf sich aber niemand anmaßen, aus den Empfehlungen Richtlinien (selbstverständlich widerstands-demokratisch legitimiert) abzuleiten, die wie es im Ko-Kreis Text stellenweise durchklingt auch repressiv gegen Teilnehmer*innen der Aktion oder andere Anwesende durchzusetzen wären.

Wir betrachten das als eine unerträgliche Repräsentanz, in der eine Gruppe als vorturnende „Aktionsleitung“ dem Rest als Herde die Handlungsoptionen vorgibt. Das deckt sich weder mit unserem Selbstverständnis, noch trägt es unserer Ansicht nach zu einer Stärkung der Bewegung bei.

Von Aktionsbildzeichner*innen und Militanzdosierer*innen

„Am 18. März entscheidet die Straße“, so lautete die angenehm vollmundige Ansage auf dem Plakat der Interventionistischen Linken (IL). Es reihte sich damit kurz vor knapp ein in eine verheißungsvolle Serie von Aufrufen und Moby-Material verschiedenster Akteur*innen, die verbal keck auf die Kacke hauten. Die ungewöhnlich breite militante Mobilisierung hat mit dazu beigetragen, dass ein beachtlicher, wilder Haufen in Frankfurt zusammen kam. Dieser vermochte die so notwendigen Rauchzeichen eines internationalen NEIN von unten zu artikulieren.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist folgende Selbstkritik eines mitorganisierenden Blockupisten zum 18. März in Frankfurt: „Nicht alle, die zur EZB-Eröff-



nung nach Frankfurt mobilisierten, waren also mit unserem Vorhaben einverstanden, dem gesamten Gebiet rund um die EZB unseren Aktionskonsens überzustülpen oder noch selbstkritischer gesagt: es zu befrieden. War dieses Vorgehen von uns nicht etwas vermessen? Keiner würde beim Castor-Transport die gesamten letzten Kilometer der Schienenstrecke bis Dannenberg zu einer Aktionskonsens-Zone erklären.“ (*Lower Class Magazine* – 27.5.15 / AB Nr. 22)

Keine Gruppe konnte die Deutungshoheit über die Geschehnisse des 18. März in Frankfurt für sich beanspruchen. Blockupy hätte gerne, aber das verbot sich. Die Verantwortung in Selbstüberschätzung einer „Ansprechorganisation für das Gesamte“ wurde mit den teils heftigen Ausformulierungen des „Neins der Straße“ zur ungeliebten Last. Angetreten für verlässlich dosierten Ungehorsam sah sich Blockupy nun genötigt, „Inszenierungen“ zu kommentieren, für die „andere politische Akteure“ Blockupies „Bühne“ bewusst genutzt haben – so die Darstellung im eingangs erwähnten Blockupy-Papier. Das muss Blockupy im übrigen gar nicht tun und das wird Blockupy über die Jahre der Gewöhnung an die Vielheit (wir sagen bewusst nicht Multitude) des Widerstands auch immer weniger tun – ein Lern- und Streitprozess, den die unterschiedlichsten Gruppen im Wendland bereits hinter sich haben: Hier hat sich eine kooperative Vielfalt darauf verständigt, dass

- 1) jeder seine Aktivität selbst kommentiert (über selbst gewählte Verbreitungskanäle) und
- 2) diese als eine von vielen darstellt.

Eine solches solidarisch-kollegiales Nebeneinander vereint im gesamtheitlichen Miteinander muss zwar immer wieder erstritten werden (Castor-Schottern 2010), ist jedoch seit vielen Jahren guter Widerstandston im Wendland.

Die Geschichte des Wendlandwiderstands ist wegen ihrer Reichhaltigkeit vielleicht das gewichtigste Gegenbeispiel zur These der zivilen Ungehorsam-Propagandist*innen: „Ohne die Formulierung und Einhaltung eines Aktionskonsens wird die Masse bzw. viele Sympathisierende unserem Widerstand fernbleiben.“ Auch für die Auseinandersetzungen um den G8 in Heiligendamm traf diese These nicht zu, obwohl sie hier inmitten der militanten Auseinandersetzung mit der Polizei besonders laut vertreten wurde. Wir werden nicht müde, vor dem trügerischen Irrglauben zu warnen, mensch könnte mit gedeckelter Mili-

tanz die „der Masse“ nicht zumutbare Heftigkeit der gefürchteten Bullen-(Re)aktion beeinflussen.

Massen-Mitmach-Angebote zu schaffen, ist vollkommen richtig und wichtig – daraus abzuleiten, sozialer Ungehorsam müsse „zivilisiert“ und in der Aktionsform beschränkt werden, um erfolgreich zu sein, halten wir für einen gefährlichen Trugschluss:

Wer glaubt, durch „aktives Durchsetzen eines Aktionskonsens“ unerwartetes und selbstbestimmtes Agieren wegzuregulieren, bewirkt nicht nur politische Spaltung, sondern beraubt sich mit diesem einhegenden Korsett der Möglichkeit, eine Dynamik zu erzeugen, in der sich überhaupt Freiräume für unübersehbaren Widerstand ergeben könnten. Kurzum: Die Unberechenbarkeit auch eines militanten Widerstands sollte für alle Bewegten kein zähneknirschend zu erduldenes „Bündnis“-Wagnis sondern eine Option zum Durchbrechen eines vollständig (durch die Polizei) kontrollierten Protestgefüges sein.

Unsere Wahrnehmung vom „schlimmen Finger“ am 18. März in Frankfurt ist in diesem Sinne eine überaus positive: Hier wurde nichts „gekapert“, hier haben

sich Menschen selbst ermächtigt und sich weder von der Polizeipräsenz in der Stadt noch von den Vorgaben eines ohnehin nicht flächendeckend gedachten Aktionskonsens einschüchtern lassen: Eine gelungene Wiederaneignung der Autonomie des Widerstands als Gegenentwurf zu einem sich künstlich ohnmächtig machenden zivil(isiert)en Ungehorsam.

Vielfalt versus Einfalt der Hegemonie

Blockupy wie auch viele andere Akteur*innen stellten ihre Aufrufe zum 18.03.2015 in einen transnationalen Kontext. Neben der gemeinsamen Bekämpfung des Krisenregimes soll das Überwinden der Grenzen sinnvollerweise auch dem Zweck dienen, verschiedene Formen des Widerstands von Genoss*innen aus anderen Ländern kennenzulernen und gegebenenfalls adaptieren und zu können. In diesem Sinne wollen wir den Blick auf ein Beispiel richten, das zeigt, wohin „Aktionskonsense“ führen können.

In Italien versuch(t)en einige politische Kräfte unter dem Namen „Disobedienti“ eine überaus bedenkliche Widerstandsreform. Sie nennen es Modernisierung des Widerstands, bzw. Anpassung der Methodik an die aktuellen Kräfteverhältnisse. Autonome Kleingruppenkonzepte werden da schon mal als grundsätzlich „antiquiert“ und „überholt“ bezeichnet. Ihr verständlicher Wunsch, „mehr zu werden“ treibt sie mit dem Projekt „ziviler Ungehorsam“ in eine gefährliche



Erfolgsfälle. Jede Aktion muss erfolgreich sein, um positive Ausstrahlung zu garantieren – eine kritische Analyse verlässt die Hinterzimmer nicht. Die Absicherung des unbedingten Erfolges geht in Einzelfällen so weit, dass einige ihrer Organisator*innen im Vorfeld einen „für alle Seiten erfolgreichen Ablauf“ von Massenprotestaktionen mit der Polizei absprechen:

Über die Gewährleistung eines Aktionskonsens sollte der mit der Gegenseite ausgehandelte Ausdruck der Aktion (welche Mittel setzen wir ein – im Widerstandsneusprech: „Aktionsbild“) eingehalten und der ausgehandelte „Erfolg“

(wie weit lässt uns die Polizei gemäß Absprache vordringen?) eingelöst werden.

Das erfordert eine geschickte verhaltensökonomische

Lenkung der Widerständischen, so wie wir dies von modernen Governance-Konzepten unter dem Begriff des „nudging“ (=stubsen) kennen. Obwohl mensch auf ein zu offensichtliches, beton-stalinistisches Ordner*innen-Konzept zur Einhaltung der Absprachen verzichtet hatte, fühlten sich so viele Beteiligte so gründlich verarscht, dass es zu einem offenen Bruch vieler linker Gruppen mit den Disobedienti kam. Die Glaubwürdigkeit der Gruppe, mehr als eine in der Wirkung beschränkte Inszenierung von Widerstand zu beabsichtigen, war zerstört. Dennoch bemühen sich die Disobedienti, als italienische Blockupy-Schwester weiter um die Hegemonie in der aktionsorientierten Linken, wie es zuletzt bei den Anti-Expo Protesten rund um den ersten Mai 2015 in Mailand zu beobachten war.

Zum Glück reicht die bislang tatsächlich erlangte Hegemonie selbst innerhalb von Blockupy (noch) nicht so weit: Im „schlimmen Finger“, der am Morgen des 18. März in Frankfurt ohne vorab definierten Aktionskonsens für beträchtliche Verwüstung in Frankfurt gesorgt hat und sich dann wieder anderen Aktivist*innen angeschlossen hat, befanden sich zahlreiche vermummte Blockupistas. Das fanden wir gut – auch eine undogmatische Interpretation eines befremdlichen Aktionskonsens. Wir werben aber aus politischen Gründen eher für ein aktives Zurückweisen eines solchen Aktionskonsenses – quasi mit (halb-)offenem Visier.

Wer hingegen die Übergriffe von italienischen Disobedienti auf Mitdemonstrierende, die in und aus der Demo heraus militant agieren, als eine auch in Deutschland anzustrebende „aktive Durchsetzung des Aktionskonsens“ bezeichnet, der sollte besser keine Aktionschoreografie mehr entwerfen. Mit Leuten, die eine derartige Stalino-Haltung offenbaren, wollen wir keine gemeinsame Sache machen. Wir haben keine Lust auf Verhältnisse wie in Griechenland, wo anarchistische Genoss*innen sich handgreiflich gegen



Schläge und Tritte von „Genoss*innen“ der beton-kommunistischen KKE wehren müssen, um sich Zutritt zu einem öffentlichen Platz zu verschaffen. Wir möchten uns nicht mit Reißbrett-Choreograf*innen, um Handlungsspielräume auf der Straße prügeln – das wäre die denkbar unsinnigste Gesamt-Choreo. Denn eins müssen alle lernen:

Entscheidend für den politischen Ausdruck ist alleinig die Gesamtchoreografie in ihrer Vielheit und nicht die per Deutungshoheit geliftete Bedeutsamkeit einer Einzelaktion.

Mediale Dominanz als Katalysator zur Vereinheitlichung eines an immer runderen Tischen und von von wenigen Vorplaner*innen erdachten politischen Ausdrucks wird das Problem nicht lösen. Sie verleitet allenfalls zu Allmachtgelüsten auf ein universelles Bewegunungsmanagement. Und dem widersetzen wir uns, politisch motiviert, mit aller Vehemenz.

„Egal, was passiert – Hauptsache wir behalten die Deutungshoheit“

Mit diesem Ausspruch stimmte sich der weniger fortschrittliche Teil der Widerstandsführungsriege von Blockupy auf das zu erwartende Entgleiten der Geschehnisse am 18. März in Richtung einer unübersichtlichen Unruhe ohne festes „Aktionsbild“ ein. Das hat nicht geklappt.

Statt eine wenig aussichtsreiche, statische Konfrontation an einer quasi-militärisch verteidigten roten Zone zu suchen, hat der wütende Mob für die Ordnungshüter*innen schwer kalkulierbar und örtlich flexibel gehandelt. Die Unberechenbarkeit und das asymmetrische Ausweichen dynamischer Gruppen bestimmte bis zum Nachmittag erfolgreich den politischen Krawall in Frankfurt und konnte tatsächlich ein kleines Zeichen des Aufruhrs setzen, das das politische Anliegen weiter getragen hat, als eine ausschließliche Inszenierung der Zahnlosigkeit am Zaun dies vermocht hätte.

Viel wichtiger noch: über die so hergestellte breite Vielfalt verschiedener Protestformen hat auch eine Rekollektivierung der Interpretation der Ereignisse in Frankfurt stattgefunden. Viele Stimmen prägen nun die Bewertung der Geschehnisse. Und das ist gut so. Nichts lähmt und bremst die Dynamik sozialrevolutionärer Bewegungen stärker als jedweder Versuch von Vereinnahmung oder Alleinvertretung.

Wir sehen den 18. März daher auch als eine deutliche Zurückweisung jeglichen Hegemonie-Bestrebens innerhalb der Linken. Man könnte sagen: „Am 18. März hat die Straße entschieden“.

**einige autonome Gruppen
01.11.2015**

Überall Grenzen

Eine Reise zu den Sackgassen und Schlupflöchern Europas

Montag, der 14. September 2015

Zur Errichtung des europäischen Grenzzauns an der ungarisch-serbischen Grenze beschließen wir endlich die Geflüchteten auf ihrem Weg gegen die Wand nicht allein zu lassen. Wir fahren mit Autos voll Hygieneartikeln, Kochutensilien und Textilien und treffen schon am Übergang Ungarn -Österreich auf die ersten Trecks: Gruppen von einigen hundert Menschen zu Fuß Richtung Grenze. Wir können einen Aufschrei nicht zurückhalten und realisieren in diesem Moment, dass wir nun mittendrin sind. In ihrer Flucht. Es sind so viele..was haben sie schon alles hinter sich..was erwartet sie....wir steigen aus und begrüßen sie. Ich schäme mich Europäerin zu sein.

Zur Dunkelheit erreichen wir das alte ungarische Durchgangslager Röszke, was nun, verbarrikadiert von dem eben geschlossenen Zaun, überflüssig geworden ist. Das Einsetzen des letzten Zaunstückes gleicht einer perversen Inszenierung und erstrahlt nun im Scheinwerferlicht für die Kameras aus aller Welt.

Dienstag, der 15. September 2015

Tags darauf sind wir auf der serbischen Seite und stündlich landen immer mehr Menschen in dieser Sackgasse. Zwei Zäune und eine Polizeikette verhindern jedes Weiterkommen. Anfangs reichen die privat organisierten Hilfsgüter (Wasser!) noch irgendwie aus, doch die Hitze und immer mehr Ankommende sprengen sehr bald den Rahmen der psychischen und physischen Zumutbarkeit. Schnell formt sich ein lautstarker Protest vor dem Tor und uns wird mitgeteilt, dass die serbischen und ungarischen Behörden sich angeblich in Verhandlungen befinden. In einem Moment der Euphorie können wir den Grenzübergang an der 200 Meter entfernten Autobahn erreichen und stecken doch wiederum nur in der nächsten Sackgasse.

In der Zwischenzeit wurde dieser wohl mit fahrbaren Wänden blockiert, die dort fünf Tage stehen bleiben werden. Arabische Polizeidurchsagen informieren uns, dass die Geflüchteten entweder ein Asylgesuch für Ungarn in den nahegelegenen Containern stellen können oder umdrehen sollen. Die, die sich für Fingerabdrücke entscheiden, werden ebenso enttäuscht: mit einer Quote von fünf Personen pro Stunde und 60 Prozent Ablehnungen ist diese „Alternative“ bei

inzwischen einigen tausend Anwesenden eine reine Farce.

Die Proteste und notdürftige Zeltunterkünfte werden auf die Autobahn getragen und es beginnt ein Hungerstreik. Binnen kürzester Zeit ist das Gelände ein großes beengtes Camp. Ohne ausreichend Wasser und Essen, von sanitären Einrichtungen ganz zu



schweigen. Kinder, körperlich beeinträchtigte und alte Menschen, Schwangere, alle in der brütenden Hitze. Stuck.

Viele Freiwillige und Aktivist_innen versuchen den Notstand mit ihren Mitteln einzudämmen, aber beim Austeilen der organisierten Güter kommt es immer wieder zu Bedrängnis, Streit und Geschrei. Der Mangel und die Angst sind allgegenwärtig.

Mittwoch, der 16. September 2015

Der folgende Tag bringt erst einmal keine Veränderungen: anhaltende Unterversorgung und Protest. Bald kommen Busse, um Geflüchtete in ein nahe gelegenes Lager zu bringen.

Mittags beginnen wir die Festung Europa zu erklimmen: wir stürmen zu dem kleineren Grenzübergang, die zwei Zäune werden entfernt, sodass wir nur mehr einem Wasserwerfer und bis an die Zähne bewaffneten ungarischen Polizist_innen gegenüberstehen. Pfeffer-, Tränengas und Wasser.



Auf Kinder, Frauen, Presse, EU-Bewohner_innen, Alle. Von Seiten der serbischen Polizei wird nicht eingegriffen – ihr Ziel ist anscheinend unserem ähnlich: den Druck auf Ungarn verstärken. Da kommt ihnen der Straßenkampf wohl gelegen.

In einem Moment der Euphorie (davon gibt es tatsächlich mehrere..) öffnet sich die Polizeikette und deutet eine Art Korridor an. Etwa 100 Menschen strömen friedlich hinein, setzen sich, rufen „Thank you, Thank

you“ und bekommen den Zynismus mit voller Wucht zu spüren: Kinder im Nato-Draht, Geknüppel, Gas, Trennungen, brutalste Gewalt. Kein Durchkommen.



Derweil versuchen NGOs und Freiwillige die Geschädigten notdürftig zu verarzten. Nachdem sich die Lage etwas beruhigt hat, treffen verstärkt Busse ein, die die Geflüchteten angeblich zur kroatischen Grenze bringen. Trotz der Unsicherheit werden die Plätze heftig umkämpft und auch die Busfahrer scheuen sich nicht ein Geschäft mit der Not zu machen: 40 Euro kostet die halbe Stunde Fahrt.

Donnerstag, der 17. September 2015

So machen auch wir uns auf, um die neue Route zu erkunden: ein Übergang wird „offiziell“ geöffnet. Das heißt wir laufen mitten in der Nacht auf einem Feldweg kilometerweit um den serbischen Ausgang herum, um schließlich an völlig unbeteiligt wirkenden kroatischen Beamt_innen vorbei wiederum hinein zu gelangen. Wir können einfach nicht glauben, was wir da sehen und erleben: die Menschen sind so ausgezehrt. Die Kinder laufen, ja, aber ohne zu laufen kein Zurück vorwärtsstolpernd wie Maschinen kein links kein rechts nur vorwärts. weiter weiter

Nur weil irgendwer irgendwann einmal dachte, dass Staat und Grenzen sinnvolle Ideen seien. Es ist alles so absurd.

Nochmals einige Kilometer Fußmarsch später erreichen wir den Bahnhof Tovarnik. Dort angekommen, legen sich die Menschen einfach direkt auf den Asphalt und schlafen ein, so wie sie sind. Ein Zug ist eh' nicht in Sicht.

Später werden wir erfahren, dass die Geflüchteten auf dem Bahnhof mit minimalster Versorgung festgehalten werden und dabei völlig im Unklaren bleibt, wohin die völlig überfüllten Züge fahren, die nach stundenlanger Wartezeit eintreffen.

Irgendwann geht es weiter Richtung Zagreb. In der kroatischen Hauptstadt treffen wir auf Aktivist_innen von No Border Zagreb und auch hier klingeln die

Telefone Sturm, es werden Flugblätter über den Weg zur slowenischen Grenze erstellt, eine Demo organisiert und Freiwillige transportieren Gestrandete weiter zur slowenischen Grenze.

Allerdings ist diese, wie zu erwarten, geschlossen, sodass die kroatischen Behörden beginnen die Geflüchteten in Lager unterzubringen und in Bussen über Ungarn umzuleiten. Innerhalb eines Tages schließt Ungarn daraufhin die fehlenden 40 Kilometer mit Drähten.

So stauen sich seit Freitag weiterhin Menschen an der slowenischen Grenze und immer wieder von Neuem beginnt das Warten und Ausharren mit der Hoffnung endlich irgendwo anzukommen.

Kein zurück.

Unsere Reise ist an dem Punkt vorbei, aber wir kommen wieder (das geht nämlich). Wir werden nicht hinnehmen, dass Politik weiterhin auf Kosten der Menschenwürde verhandelt wird. Menschen können nicht verhandelt werden. Die Geflüchteten werden wie Spielbälle zwischen den Staat(sgrenz)en hin- und hergeschoben. Dieses Katz-und-Maus Spiel ist so niederträchtig und demütigend. Menschen können nicht illegal sein.

Wir fordern sichere Fluchtwege und eine entsprechende Unterbringung und Betreuung in den Zielländern. Ohne zu rechnen.

Fahrt und seht hin, zeigt euch an diesen neuen-alten Brennpunkten! Immer wieder machen sich Freund_innen mit Hilfsgütern auf den Weg, um den Geflüchteten entgegenzufahren und mit ihnen die Grenzen



Europas in Frage stellen. Wir kochen Essen, schenken Tee aus, bündeln und verbreiten Informationen über die Weiterreise, bauen improvisierte Camps auf und ab, verteilen Hygieneartikel und Wechselkleidung, organisieren Wasser, verarzten so gut es geht. Und erfahren zunehmend

Repressionen seitens der Staaten. Die Zustände sind unhaltbar und trotzdem wird es freiwilligen Unterstützer_innen, die außerhalb der völlig unzureichenden Rot-Kreuz- und UNHCR-Infrastrukturen agieren, immer schwerer gemacht. Doch wir bleiben solidarisch. Es geht uns nicht darum Versorgungslücken zu schließen – das ist unmöglich - sondern aufzuzeigen, dass die Verantwortlichen für diese Misere eben ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Ja, dass es nicht einmal in ihrem Interesse liegt. Es geht darum den Druck zu verstärken. Für diese Schande gibt es keine Rechtfertigungen.

Hélène de Bande

Lass dich nicht verarschen!

Das Internet in der Zahnbürste, im Kühlschrank, im Auto, im Rollladen, im Heizungsthermostat, im Stromzähler, im Fernseher, am Atemfrequenz- und Pulszähler... das ist alles nicht neu. Aber bald ist die Verbindung zum Netz in fast Allem eingebaut, was du kaufen kannst.

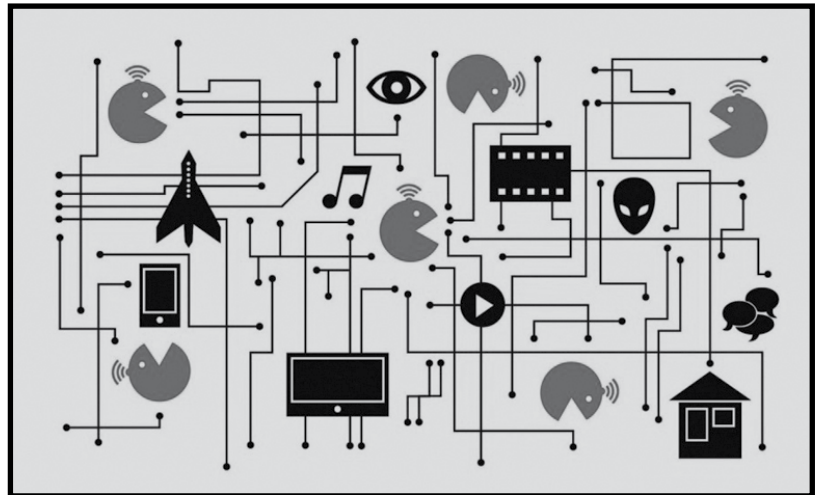
Na und?

Irgendjemand weiß immer, was du gerade tust, denkst, kaufst, ersehnt, hoffst; was du isst, wie lange du Zähne putzt, was du im Netz oder im TV siehst, wohin du mit welchem Verkehrsmittel fährst, mit wem du dich streitest. Irgendjemand weiß es immer. Alles. Klar, die Nutzung deines Smartphone alleine reicht schon aus, um fast alles über dich zu wissen. Aber das sogenannte „Internet der Dinge“ macht eine routinierte Überwachung deines Lebens noch einfacher. Denn wer weiß, was in deinem Kühlschrank ist, weil das Gerät die Produkte erkennen kann, weiß auch, ob du Allergien hast, wie oft Freund_innen zu Besuch kommen. Und wenn die auch ihr Smartphone dabei haben, ist natürlich klar, für wen du die Leckereien einkaufst - und für wen nicht. Ist dir egal? Auch wenn deine Krankenkasse weiß, dass du 2 Bier am Tag trinkst und du deswegen einen höheren Beitrag zahlen musst?



Wenn die Zahnbürste dem Zahnbürstenhersteller übermittelt, dass du zu selten Zähne putzt und der diese Daten an deine Krankenkasse verkauft? Du kaufst sowieso keine Zahnbürste mit Internetzugang? Du nutzt auch kein „Fitnessarmband“, keinen Stromzähler? Mit dem verpflichtenden Einbau von Stromzählern, die mit dem Netz verbunden sind, lässt sich einiges über dich herausbekommen. Wann kommst du nach Hause, wie oft wäschst du deine Wäsche? Oder wäschst du soviel, dass das als Hinweis auf eine nicht bei dir gemeldete Mitbewohnerin gewertet werden kann? Züchtest du Pflanzen, die viel Extra-Licht brauchen? Wie oft saugst du? Warum benutzt du die Mikrowelle, obwohl du gerade erst auf dem Herd gekocht hast? Das lässt sich alles aus dem Protokoll deines Stromverbrauchs analysieren. Und noch einiges mehr. Du verbrauchst keinen Strom?

Deine Kaffeemaschine kannst du per Smartphone programmieren, damit der Kaffee fertig ist, wenn du aufstehst? O.k., der Befehl dazu läuft natürlich erstmal über den amerikanischen Konzern, der das Ding gebaut hat. Der weiß, dass du immer erst um 9 deinen



ersten Kaffee kochen lässt. Erst um 9? Gehst du nicht arbeiten? Wie gut dass diese Info etwas Wert ist - jemand wird Interesse daran haben.

Du fährst selbstverständlich nie schneller als erlaubt, mit deinem Auto, hältst nie mal kurz im Halteverbot, dir ist egal, dass dem Autokonzern, den Autoversicherungen und, wenn sie wollen, der Polizei immer klar ist, wohin du fährst - und wie gut deine Fahrkünste sind? Jede Regung zur Steuerung deines Fahrzeugs wird gespeichert und ist übers Netz abrufbar.

Du hast ein Smartphone, eine Kaffeemaschine, eine Zahnbürste, ein Auto, einen Stromzähler, einen Fernseher, einen Computer...? Schöne Scheiße!

Alles was du mit dem Handy steuern oder erkennen kannst, weiß jemand. Dein Arbeitgeber kennt deine Pulsfrequenz? Dir doch egal. Das Jobcenter weiß, dass deine Atemfrequenz 2 mal die Woche für 8 Stunden hochgeht. Schwarzarbeit? Zukunftsszenario? Na gut.

Warte noch 5 Jahre. Alles kommt dir normal vor. Alles ist smart. Dein Leben kommt dir langweilig vor? Andere entscheiden über deine Zukunft. Warum wissen sie soviel von dir?

Bei jeder Verbindung mit dem Netz werden Daten über dich verbreitet, die anderen was wert sind. Deine Daten sind eine Ware. Diese Daten dienen dazu, dich zu kontrollieren, dich zu steuern.

Vermeide es, Dinge zu kaufen, die mit dem Netz verbunden werden können, oder sich selbst mit ihm verbinden! Lass dich nicht verarschen! Offline ist cooler.

Dokumentation:

Facebook Deutschlandzentrale in Hamburg „gehackt“

Ugly Facebook - FUNDAMENTAL DISLIKE // Wir haben das „Portal“ von Facebook Deutschland „gehackt“.

Als größere Gruppe selbst gewählter Freund*innen haben wir gestern am frühen Samstagabend mit reichlich Steinen und Farbe in der Hamburger Innenstadt (Caffamacherreihe 7) die Glasfront der Deutschlandzentrale von Facebook „zerhackt“. Mit Rauch haben wir die Cops der nur 70 Meter entfernten Polizeiwache im Nebel gelassen.

Mark Zuckerberg ist letzte Woche mit Anfang 30 in Elternzeit gegangen – schön für ihn. Seine weiblichen Mitarbeiter drängt der Facebook-Chef hingegen, den Zeitpunkt der Mutterschaft per social freezing auf weit nach 40 zu verschieben, um die Arbeitskraft junger Frauen „ohne Karriereknick“ länger ausbeuten zu können. Verpackt als Hilfe zur Selbstbestimmung der Frau erhöhen Facebook und Apple als erste Arbeitgeber mit der „Kostenübernahme“ zum Einfrieren der Eizellen den Druck auf ihre Mitarbeiterinnen zur Selbstoptimierung als Arbeitskraft. Sie sollen „im leistungsfähigen Alter“ nicht mehr wegen Familienplanung „ausfallen“. Aber das nur am Rande.

Es gehört in unseren Kreisen zum guten Ton, Facebook „eigentlich doof“ zu finden. Mit Äußerungen wie „still not loving facebook, but ...“ tragen viele von uns ihre „kritische“ Gesinnung dem IT-Giganten gegenüber konsequenzlos vor sich her. Alle wissen, dass Facebook keinerlei Privatsphäre respektiert. Es reicht, die Nutzungsbedingungen zu studieren: Facebook speichert unseren Aufenthaltsort (GPS- und netzwerkbasierend), liest Textnachrichten und Anrufprotokolle sowie Netzwerk-Verbindungen, nimmt Videos, Fotos und Ton auf, liest und verändert selbständig Kontaktdaten sowie Kalendereinträge ohne die Nutzer*in zu informieren, liest die Einstellungen anderer Dienste auf dem Smartphone, greift auf andere aktive Apps zu und lädt ohne Benachrichtigung Dateien runter, ...

Facebook analysiert unsere Vorlieben und Interessen und stellt daraus einen individuell auf uns abgestimmten Nachrichtenstrom zusammen. Informations-

technisch bewegen sich viele mittlerweile komplett in so gefilterten Facebook-Blasen, deren Dynamik Facebook bestimmt. Klassische, nicht personalisierte, redaktionell bearbeitete und zusammengestellte Nachrichten verlieren immer weiter an Bedeutung. Facebook lässt immer mehr Journalist*innen direkt für seine Plattform Nachrichten verfassen. Facebook bestimmt dann, wer sie in welcher Form erhalten wird.

Du darfst dich bei uns sozial vernetzen, aber was du zu sehen bekommst, wer und welche Mitteilung bei dir auftaucht und wer deine wirklichen Freunde sind, das entscheiden wir. Wer das Internet kontrolliert, kontrolliert nicht nur das Wissen der Menschheit sondern beeinflusst damit auch deren Ansichten, Vorlieben und Gewohnheiten – alles hochgradig individualisiert.

Viel zu abstrakt

Alle wissen, dass Facebooks Manipulationen von Kommunikation komplett übergreifend sind. Einer staatlichen Behörde würden wir niemals widerstandslos eine solche Lenkungsmacht einräumen. Aber niemand kümmert sich darum, weil dies in der Regel erst „zukünftig“ einen negativen, persönlich „spürbaren“ Effekt haben wird. Wenn der manipulative Eingriff in unser Leben verlockend „smart“ genug ist, will niemand ernsthaft an der massiven Einschränkung unserer Selbstbestimmung Anstoß nehmen. Die Entwicklung des Internet geht deutlich schneller voran, als sich das Bewusstsein der Menschheit für die Konsequenzen der Digitalisierung herausbildet. Schon lange wird die Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung maßgeblich mitbestimmt durch das, was die Alpha-Männer von Amazon, Apple, Facebook, Google und anderen aus dem Tal der Technokratie glauben, uns zumuten zu können: „Die Unternehmenspolitik ist es bis genau an die Grenze zu gehen, wo es den Leuten unheimlich wird, aber nicht darüber hinaus.“, so Google-Manager Eric Schmidt.

Facebooks Übergreifigkeit lässt sich nicht allein mit dem an Bedeutung schwindenden Begriff der Privatsphäre fassen. Der Eingriff in unsere Informations-, Erfahrungs-, Arbeits-, Freizeit- und Gefühlswelt reicht viel weiter. Er wird unser Leben massiv fremdbestimmen und vollständig neu ordnen – ohne dass eine bewusste Abwägung zwischen Bereicherung und Entmündigung stattfindet.

Das ist dir zu abstrakt und zu vage?

Ok - da unsere Vorstellungskraft nicht annähernd so weit reicht, wie die jener Technokrat*innen, die aktiv an einer Welt arbeiten, in der nur noch tech-



nologische Lösungen für gesellschaftliche Probleme zulässig sind, verbleiben wir im Hier und Jetzt:

Bei der Anfrage auf Löschung rassistischer Postings: „Friss Scheiße Du syrische Drecksau“ und „Gebt den Sicherheitskräften endlich Schusswaffen und knallt diese Pseudo-Flüchtlinge ab“ gibt sich Facebook als Bewahrer der freien Meinungsäußerung und antwortet: „Wir haben den von Dir wegen Hassbotschaften gemeldeten Beitrag geprüft und festgestellt, dass er nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards verstößt.“ Dass sich Facebook hierbei nicht wirklich der Neutralität verpflichtet fühlt, sollen im Folgenden vier Beispiele verdeutlichen:

Verfolgung und Behinderung von Fluchthilfe zusammen mit Europol

Im April 2015 hat der Europäische Rat beschlossen, gegen ein „Anlocken“ von Flüchtlingen vorzugehen. Zur Verhinderung einer Kontaktaufnahme von Flüchtenden mit Fluchthelfer*innen hat Europol eine Kooperation mit Facebook und Twitter begonnen. Seit dem 1. August sind bei der „Meldestelle für Internetinhalte“ (IRU) innerhalb von Europol zusätzliche Stellen eingerichtet worden, die die sozialen Medien nach Fluchthilfeaktivitäten durchforsten. Werden die Mitarbeiter*innen fündig, soll zukünftig direkt die Löschung erfolgen. Darüber hinaus soll Europol auch direkten Zugriff auf die Tracking-Daten bei Facebook erhalten ohne diese bei den jeweiligen Mitgliedsländern anfordern zu müssen. Die „Meldestelle“ soll dem „Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ (ECTC) untergeordnet werden. Das Vorhaben wurde wohlgermerkt noch vor den Anschlägen in Paris beschlossen! Dafür braucht es keinen Ausnahmezustand. Das ist nun europäischer Normalzustand.

Real-Life-Experimente zur Verhaltensökonomie

Im Juni 2014 kommt raus, dass Facebook über längere Zeit die Seiten von 700.000 Nutzer*innen psychologisch manipulierte – ohne dass die Nutzer*innen davon wussten. Dieser Gruppe wurden vornehmlich positive Posts ihrer Facebook-Freund*innen gezeigt. Negative Posts erhielten ein schwächeres Ranking bzw. wurden ganz unterdrückt. Dann wurde beobachtet wie sich dieser algorithmische Stimmungsaufheller auf das Kommunikationsverhalten der so manipulierten Nutzer*innen auswirkte – und oh Wunder: Sie äußerten sich durchgängig positiver in ihren eigenen Postings verglichen mit einer genauso großen Gruppe negativ-manipulierter Nutzer*innen.

Im Guardian äußert sich eine Facebook-Sprecherin zu dem Skandal. Ziel des Experiments sei es gewesen „unsere Dienstleistungen zu verbessern und die Inhalte, welche die Leute auf Facebook sehen, so relevant und ansprechend wie möglich zu gestalten.“ Weiter sagte sie „ein Großteil davon besteht darin zu verstehen, wie die Nutzer auf verschiedene Arten von Inhalten reagieren, je nachdem ob sie eine positive oder negative Tonalität haben; ob es Neuigkeiten von

ihren Freunden oder Informationen von Seiten sind, denen sie folgen.“ Facebook mache viele derartiger Verhaltensexperimente und außerdem seien diese Experimente, in die die Nutzer*innen ohne ihr Wissen involviert werden, durch die Nutzungsbedingungen abgedeckt.

Wie weit die gezielte Beeinflussung von Unzufriedenheit bei Facebook jenseits von „Experimenten“ zur Verhaltensbeeinflussung geht, zeigt sich nur zwei Monate später:

Informationelle Aufstandsunterdrückung

Am 9. August 2014 wurde in Ferguson der 18-jährige Michael Brown bei einer Polizeikontrolle erschossen. Eine Polizeistreife hielt ihn an, weil er es wagte, auf der Straße statt auf dem Bürgersteig zu laufen. Während der Diskussion löste sich ein Schuss aus dem Streifenwagen. Brown floh und wurde dabei von



einem Polizisten von hinten erschossen. Michael Brown war unbewaffnet und er war schwarz.

Bereits am nächsten Tag versammelten sich die schwarzen Bürger*innen der Stadt zur Mahnwache, der sich 150 Polizisten in gepanzerter Montur entgegen stellten. Die Stimmung heizte sich auf, die Lage geriet außer Kontrolle, es kam zu Straßenschlachten und Plünderungen. Am 11. und 12. August setzte die Polizei Panzerfahrzeuge, Blendgranaten, Rauchbomben, Tränengas sowie Gummigeschosse gegen die aufgebrachte Menge ein. Die Bilder von der martialischen Aufstandsbekämpfung gingen weltweit durch die Medien und natürlich auch durch die sozialen Medien. Aber nicht durch alle sozialen Netzwerke gleichermaßen.

Zeynep Tufekci, Dozentin an der Uni in North Carolina, untersucht die politische Macht durch algorithmische Nachrichtenfilterung. In einem Beitrag auf dem Bloggingportal Medium konstatiert sie, dass in ihrem Facebook-Stream Ferguson kaum auftauchte, während es auf Twitter beinahe kein anderes Thema gab. Das lag

aber nicht daran, dass die Leute auf Facebook nichts dazu schrieben.

Der Edgerank-Algorithmus, der laut Facebook die Neuigkeiten nach personalisierter Relevanz aufbereitet, schien das Thema einfach herausgefiltert zu haben.

Gezielte Manipulation in Kooperation mit der NSA

Im April 2015 erfuhren wir aus dem Fundus der Snowden-Dokumente, dass Facebook im Auftrag der US-Regierung regierungskritische Veranstaltungs-Infos und Direktnachrichten zwischen Facebook-Nutzer*innen manipuliert, um Demonstrationen zu verhindern. Nach dem Aufblühen der Occupy Wall Street Proteste im Herbst 2011 weiteten Facebook und NSA ihre gemeinsame „Operation SPORA“ zur Manipulation solcher Nachrichten aus.

Aus den Dokumenten geht hervor, dass SPORA Mitteilungen zu Demonstrationen und Flashmobs nicht einfach nur verschluckt oder verspätet sendet, sondern Orte und Zeiten dieser Verabredungen manipuliert.

Das betrifft sowohl Facebook-„Veranstaltungen“ als auch Direktnachrichten. Messenger-Apps und Webseiten zeigen zur Zerstreuung dann unterschiedliche Daten an.

Die Entwicklung der Manipulationssoftware läuft als NSA-Kooperation mit einem kleinen Team bei Facebook. Angewendet wird die Software von allen Geheimdiensten der „Five Eyes“-Allianz auch auf weitere Plattformen, darunter WhatsApp und Google Hangout. Ein Beispiel, das zeigt, wie irrelevant eine Unterscheidung von privat-ökonomischen Erfassungs- und Lenkungsabsichten der Digitalelite gegenüber der rein repressiven Intervention durch Geheimdienste und Behörden ist.

Facebook und die Bewegungslinke

Was, wenn Facebook in Augenblicken aufquellender sozialrevolutionärer Dynamik seine Dienste in noch viel stärkerem Maße gegen uns wendet bzw. selektiv ganz verweigert? Wollen wir uns erst dann eigene, unabhängige Techniken der Wissensverbreitung und Kommunikation aneignen?

Es ist schon erstaunlich genug, dass auch der autonomen Bewegung die Bequemlichkeit einer Kommunikationsplattform und die gefühlte informationelle Mainstream-Zugehörigkeit wichtiger erscheint als ihre Autonomie, aber dass wir aktiv via Facebook der Repression zuarbeiten, das geht uns dann hoffentlich doch zu weit! Oder nehmen wir die über Facebook vermittelte Behörden-Kooperation und Unterwanderung linker Widerstandsbewegungen hin, während wir als Anna und Artur weiterhin lautstark jede „direkte“ Zusammenarbeit mit Verfolgungsbehörden für undenkbar erklären?

Das erscheint uns wenig glaubwürdig und vor allem wenig sinnvoll.

Widerstand digital + analog = real

Es regt sich Widerstand – selbst gegen Facebook! „Zuck off“ wird dem Facebook-Chef Zuckerberg in Indien entgegen gerufen. Dort kämpfen aktuell Aktivist*innen mit viel öffentlicher Unterstützung gegen Facebooks Projekt internet.org, mit dem Facebook auch in entlegeneren Gegenden den Armen ein „kostenfreies“ Netz zur Verfügung stellen will. Stein des Anstoßes: Facebook lässt in diesem „gemeinnützigen Netz für alle“ nur 35 Webseiten sichtbar werden – Facebook an erster Stelle. Der Zugang zum Rest der (Netz-)Welt bleibt versperrt. Mark Zuckerberg reagiert zynisch, pragmatisch, großkotzig auf den Vorwurf der Zensur und Lenkung: „Lieber ein bisschen Internet als gar keines.“

Der Widerstand gegen diese zugespitzte Form der Netz-Nicht-Neutralität ist nicht spurlos geblieben. Vier der von Mark Zuckerberg auserwählten Anbieter, darunter die Times of India haben sich bereits aus dem Facebook-Projekt zurückgezogen, da sie den Vorwurf der Teilhabe an „wirtschaftlichem Rassismus“ und „Landnahme“ (Landgrab) nicht auf sich sitzen lassen wollten.

Aber macht ein symbolischer, nicht-digitaler Angriff auf einen Giganten der vermeintlich digitalen Welt wirklich Sinn? Ja, macht er – die Unternehmensführung von Google war empfindlich getroffen, als Gentrifizierungsgegner*innen

die Google-Busse stoppten und angriffen: Öffentlich wahrnehmbarer Protest gegen den astronomischen Anstieg der Wohnkosten im Umkreis der Haltestellen dieser Shuttle-Busse, die jeden Morgen Tausende Google-Mitarbeiter*innen aus der Umgebung von San Francisco zum Unternehmenssitz im Silicon Valley bringen. Darauf folgende Demonstrationen zwangen Google sogar ein konkretes Bauvorhaben in San Francisco fallen zu lassen. Auch Googles erste Version der Datenbrille glasses ist maßgeblich an der breiten öffentlichen Wirkung der Kampagne ihrer Gegner*innen gescheitert und wieder vom Markt genommen worden. Aktivist*innen in den USA hatten Datenbrillenträger*innen als glassholes diffamiert und ihnen teils handgreiflich die Brille von der Nase geholt. In vielen angesagten Kneipen und Clubs hatten glassholes daraufhin Hausverbot.

Eine eintägige militante Autobahnblockade in unmittelbarer Flughafennähe der Taxifahrer*innen gegen die Taxi-App Uber in Paris hat den letzten Ausschlag zu deren Verbot in Frankreich gegeben.

Anfang letzten Monats haben Aktivist*innen das Headquarter von Airbnb in San Francisco besetzt, quasi um die Kämpfe für bezahlbaren Wohnraum an den Ort zu tragen, der in wachsendem Ausmaß für Zwangsräumung und Vertreibung mitverantwortlich ist.



Join the real-life-hacking-team

Wir sehen die Notwendigkeit, uns gegen die digitale Kontrolle und den Versuch der Übernahme unseres Lebens aktiv zu wehren aber auch darüber hinaus gegen dieses System und seine Geschäftspartner vorzugehen. Eine Rebellion gegen diese Welt wird nicht durch die Reform des Internets stattfinden.

- **Komm raus aus der entmündigenden Enge der Fremdbestimmung**
- **Facebook, Google, Apple, Amazon and friends vom Netz nehmen**

- **Beteilige Dich am Gegenangriff sowie am Aufbau von Alternativen**
- **„Das Netz ist kaputt“ - Mach neu !**
- **Für eine freie, unabhängige Kommunikation**
- **Für die Autonomie**
- **Gegen jede Herrschaft**

**Hackers unite and take over -
ob digital oder analog – we stay anonymous**

PS: If you LIKE our action, don't share it on facebook
If you DISLIKE or don't know what this is all about, you will probably do so anyway.

Das „Netz“ begreifen – in aller Kürze

Das Netz begreifen wir als materielle Infrastruktur der informationellen Vernetzung. Diese umfasst die Hardware der Verkabelung, der Router und der Rechenzentren an zentralen Netzknoten, aber auch die Software zur Steuerung und zur staatlichen+privatwirtschaftlichen Ausleitung, Speicherung und Analyse der Datenströme. „Die Cloud“, also den von verschiedenen Betreibern angebotenen Festplattenplatz zählen wir inklusive der Verarbeitung der dort abgelegten Daten ebenfalls zum Netz.

Wesentlich für unser Verständnis vom Netz in seiner aktuellen Verfasstheit ist folgende These:

1. Ausbau und Betrieb des Netzes (Hardware+Software) sind mittlerweile untrennbar eingebunden in eine kapitalistische Ideologie der Vernetzung, dem zwangsweise freiwilligen „Einweben“ von allem und allen in ein Netz der vollständigen Erfassung.

Diese Erfassung ist mehr als „nur“ Ausdruck eines Kontrollwahns, sondern viel weiter gehendes Instrument alltäglicher Steuerung und Lenkung: Wer erhält welche Information? – realisiert über hochgradig individualisierte „Filterblasen“, in denen sich jede von uns bewegt: Wir bekommen bei Facebook, Google, Apple, Amazon und Co von Algorithmen perfekt „auf unsere Bedürfnisse“ zugeschnittene Informationen.

Unser Konsum dieser Informationen und unsere Reaktion darauf, also unsere „Kommunikation“ im erweiterten Sinne dieses Netzes (soziale+mediale Interaktion, Arbeits-, Freizeit-, Einkaufs- und Bewegungsverhalten) wird ebenfalls erfasst und in die Algorithmen eingespeist. Dies ergibt einen stetig rückgekoppelten Informationsfluss in lauter Mess- und Steuerkreisen – als kleinste Bestandteile in einem komplexen, sich selbst regulierenden (kybernetischen) System. Die Algorithmen bestimmen die Rahmenbedingungen dieser Selbstregulierung, sie sind das Regelwerk für das Messen und Steuern, für den

informationellen Zugriff auf uns. Das Ergebnis dieser ständigen Rückkopplung: Unsere persönliche Informations-Filterblase passt sich dynamisch an.

Die stabile Selbstregulierung dieses Systems funktioniert um so besser, je engmaschiger die Erfassung unserer Interaktionen im Alltag erfolgt – also je umfassender unsere Tätigkeiten sowie die uns umgebenden Alltagsgegenstände in dieses Mess- und Steuer-Netz eingebunden sind.

In diesem Sinne trägt das Always-On unserer Smartphones, die Erschließung bislang unverbundener Regionen, die Etablierung von SmartHome, SmartCars, SmartCities und smarter Bezahlssysteme zur Verfeinerung und damit zur Stabilisierung dieses kapitalistisch-kybernetischen Netzes bei.

2. Unserer Überzeugung nach lässt sich keine sinnvoll Kapitalismuskritik ohne eine grundsätzliche Technologiekritik formulieren. Antikapitalistische Bewegungen können „das Netz“ nicht mehr als vermeintlich „neutrale Infrastruktur“ begreifen, sie müssen das Projekt der „Vernetzung von jedem und allem“ praktisch und ideologisch angreifen.

anonym



Kundgebung in Solidarität mit den Opfern des islamistischen Terrors

Am Sonntag haben in Dresden einige Antifaschist_innen und Antirassist_innen den Opfern des islamistischen Terrors in Frankreich und weltweit gedacht. Anders als Pegida, die islamischen Fundamentalismus mit Rassismus beantwortete, kritisierte der Redebeitrag auf der Kundgebung den Islamismus in Zusammenhang mit Patriarchat, Imperialismus und Antisemitismus.

„Wir haben uns hier versammelt um an die Opfer des islamistischen Terrors in Frankreich und überall auf der Welt zu denken. Der Terror ist ein Angriff auf die Sicherheit und das Leben vieler Menschen und auf die Aussicht auf ein besseres Leben und auf Emanzipation. Wir solidarisieren uns mit jenen, die in Rojava und andernorts den Islamischen Staat bekämpfen. Unsere Antwort auf den Terror ist nicht Rassismus und Ausgrenzung, unsere Antwort ist Solidarität.“

Wer von Islamismus redet, darf vom Patriarchat nicht schweigen. Der islamische Fundamentalismus basiert auf der Unterdrückung der Frauen. Islamist_innen wollen Frauen beherrschen und beuten sie aus und sie verfolgen und foltern Homosexuelle. Wer von Islamismus redet, muss vom Patriarchat sprechen und nicht von einer halluzinierten „Genderisierung“. Unsere Antwort auf den islamistischen Terror heißt Feminismus.

Wer von Islamismus redet, darf von Antisemitismus nicht schweigen. Islamistischer Terror richtet sich gegen Jüdinnen und Juden weltweit sowie gegen den Staat Israel. Islamist_innen reden vom Krieg gegen

den imperialen Westen, dabei haben sie selbst imperialistische Ziele. Der Hass gegen Moderne und Emanzipation richtet sich im islamistischen wie im völkischen Antisemitismus gegen Jüdinnen und Juden. Daher: Wer von Islamismus redet, muss vom Antisemitismus und Verschwörungsideologien sprechen und nicht gegen eine vermeintliche Lügenpresse hetzen. Wir antworten auf den islamistischen Terror mit Antifaschismus.



Wer vom islamistischen Terror redet, soll nicht schweigen von den Opfern: Wir sind in Gedanken bei den Opfern von Hamas, Boko Haram,

Hisbollah und des Islamischen Staats. Die meisten Opfer von islamischen Fundamentalist_innen sind keine weißen Europäer_innen. Deswegen denken wir an die Menschen in Frankreich, in Afghanistan, in Syrien, Rojava, in Nigeria und überall sonst. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die vor religiösem Terror und aus anderen Gründen flüchten. Wer vom islamistischen Terror redet, darf nicht rassistisch gegen Geflüchtete hetzen. Wir antworten auf den Islamismus mit politischer Solidarität mit den Geflüchteten. Kein Mensch ist illegal.“

*Antifaschist*innen aus Dresden*

Weder ihren Krieg, noch ihren Frieden!

„Wir müssen die Feinde der Republik vernichten... und jene der Nationalität entheben, die den französischen Geist verspotten.“

Manuels Valls, Premierminister
14. November 2015

Wenn man der französischen Republik eine gewisse Kontinuität anerkennen muss, dann ist das wohl jene der Massenmorde. Vom Staatsterror von 1793-94, der eben dem Wort Terrorismus Ursprung gab, bis zur Niederschlagung der Aufständischen von 1848 und derjenigen der Kommune von 1871; von der

Kolonisation oder der Deportation der Juden, welche durch frühere Karteien erlaubt war, bis zum Massaker von algerischen Demonstranten 1961 mitten im Herzen von Paris: alle französischen Republiken haben ohne Nachsicht massakriert, damit die Machthaber weiter alle beherrschen und ausbeuten. Die französische Republik ist ein Leichenberg, deren Unrat, der ihre Spitze bildet, sich nur halten konnte, indem er ihre wahren Feinde zerschlug, die Revoltierenden und die Revolutionäre, welche für eine Welt der Gerechtigkeit und der Freiheit kämpften. Der „französische Geist“, wenn solch ein unsäglicher Blödsinn jemals existieren

könnte, wäre ein zum Zerbersten volles Schild mit nach Rache schreienden Stimmen gegen die Bürgerlichen, die Politiker, die Bullen, die Soldaten und die Priester, die sie mit den Füßen getreten haben, um ihre Macht zu festigen.

Ach, aber das ist doch alles Vergangenheit. Nicht? Haben etwa Jahrzehnte der Bürgerbeteiligung, der Warenintegration und der generalisierten Enteignung diejenigen, die noch eine Spur von Sensibilität bewahren, wirklich vergessen lassen, dass in die Menge zu schiessen nicht eine Exklusivität von fernen Terroristen ist? Dass der französische Staat seit einigen Jahren sein grosses Comeback auf der internationalen Bühne des staatlichen Terrorismus gehabt hat, indem er seine militärischen Angriffe in allen Ecken des Planeten multiplizierte (Libyen,

Mali, Afghanistan, Elfenbeinküste, Somalia, Zentralafrika, Irak, Syrien)? Der Vorwand ändert sich jedes Mal, aber die



Gründe bleiben dieselben: die Kontrolle über strategische Ressourcen wahren, neue Märkte und Einflusszonen erschliessen, seine Interessen gegenüber seinen Konkurrenten schützen, vermeiden, dass Aufstände sich in Experimente von Freiheit verwandeln. Und falls es noch nötig war, so wurden sogar Warnungen lanciert, um den Schläfrigen verständlich zu machen, dass diese Kriegslogik keine territorialen Grenzen kennen wird: der Tod von einem Demonstranten im vergangenen Jahr in Sivens oder die von Splintern durchbohrten Körper von denjenigen von Notre-Dame-des-Landes und von Montabot rufen in Erinnerung, dass man, auch hier, nicht zögert, kakibraune Angriffsgranaten gegen Mengen zu werfen, um Terror zu sähen.

Denn was ist der Terrorismus, wenn nicht, unterschiedslos in die Menge zu schlagen, um zu versuchen, die Macht zu bewahren oder zu erobern? So ähnlich wie es die Reichen tun, indem sie tagtäglich Millionen von Menschen bei der Arbeit töten und verstümmeln im Namen der Kohle, die sie aus ihrer Ausbeutung ziehen. So ähnlich wie es die Industriellen und ihre Lakaien in den weissen Hemden tun, indem sie nachhaltig alles Leben auf der Erde vergiften. So ähnlich wie alle Staaten, die die Ausgeschlossenen aus ihrem Warenparadies und die Rebellierenden gegen ihre Gesetze einsperren und auf kleiner Flamme foltern, indem sie sie während Jahren zwischen vier Mauern einschliessen. So ähnlich wie jene grrrossen Demokratien, die das Mittelmeer in einen Friedhof verwandelt haben, der von Tausenden von Unerwünschten bevölkert wird, die das Verschulden hatten, nicht über den geeigneten kleinen Fetzen Papier zu verfügen. Aber das ist, was der Frieden des Staates und des Kapitalismus kostet. Der Frieden der Mächtigen ist der Krieg gegen die Beherrschten, innerhalb wie ausserhalb seiner Grenzen.

Am 13. November in Paris wurden die Regeln des

Spiele respektiert. Ob er sich nun islamisch nennt oder Republik, Kalifat oder Demokratie, ein Staat bleibt ein Staat, das heisst eine autoritäre Macht, deren massenhafte Gewalt gegen all jene eingesetzt wird, die sich seinem obersten Befehl nicht unterwerfen. Eines der Prinzipien von jedem Staat ist es, nur Untertanen anzuerkennen. Untertanen, welche Gesetzen gehorchen müssen, die von oben diktiert werden, das heisst, das völlige Gegenteil von freien Individuen, die sich ohne Geführte noch Führer selbst-organisieren können. Von den Bombardierungen von Dresden und Hiroshima bis zu den Dörfern von Vietnam, die dem Napalm unterzogen wurden, oder jenen von Syrien unter den TNT-Fässern: die Staaten haben in ihren schmutzigen Kriegen nie gezögert, einen Teil ihrer eigenen Bevölkerung, oder jene ihrer Konkurrenten zu opfern. Indem sie wahllos auf Pariser Passanten schossen, um deren Staat zu bestrafen, haben die kleinen Soldaten von Daesch nichts anderes getan, als die erbarmungslose Logik ihrer Gegner zu reproduzieren. Eine schreckliche Logik, so schrecklich, wie jede staatliche Macht es sein kann.

Der Ausnahmezustand, der in Frankreich seit gestern verhängt wurde, als interne Kriegsmassnahme von einer Regierung, die das Land in Adäquanz mit seiner internationalen Terrorismuspolitik bringt, ist nur ein Schritt mehr in der grundlegenden Praxis von jeder Regierung, auf die gezwungene Normalisierung des Lebens, auf seine institutionelle Kodifizierung, auf



seine technologische Standardisierung abzielend. Denn, wenn der Staat in die Zukunft schaut, was sieht er? Wirtschaftliche Zusammenbrüche, Massenarbeitslosigkeit, eine Erschöpfung der Ressourcen,

internationale militärische Konflikte, Bürgerkriege, ökologische Katastrophen, Bevölkerungsexodus... Er sieht kurzum eine Welt, die immer instabiler wird, worin die Armen immer zahlreicher und konzentrierter werden, eine Welt, die vor Verzweiflung schwitzt, die sich in ein enormes Pulverfass verwandelt, aller Art von Spannungen ausgeliefert (soziale, identitäre, religiöse). Eine Welt, worin die Entzündung des geringsten Funkens, was auch immer er sei, von einer immer totalitäreren Demokratie nicht toleriert werden darf. Dann bedeutet der „Krieg gegen den Terrorismus“, ebenso wie „Bürger“ ein anderes Wort für „Bulle“ ist, vor allem Krieg gegen all diejenigen, welche die Ränge der Macht durchbrechen. An alle, welche sich der sozialen Befriedung nicht unterwerfen, an alle, welche den Kriegen zwischen Mächtigen und Autoritären desertieren, sabotieren wir die nationale Einheit...

***Ein schlechter Untertan,
Feind der Republik und aller Staaten
Paris, 14. November 2015***

Unsere schönen tollen Gesellschaften

Nach dem Attentat von Paris:

Hört auf, euch in ein „Wir“ zwingen zu lassen, dem ihr gar nicht angehört.

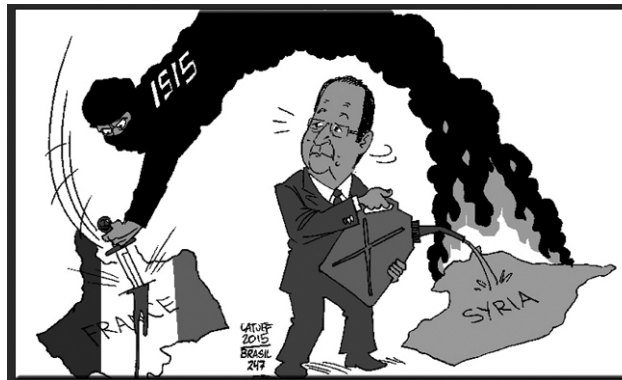
Es wurden empörend viele dumme Texte in einer erstaunlich raschen Abfolge produziert, nachdem eine Zelle des „Islamischen Staates“ (IS) in Paris über 100 ZivilistInnen tötete. Die meisten dieser Dokumente fortschreitender Verblödung müsste man nicht einmal kommentieren, wenn sie nicht trauriger Weise sogar funktionieren würden. „Funktionieren“ tun sie, weil sie gar nicht geschrieben sind, um einen wie auch immer gearteten Erkenntnisgewinn zu produzieren. Vielmehr wollen sie die nun panisch vor Angst nach Halt suchenden Monaden der kapitalistischen Metropolen gerne einfangen und in ein Kollektiv pressen, das – je nach Schreiberling – ganz eigene Zwecke erfüllt.

Eine oberflächlich betrachtete harmlose Variante dieses Versuchs, präsentiert uns die Guardian-Autorin Suzanne Moore. Sie hat endlich alles durchschaut. Der „Islamische Staat“ hat es auf unseren „Joy“, unsere Lebensfreude und unseren Spaß, abgesehen. „Die Angreifer von Paris können die eine Sache, die sie am meisten hassen, nicht umbringen: Den Spaß.“ Die liebenswert blöde Moore weiß sodann auch schon, wie der „Widerstand“ zu organisieren ist. Am Tag nach dem Attentat war sie nämlich Kuchenessen mit ihrer Familie. Sicher, so viel kann auch sie verstehen, durch „Kuchen alleine“ werden sie nicht besiegt, die bärtigen Spaßverderber. „Aber ich denke schon, dass gutes Leben eine Form des Widerstands ist und Paris das am besten von allen Orten verkörpert.“

Nimmt man der Erklärung ihre kindische Ausformulierung ist sie eine der gängigen: „Wir“ haben einen supertollen Lebensstil, der von „Liebe und Leben“ (Moore) geprägt ist, und das können die Terroristen halt einfach nicht ertragen, weil die mögen lieber den Tod. Das Problem an dieser Erklärung ist: Das „Wir“ mit dem supertollen Lebensstil existiert nicht. Und das ist etwas, das sich in Paris wirklich gut darstellen lässt. Denn während die „award winning“ Guardian-Kolumnistin ihren Kuchen frisst, sitzt man in den Banlieues schon an der ganz dünnen Wassersuppe. Ob die „Kritik“ Moores an der Todesliebe der Dschihadisten zutrifft oder nicht: Das vermeintlich klassenlose „Wir“, das im „Westen“ ein so gutes Leben führt und das sie gerne verteidigen will, existiert so nicht.

Die politisch dezidiertere Form dieses „Wir“ findet sich dann auch bei jenen Autor_innen, die uns gerne

für dieses „Wir“ nicht an den Kuchen, sondern zu den Waffen rufen wollen. Bei Julian Reichelt von der Bild etwa. Ob man jemanden, dessen „Kommentare“ grade mal die Länge einer SMS haben, Journalisten nennen kann, ist unklar, aber wenn er einer ist, dann ruft „uns“ dieser Journalist auf: „Die Wahrheit ist unbequem: Der Kampf gegen ISIS erfordert Opferbereitschaft.“ Opferbereitschaft für „unsere Gesellschaft in ihren weltoffenen und freiheitsliebenden Grundfesten“. U serious? Die weltoffene „Festung Europa“, an deren Weltoffenheit jährlich tausende zerschellen? Das „freiheitsliebende“ Europa, in dem Millionen von working oder non-working poor die Freiheit genießen, nicht zu wissen, wie man nächste Woche über die Runde kommt?



Ihr eigenes „Wir“ wollen uns nun auch die Rattenfänger von „Identitären“ über Front National bis Pegida ans Herz legen. In dieser vom rechtliberalen Mainstream zwar verschiedenen, aber nicht grundsätzlich anderen Version des nun zu verteidigenden „Wir“ sind „wir“ vor allem die, die nicht

islamisch sind. „Was nun vonnöten ist, ist die Betonung der Werte von Souveränität, Leitkultur, Staat, Nation und Familie, verbunden mit einer entsprechenden konkreten politischen Praxis der Grenzschiebung und Remigration“, heißt es in einem Debattenbeitrag der Identitären.

Das Gros der bürgerlichen Autor_innen ist bemüht, eine einfache Dichotomie aufzumachen. Hier ein „Wir“, dem der Multimilliardär genauso angehört wie der darbennde Habenicht, der Massenmörder Oberst Klein genauso wie der Hippie-Friedensaktivist, der Flüchtlingshelfer genauso wie Markus Söder. Und dort die anderen, die dieses entweder als „Nation“ oder „Europa“ oder „westliche Wertegemeinschaft“ bestimmte „Wir“ gefährdet.

Dabei gerät aus dem Blick, dass der „Islamische Staat“ nicht das völlig Andere ist, das aus einem nicht bestimmbar Außen auf die kapitalistische Moderne kam. „Der IS stellt somit gewissermaßen ein Nebenprodukt der krisenhaften kapitalistischen Globalisierung dar. Hierbei handelt es sich gerade nicht um eine autochthone, traditionalistische und aus den regionalen Sippenverbänden und ‚Stämmen‘ hervorgegangene Aufstandsbewegung, sondern um eine im höchsten Maße globalisierte Besatzungsarmee, die sich in den sozioökonomischen und politischen Zusammenbruchs-

regionen des Zweistromlandes konstituierte. [...] In der barbarischen Gegenwart islamistischer Ideologie und Praxis findet der kapitalistisch-liberale Westen somit die Echos seiner eigenen blutgetränkten Vergangenheit. Mehr noch: Der barbarische Kern kapitalistischer Vergesellschaftung kommt im extremistischen Islamismus wie im Rechtsextremismus zum Vorschein. [...] Der Islamismus ist somit – genauso wie der Rechtsextremismus – ein Produkt der Weltkrise des Kapitals“, schreibt Tomasz Konieczny bereits vor einiger Zeit.



Das „Wir“, in das wir als Menschen, die ein Interesse an der Überwindung von Kapitalismus genauso haben, wie eines an der Zerschlagung des IS kann weder das von Françoise Hollande, noch das von Abu Bakr al-Baghdadi sein. Das „Wir“, das wir brauchen, ist eines, das wir selber zu schaffen haben, und in dem kurdische Guerilleras, rebellierende Jugendliche in den Vorstädten, fabriksbesetzende Arbeiter_innen in Griechenland und LGBT-Aktivist_innen aus der Türkei vorkommen. Generell gilt: Wollen dir ein Julian Reichelt oder ein Markus Söder erklären, es gebe irgendein relevantes „Wir“, das dich mit ihm zusammenschließt, lauf. Lauf weit und schnell.

Von Fatty McDirty
Lower class magazine

Charlie Hebdo 2.0

Kritik an den Anschlägen in Paris und an der Trauer- und Kriegsmaschinerie derer, die nicht Opfer der Anschläge waren

Die Massaker, die am 14. November 2015 in Paris verübt wurden, sollen laut ›gut informierter Kreise‹ ein Racheakt auf Blutbäder und Zerstörungen in arabischen Ländern (Irak, Syrien, Afghanistan) sein, an denen sich westliche Staaten, insbesondere die französische Außenpolitik beteiligt haben und fortlaufend beteiligen. Sollte dieses Motiv stimmen, dann muss man eines ganz deutlich sagen: Das Blutbad, das man während eines Konzertes im ›Club Bataclan‹ anrichtete, die Ermordung von BesucherInnen eines Cafés haben nicht die politisch und militärisch Verantwortlichen getroffen. Im Gegenteil: Man brachte jene in Frankreich (und in Europa) wieder zusammen, die im Alltag so viel gemein haben wie die BewohnerInnen der Banlieues mit denen im ersten Arrondissement in Paris.

Nicht anders ist der Mordanschlag auf die Satirezeitung ›Charlie Hebdo‹ im Januar dieses Jahres zu werten, wenn man ›Außenseiter‹ des französischen Kulturbetriebes ins Zentrum einer blutigen Kritik rückt, die sich für Religions – und Gotteslästerungen rächen wollte.

In beiden Fällen wiederholen die Täter in Paris etwas, was in Syrien, im Irak und in Libyen Alltag geworden ist: Sie spiegeln denen, die von den Moslems, von den Islamisten reden, was es heißt, von den Franzosen zu reden. Das ist nicht aufklärerisch, sondern reaktionär.

Gänzlich gleich geblieben ist die Trauer- und Kriegsmaschinerie, die gut aufeinander abgestimmt nach den Anschlägen in Gang gesetzt wurde, wobei man jetzt allen Ernstes behauptet, man sei im Krieg. Mit diesem erwünschten Kriegszustand wird nun all das

gerechtfertigt und umgesetzt, was man schon lange gewollt hat und womit dieser Terroranschlag nichts zu tun hat: Man will noch mehr Krieg (außerhalb von Europa), man will noch mehr Polizei, noch mehr Soldaten, noch mehr Überwachung, noch mehr von dem, was man vor dem Islamismus schützen will. Ganz besonders zynisch wird es, wenn die Geheimdienste aus den USA, England und Deutschland gemeinsam die Kritiker ermahnen, endlich ganz still zu sein, damit sie wieder ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können.

Nun wird einmal mehr eine Einheit beschworen, vor der man sich nur gruseln kann: Sozialisten, Nationalisten und Neofaschisten (Le Pen) wetteifern darum, die ›Freiheit‹ zu verteidigen. So schlägt Le Pen genüsslich vor, alle ›Islamisten‹ zu verhaften, den als ›Gefährder‹ eingestuften Verdächtigen elektronische Fussfesseln anzulegen. Anstatt solche Vorschläge empört zurückzuweisen, zeigt sich der ›Sozialist‹ Mitterrand geneigt, diese Vorschläge zu prüfen. Wenn das irgend etwas, auch nur im entferntesten mit Sozialismus zu tun hat, dann kann man dem Propheten auch ins Paradies folgen.

Und wieder und wieder fragt man sich: Was hat das alles mit dem Krieg gegen den Islamismus zu tun? Wer verteidigt wo was?

Es lohnt sich, noch einmal an das zu erinnern, was dem Mordanschlag im Januar 2015 folgte.

Am 7. Januar 2015 ereignete sich in Paris ein Anschlag auf die Satirezeitschrift ›Charlie Hebdo‹, bei dem elf Menschen ermordet wurden. Zwei Tage später stürmte ein weiterer Attentäter einen koscheren

Supermarkt im Osten von Paris, tötete einige Kunden und nahm die anderen als Geisel. In einem Telefonanruf stellte er die Tat in Verbindung mit dem Anschlag auf »Charlie Hebdo« und forderte: »Frankreich soll alle seine Truppen aus sämtlichen muslimischen Ländern abziehen«.

Ziemlich schnell stand das Fazit fest: Der Islamische Staat/IS führt seinen Krieg im Namen des Koran und des Propheten Mohammed im Nahen Osten (Syrien, Irak) und trägt ihn nun auch nach Europa. Auch nach innen hatte man eine Botschaft: Dieser mörderische Angriff sei ein gemeiner Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit, die es jetzt gemeinsam zu verteidigen gelte, ob arm oder reich, oben oder unten, rechts oder links.

Damit wurde innenpolitisch ein »nationaler Konsens« imaginiert, der auch in Frankreich seit Jahren zerbrochen, zerschissen und aufgebraucht war und ist – und gerade deshalb umso heftiger beschworen werden muss.

Die Süddeutsche Zeitung hatte den Mordanschlag unverkrampft ungeniert eingeordnet: Jetzt gelte es, die »Gunst der schrecklichen Stunde« zu nutzen.

Alle zusammen gegen den Islamismus?

»Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. (...) Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.« (Karl Marx, MEW 1, S.378)

Nach dem mörderischen Anschlag auf die Satirezeitschrift »Charlie Hebdo« wurde die Debatte über den Islam in allen Medien neu aufgelegt: Welche Rolle spielt der Islam bei der Rechtfertigung von Terroranschlägen? Wird bei einem Anschlag der Islam missbraucht, wenn die Attentäter als Zeuge und Beistand »Allah ist groß« rufen?

IslamexpertInnen bevölkern einmal mehr die Talkshows. Es geht wieder und wieder um die Fragen: Gibt es einen moderaten Islam und einen zur Gewalt aufrufenden Islam? Haben die Anschläge etwas mit dem Islam zu tun oder mit anderen, sprich lebensweltlichen Ursachen? Und ganz viel wird vermessen und gestritten, wo die Grenze zwischen dem Islam, gegen den wir nichts haben, und dem Islamismus, den es noch energischer und entscheiden zu bekämpfen gibt, verläuft?

Von Regierung, Thinktanks und von den Medien wird uns gesagt, dass der Kampf gegen den (gewaltbereiten/fanatichen) Islamismus keine Kriegserklärung

gegen den Islam sei. Schließlich habe man nichts gegen Religionen, auch nichts gegen den Islam, solange unter diesem Himmel ein Bett steht, in dem der Westen genug Platz hat.

Zu dieser Selbstverortung werden seitdem erneut und wiederholt alle muslimischen Verbände aufgerufen, sich auf die richtige Seite zu stellen. Sie sollen sich wieder deutlich und glaubhaft vom Islamismus distanzieren. Sie sollten nicht nur Bekenntnisse zu diesem Staat und seiner Verfassung abgeben, sondern auch Zeugnis ablegen, dass diese mehr als Lippenbekenntnisse sind. Man fordert sie auf, in ihren Moscheen nach »Hasspredigern« Ausschau zu halten, ihnen kein Forum zu bieten und eng mit den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden zusammenzuarbeiten, wenn sie »verdächtige« Muslime entdecken, die den Rubikon vom (friedliebenden) Islam zum (gewaltbereiten) Islamismus überschreiten.

Wenn Attentäter im Namen Mohammeds morden, erwartet man von allen Muslimen ganz selbstverständlich, dass sie sich distanzieren. Wenn unter Anrufung Gottes Krieg gegen den Irak (»Möge Gott uns jetzt führen«, US-Präsident George W. Bush) geführt wird, dann fragt niemand alle Christen, ob sie sich von Kriegsverbrechen distanzieren oder wie wir uns vor einem gewaltbereiten Christentum schützen können? Genauso wenig kommt jemand auf die Idee, alle Deutschen dazu aufzurufen, sich deutlich und erkennbar vom Terror des NSU zu distanzieren, der im Namen des »deutschen Volkes« begangen wurde.

Wie willkürlich und vordergründig die Unterscheidung zwischen dem Islam und dem Islamismus ist, verdeutlichen ein paar Beispiele:

Die US-Regierung hat in den 80er Jahren gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan die im Namen des Islam agierenden Taliban bewaffnet, finanziert und ihnen zum Sieg verholfen. Ist das der Islam, der auch hier seinen Platz haben soll?

Wenn 2011 im Krieg gegen Libyen »Gotteskrieger« als Bodentruppen unterstützt und bewaffnet werden, die bis heute das Land terrorisieren, wobei es um wenig Göttliches geht, sondern um die Aufteilung der Beute, sind das dann die »befreundeten« Islamisten?

Ist der Gottesstaat Saudi-Arabien ein islamischer oder ein islamistischer Staat? Wenn dort Menschen ausgepeitscht, gefoltert und hingerichtet werden, angeblich nach den Gesetzen der Scharia, ist das dann ein trotz allem wohlgeleiteter Islam, weil der eines verbün-



deten Staates? Wird in diesem reaktionären, patriarchalen System, das der Westen unter anderem mit Waffenlieferungen (auch von den deutschen Bundesregierungen) unterstützt, genau jener Islam gelebt, den wir so vortrefflich vom Islamismus unterscheiden?

Verträgt sich die Bewaffnung eines Teils der syrischen Opposition (auch durch westliche Staaten), die sich mehr als deutlich einem islamischen Gottesstaat verschrieben hat, mit einem Islam, von dem schon mal von höchster Stelle gesagt wurde, er gehöre zu Deutschland?

Auch die israelische Regierung hat kein Problem damit, das politisch und materiell zu unterstützen, was sie ansonsten als islamistischen Terror zu bekämpfen vorgibt:

»Bereits Anfang Dezember 2014 hatten die Vereinten Nationen berichtet, die israelischen Streitkräfte »interagierten« auf den Golanhöhen mit der Miliz Jabhat al Nusra (»Al Nusra-Front«), die im August 45 UN-Blauhelme zu Geiseln genommen hatte. Aktuelle Berichte zufolge wird Jabhat al Nusra von Israel durch »medizinische wie logistische Hilfe« unterstützt. Ursache sei, dass die Miliz in Syrien gegen die Regierung von Bashar al Assad und gegen die mit dieser verbündeten proiranischen Hizbullah kämpft. Jabhat al Nusra, Kooperationspartner gegen Assad und proiranische Kräfte, gehört dem Netzwerk Al Qaida an, dem sich zwei der Attentäter von Paris zugerechnet haben.« (Feind und Partner, german-foreign-policy.com vom 29.01.2015)

Man könnte noch zahlreiche Beispiele anführen, um deutlich zu machen:

Den Regierungen im Westen ist es egal, ob jemand den Koran bemüht und zu Mohammed betet. Entscheidend ist, ob jeweilige Organisationen bzw. Staaten als »Partner« nützlich sind, ob man mit ihrer Hilfe eigene Interessen durchsetzen kann. Fundamentalistisch - im ganz wörtlichen und gottlosen Sinne - sind weder der Islam noch das Christentum, sondern die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, die man damit überwölbt – mit all ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Nuancen (Trennung von Staat und Religion etc.). Nur darauf kommt es wirklich an.

Sprechen wir also nicht über friedlichen und/oder terroristischen Islam, sondern über verschleierte und unverschleierte Kapitalismen. Das würde auch den meisten islamischen Staaten und Bewegungen gerecht werden.



Ob Herrschaftsverhältnisse also mit der Scharia oder mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch exekutiert werden, ist im Sinne hegemonialer Interessen nachrangig. Nicht die Scharia, der Koran, der Terror und die Unterdrückung unterscheiden das Verhältnis zum »Islamischen Staat« (IS) von dem zum saudi-arabischen Regime. Der wirklich ausschlaggebende Unterschied besteht darin, dass der IS nicht die Interessen des Westens bedient, das saudi-arabische Regime hingegen sehr wohl. Das hat zur Folge, dass ersterer bombardiert, letzteres hingegen politisch und militärisch aufgerüstet wird. Doch



auch das Verhältnis zu der Terrororganisation ist interessegeleitet, wie ein genauere Blick auf den IS deutlich macht: Was lange ruchbar war, wurde im Mai 2015 durch die Veröffentlichung eines geheimen Pentagon-Papieres aus dem Jahr 2012 bestätigt. Darin wurde in einem »Islamischen Staat« eine »strategische Chance« für den Sturz der Regierung Syriens gesehen:

»Ein ... bisher streng geheimer Pentagon-Bericht beweist, dass die USA die Terrormiliz »Islamischer Staat in Irak und Syrien« (ISIS bzw. IS) geschaffen haben. Der IS sollte danach Washington als Werkzeug zum Sturz von Syriens Präsidenten Baschar Al-Assad und als Vorwand für die Rückkehr des US-Militärs in den Irak dienen. Hintergrund: Der konservativen US-Bürgerrechtsorganisation »Judicial Watch« war es gelungen, per Gerichtsbeschluss die Freigabe einer Reihe von US-Geheimpapieren zu erzwingen. Bei deren Analyse entdeckte der US-Journalist Nafeez Ahmed das Dokument des militärischen Nachrichtendienstes des Pentagons (DIA) aus dem Jahr 2012. Es war seinerzeit in Washington u. a. auch an das Außen- und das sogenannte Heimatministerium gegangen. ... Aus dem Text [geht] hervor, dass die westlichen Regierungen bewusst Al-Qaida-Gruppierungen und andere islamistische Extremisten (aus denen nach 2012 der IS hervorging) förderten, um Assad zu stürzen. ... In dem Papier heißt es: »Es gibt die Möglichkeit der Schaffung eines sich konstituierenden oder nicht offiziell erklärten salafistischen Kalifats im Osten Syriens, und das ist genau das, was die Unterstützer der Opposition wollen, um das syrische Regime zu isolieren und die schiitische Expansion im Irak durch Iran einzudämmen. Der DIA-Bericht prognostiziert den Aufstieg eines solchen »Islamischen Staats« als direkte Folge der US-Destabilisierungsstrategie. (...) Die Entstehung eines mit Al-Qaida verbundenen »salafistischen Kalifats« wird in dem US-Dokument sogar als »strategische Chance« bezeichnet, um Washingtons Ziele in der Region zu erreichen: Regimewechsel in Syrien und Zurückdrängung der »schiitischen Expansion« beziehungsweise des Iran.«[1]

Es passt ins Bild, wenn der NATO-Staat Türkei zahllose IS-Kämpfer über die Grenze nach Syrien einsickern läßt – sehenden Auges auch von westeuropäischen und US-Geheimdiensten. Dass aber auch ein zu bekämpfender IS die westlichen Interessen nach weiteren Interventionen noch bedient, bestätigen die Worte von Leon Penetta, ehemaliger CIA-Chef (2009-2011) und US-Verteidigungsminister (2011-2013), der zu Beginn der Luftangriffe auf den IS im August 2014 erklärte: »Ich denke, wir stehen vor einem neuen 30-jährigen Krieg. (...) dieser Krieg wird über den Islamischen Staat hinausgehen und sich neuen Gefahrengebieten in Nigeria, Somalia, Jemen, Libyen und sonstwo zuwenden.«

Man kann also allen westlichen Regierungen (auch der deutschen Bundesregierung) tatsächlich abnehmen, dass sie weder etwas gegen den Islam als solchen noch gegen die gewaltsame Durchsetzung einer islamisch begründete Herrschaft haben, wenn damit ihre Interessen geschützt bzw. gewahrt werden. Das belegen sie eindrucksvoll und konsequent mit ihrer Unterstützung und Zusammenarbeit mit Regimen in Katar, in Saudi-Arabien oder in Afghanistan. Nicht im Widerspruch dazu steht eine fortwährend militärisch flankierte Geopolitik, von der Ilija Trojanow und Juli Zeh sagen: »Ein kriegerisches perpetuum mobile also, ein dauernder Ausnahmezustand, der Ausnahmegeetze rechtfertigt.«

Was 2010 Befürchtungen waren und gerne als Alarismus abgetan wird, ist seit dem 19. November 2015 erwünschter Normalzustand: Der französische Präsident François Hollande hat nach den Anschlägen in Paris den Ausnahmezustand verhängt. Das französische Parlament hat ihn um drei Monate verlängert und laut einer repräsentativen Umfrage befürwortet über 80 Prozent der Befragten die Aufgabe ihrer Freiheiten – zu deren Schutz.

All diejenigen, die so »unsere Lebensweise«, »unsere Freiheit« verteidigen wollen, sei mit auf den Weg gegeben, dass die Ausnahmegeetze, die François Mitterand wiederbelebt hat, aus den 60er Jahren stammen. Damals führte die französische Regierung einen barbarischen Kolonialkrieg in Algerien. Sie wandte zur »Verteidigung« nicht nur systematisch die Folter an, sie wußte auch im eigenen Land, wie man die »Freiheit« verteidigt: Als in Paris am 17. Oktober 1961 mehrere Zehntausend gegen den blutigen Kolonialkrieg auf die Straße gingen, ermordete die Polizei Hunderte von ihnen – zahlreiche wurden wie tote Katzen in die Seine geworfen. Die »freie« Presse Frankreichs quittierte diese Barbarei mit komplizierendem Schweigen.

Wolf Wetzel

Paris - Bericht und Updates zu den Ingewahrsamnahmen beim Klimagipfel

Montag, 30. November, irgendwo in Europa, einen Tag nachdem einige Tausend Menschen in Paris sich aufmachten, trotzdem auf die Straße zu gehen, um dem Verbot der Auftaktdemonstration anlässlich der Eröffnung der COP2 der Willkür des Notstands geradeaus zu widersprechen. Eine grenzübergreifend erstellte Zusammenfassung des Tages samt Kurzbesprechung von einigen Hintergrundfragen mit einer Person, die dabei war - hier in deutscher Übersetzung [A. d. Ü in eckigen Klammern bzw. als Fußnoten] plus Update zum Stand der justiziellen Nachspiele in Fußnote [1].

[A führt das Interview, B berichtet]

A: Hallo, du hast in letzter Zeit schon öfter aus Paris berichtet, nun möchten wir dich fragen, was gestern passiert ist und ob du etwas darüber hinzufügen kannst, wie sich diese Momente gestern im Nachhinein anfühlen. Jede Art von Einschätzung, die Dir sinnvoll erscheint, ist willkommen... Wir überlassen Dir das Wort

B: Nun, im Gegensatz zu dem, was in den Zeitungen steht, bestand der gestrige Tag aus vielen unterschiedlichen Momenten, auch weil es unheimlich viele, sehr

unterschiedliche Leute gegeben hat, die gestern den Platz der Republik eingenommen, ihn besetzt haben. Tatsächlich ist es so, dass die unterschiedlichen Gruppen, die diesen Marsch organisieren sollten, nach dem es nach den Anschlägen zum Verbot der Demonstration gekommen war auf unterschiedliche Weise auf diesen reagiert haben. Ein Teil der Gruppen, der vielleicht institutionellere rund um die Koalition für das Klima, hatte beschlossen, dass jeder ein Paar Schuhe mitbringen solle, weil man es ja verboten hatte, zu demonstrieren. Diese wollte man dann aufstellen, um die ganzen Leute, die sonst eben demonstriert hätten darzustellen. Gegen 11 Uhr war der Platz noch leer, es lagen aber ziemlich überall diese Schuhe herum. Wenig später gab es eine Menschenkette zwischen dem Platz der Republik und dem der Bastille, also entlang der Strecke, die planmäßig auch die der Demonstrationsroute hätte sein sollen. Diese rigoros auf dem Gehweg aufgebaute Menschenkette war von Organisationen wie Attac organisiert worden, die zwar von den Initiativen der Koalition Abstand genommen, aber auch gesagt hatten, dass sie nicht zum Demonstrieren aufrufen würden. Während diese Menschenkette unter Aufsicht der Polizei auf dem

Gehweg gebildet wurde, begannen die außerparlamentarischen und auch parlamentarische Gruppen wie die NPA, die doch zur Kundgebung bzw. zum Demonstrieren aufgerufen hatten, sich auf dem Platz zu versammeln. Gegen 13 Uhr waren wir 1000 bis 2000 Leute, also schon recht zahlreich. Als die Menschenkette beendet war, sind auch all'diese Leute auf den Platz geströmt. Hinzu kamen noch die Passanten und der Umstand, dass der Platz als Ort des Gedenkens für die Opfer des Anschlags genutzt wird, so dass wir daraufhin eine insgesamt ziemlich beträchtliche Menge Leute waren. Die Polizei spricht von 5000 Leuten, ich nehme daher an, dass wir einige mehr gewesen sein dürften... Das allein darf schon mal als positiv bewertet werden, wenn man das von der Regierung erzeugte Klima des Schreckens bedenkt und die Tatsache, dass über die Medien ohne Unterlass durchgesagt wurde, dass es Demonstrationswilligen absolut teuer zu stehen kommen würde, es zu tun.



A: Die Zeitungen berichten sogar von 10000 Leuten, die in Paris auf die Straße gingen...

B: Ja, ich würde sagen, zwischen 5000 und 10000. Zu den 10000 würde ich nicht allein die Demonstrierenden zählen, weil der Platz der Republik ein Ort ist, der auch so sehr stark frequentiert ist. Es waren aber sehr viele Leute da. Irgendwann hat man dann versucht, loszuziehen, bei einem Polizeiaufgebot, wie ich ihn in Paris noch nie erlebt habe. Dieser war wirklich extrem beeindruckend. Die Polizisten traten sich gegenseitig auf die Füße, weil es einfach so viel Polizei war, sie hatten nichteinmal genug Platz, um allesamt in Stellung zu gehen. Wir hatten keine 50 Meter zurückgelegt, da begann die Polizei, [Tränen-, d.Ü.] Gaspatronen und auch viele [Schock-, d.Ü.] Granaten zu werfen. Damit hatte sich der erste Versuch, einen Demonstrationzug in Gang zu setzen erledigt, die Leute sind nach und nach zurück auf den Platz gegangen. In dem Augenblick war der Platz vollständig blockiert, man konnte nur durch die Sperren, die Spaliere der Polizei hindurch, die die Rucksäcke durchcheckten und Leute mit ausgeprägten Demonstrantenvisagen gleich in Gewahrsam nahmen. Bald darauf kam es zu panischen Szenen, weil die Polizei anfing, mitten auf dem Platz herumzustürmen. Sie enterten Menschengruppen, brachten die Leute dazu, kreuz und quer zu rennen und gingen nach einer Weile dazu über, die Menge in Grüppchen aufzuteilen. Sagen wir mal, es waren Haufen von 100, 200 Leuten, die jeweils von Polizisten umzingelt waren. Zusätzlich gab es eine ganze Menge Leute, die durch die umliegenden Straßen irrten und hier und dort gab es Grüppchen von 200, 300 Menschen, die eben-

falls in den umliegenden Straßen mit kleineren Demonstrationenzügen erneut aufgebrochen waren. Es war nicht ganz klar, was genau vor sich ging. Einerseits war das Polizeiaufgebot so groß, dass es ohne Weiteres in der Lage war, auch 4 bis 5 kleinere Demonstrationen zur gleichen Zeit zu händeln. Zwischen 15 und 19 Uhr haben sie eine Menge Leute festgesetzt, die sie blockiert hatten. Der Regierung zufolge, ist von 208 interpellations und 174 gardes a vue die Rede [1]. Andererseits haben sie am Ende einige Hundert Leute doch noch gehen lassen - ich habe Freunde, die in diesen letzten Kesseln auf dem Platz standen, die sie am Schluss gehen ließen, weil es schon so viele Verhaftete gab und wie es scheint auch deshalb, weil sich unter den Personen in diesen letzten Gruppen, die noch auf dem Platz blockiert waren, einige Politiker befanden. Unser Innenminister Cazeneuve hat mit Nachdruck betont, dass die Konsequenzen für die Verhafteten sehr schwerwiegend sein werden, weil man aus Gründen des Respekts für die Opfer des Anschlags nicht hätte demonstrieren dürfen.

A: Ja, das wird auch in den Medien hierzulande so transportiert. Fast, als habe man einen Sakrileg begangen. Abgesehen von den Worten euren Innenministers, Hollandes etc pp., ist es reichlich kurios, wie die Journalisten die Sache aufgegriffen haben. Was ich Dich noch fragen wollte: im Moment sind 174 Personen in Haft, bzw. in Gewahrsam...

B: Laut Polizei, gab es 174 gardes a vue und 208 interpellations, der Unterschied ist, dass sie dich bei einer interpellation einige Stunden festhalten können, während die Festsetzung im Falle der garde a vue bedeutet, dass sie einen bis zu 48 Stunden festhalten können. Aus diesen 48 Stunden werden aber so lange die Notstandsgesetze greifen bis zu 96 Stunden.

A: Ach so, das kommt durch die Notstandsgesetze...

B: Hier geht es daher um Leute, denen es passieren kann, dass sie bis zu 96 Stunden in den Zellen der Präfektur in Gewahrsam gehalten werden können.

A: Weil sie demonstriert haben...

B: Ja, wegen dem Verbot einer Demonstration. Weil sie sich an einer Demonstration, die verboten wurde, beteiligt haben. Hinterher wird es vielleicht weitere Anschuldigungen geben. Momentan werden sie aber dessen beschuldigt.

A: Das sind im Übrigen Auswirkungen [der Notstandsgesetzgebung, d. Ü.], die ganz direkt die Bevölkerung betreffen. Die Zeitungen schreiben, dass wir nicht demonstrieren können und zu unserem normalen Alltag zurück müssen. Wir dürfen alles tun, wir können Märkte besuchen, ins Kino oder ins Theater gehen und auf Konzerte. Es ist aber streng verboten, zu demonstrieren.

B: Diese Tatsache wurde auch in Frankreich breit thematisiert. Schließlich trafen die Anschläge einen

Konzertveranstaltungsort und Gaststätten. Weiter Konzerte zu besuchen und trinken zu gehen ist erlaubt; sich politisch betätigen aber nicht.

A: So auch in Brüssel, wo der Marsch ebenfalls verboten wurde, obwohl es dort gar keine solchen Anschläge wie in Paris gab. Die Demonstranten haben einen Weg gefunden, um trotzdem auf die Straße zu gehen. Unmittelbare Konsequenzen gab es nicht - wir werden sehen, ob es noch ein Nachspiel geben wird, etwa so, wie es sie kürzlich in Zusammenhang mit dem 1. Mai in Mailand der Fall gewesen ist. Die Repression ist jedenfalls stark. Der gestrige Tag in Paris macht überdeutlich, welche Folgen das [sprich: die Ausrufung des binnen sechs Tagen nach den Anschlägen neu geregelten Notstands, d. Ü.] für die Bevölkerung hinsichtlich der Entziehung persönlicher Freiheitsrechte hat.

B: Im konkreten Fall sind es Folgen, die vielleicht eher Aktivisten treffen, bzw. Leute, die sich wie auch immer dafür entschieden hatten, [trotz Verbot, d. Ü.] auf die Straße zu gehen. Dann gibt es aber die vielen Auswirkungen des Notstands auf die ganzen Leute, denen nie einfallen würde, auf die Straße zu gehen. Diese haben allen Grund, durch die gigantische Ausweitung der polizeilichen Machtbefugnisse nach den Anschlägen verängstigt zu sein. Ungeachtet dessen, was sich gestern in Zusammenhang mit der Demonstration abgespielt hat, hat es eine Menge Durchsuchungen gegeben, über 1000 in zwei Wochen [2]. Wie man sich leicht denken kann, hatten viele davon nichts mit den Anschlägen zu tun. Zudem gab es couvre-feux, Ausgangssperren [3]. Es hat wirklich eine Menge Durchsuchungen gegeben, die mit dieser Terrorismusgeschichte nichts zu tun hatten. Sie tun gerade all das, was sie bis jetzt nicht tun konnten, weil ihnen jetzt weit umfassendere gesetzliche Grundlagen zur Verfügung stehen, weil sie viel - sehr viel - Geld bekommen haben und viele rechtliche Hürden gefallen sind. Sie können alles Mögliche machen und treten noch arroganter auf, als es schon der Fall war.

A: Was meinst du, wird es von Seiten des auf einer kontinuierlicheren Ebene aktiveren Spektrums eine weiter gefasste Antwort auf das Ganze geben, die auch im Stande ist, breitere Teile der Bevölkerung bzw. der Jugend mitzunehmen, die sich von dieser Haltung, die den Anschein macht, bereits zum Gesetz, zur gesellschaftliche Norm aufgestiegen zu sein getroffen fühlt, weil jeder, der auch nur ein wenig aus dem Rahmen fällt bzw. aus der Reihe tanzt direkt an den Pranger gestellt und angegriffen sieht?

B: Nun, die beiden Demonstrationen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben - die am vergangenen Sonntag [22. November, in Solidarität mit den Migranten und den Sans papiers, d. Ü.], bei der wir es geschafft haben, sie durchzuführen, obwohl wir nur ganz wenige Leute waren und die gestrige stellen sicher ein positives Signal dar. Beide waren aber schon lange vor dem Notstand geplant. Ich

kann daher nicht sagen, ob es gelingen wird, in der Zukunft einen Mobilisierungsprozess in Gang zu setzen, der es schafft, sich auf einer etwas breiteren inhaltlichen Grundlage dem Notstand entgegen zu stellen, eine inhaltliche Grundlage, die sich mit Fragen auseinandersetzt wie staatlicher Rassismus, Islamophobie, Antimilitarismus und es hinbekommt, diese ganzen Diskurse zusammenzuführen. Im Augenblick fehlt es in Frankreich an einer Organisationsform, die imstande wäre, auch nur eine halbwegs kritische diskursive Auseinandersetzung zu führen und auch zur Mobilisierung aufzurufen. Wir werden wohl erstmal sehen müssen, was mit den ganzen Leuten passiert, die gestern verhaftet wurden, und ob es gelingt, über die in Zusammenhang mit COP 21 schon festgelegten Termine hinaus viele Leute mehr auf die Straße zu bringen. De facto funktioniert das Demonstrationsverbot nicht: seit es verhängt wurde, hat es durchaus Demonstrationen gegeben. Es gilt jedenfalls, dass man



mit mehr als 10000 Leuten auf die Straße muss, um die Sache wirklich ins Wanken zu bringen. Man wird sehen, ob es bei den nächsten COP 21 Terminen und darüber hinaus gelingt, weitere Demonstrationen zu organisieren und mehr Leute auf die Straße zu bringen. Ich denke jedenfalls, dass selbst auf der Ebene der Mainstreammedien deutlich wird, dass eine gewisse Bewusstwerdung bezüglich der Tatsache eingesetzt hat, dass der Notstand im Begriff ist, willkürliche Anmaßungen aller Art zu produzieren. Jetzt wird man sehen müssen, ob es gelingt, diese Bewusstwerdung auf die Straße zu bringen.

A: Mir scheint, dass vieles auch wahlkampfaktisch angelegt ist, im Sinne eines Versuchs - möglich wär's, ich weiß es aber nicht - den Front National im Vorfeld der Kommunalwahlen abzudrängen. Ich habe heute früh mitbekommen, dass auch die französische Presse Losungen der [regierenden, d. Ü.] Partei wiedergab, die den Begriff der Ordnung beschworen. Ich könnte mir vorstellen, dass Hollande und Valls versuchen - ich meine, mit Blick auf die Kommunalwahlen und die Wahlgänge die noch kommen werden - mit dieser Losung der Kontrolle aufzutrumpfen. Die Hintergründe für dieses Klima scheinen mir sehr kompliziert. Wie

auch immer hoffe ich sehr, dass sich einiges in die von dir genannte Richtung entwickelt, dass die Basis breiter wird und die Anzahl derjenigen, die sich beteiligen hoch bleibt, um den Zugang zur Straße zu sichern und sich diese zu nehmen, wann immer man es wollen wird.

B: Nun, was die Wahlen betrifft, ist es tatsächlich so, dass die sozialistische Partei im Begriff ist, wirklich rechte Positionen einzunehmen. Das war aber schon vor den Anschlägen so - auch schon vor Charlie Hebdo. Abgesehen von der Homoehe, haben sie nichts gemacht, was auch nur entfernt mit halbwegs linken Positionen zu tun hätte. Ich kann nicht sagen, was es bei den Wahlen bringen wird, weil Leute, die rechts wählen wollen auch rechts wählen. Es ist nicht so, dass sie eine sozialistische Partei wählen würden, nur weil diese rechte Maßnahmen trifft. Ob es ihnen etwas bringen würde, das kann ich wirklich nicht sagen. Wir aber, wir werden garantiert sehr teuer dafür bezahlen. Wenn eine so genannte Linksregierung die Nummer des Notstands auf eine Art bringt, wie es sich rechte Regierungen nie getraut haben, weiß ich nicht, was passieren wird, wenn eine rechte Partei an die Macht kommt.

A: Ja, genau, es ist diese Ausprägung des Wettbewerbs, die zu denken gibt. Hält man das einmal fest, wird klar, dass es auch die Leute, die derzeit etwas



unternehmen jetzt in der Hand haben und dass es darauf ankommen wird, wie die Menschen in den Innenstädten und in den so genannten Randbezirken leben reagieren werden. Wir werden sehen. Wir bleiben in Kontakt, Beiträge und Updates von Dir und anderen Compas aus Paris sind bei uns immer willkommen. Tausend Dank und auf Wiedersehen!

Tschüss. Ich wünsche Euch einen schönen Tag!

A. d. Ü.:

[1] Stand vom Sonntagabend wie ihn Innenminister Cazeneuve mitgeteilt hatte. Die von der Präfektur später bekannt gegebene endgültige Bilanz lautet: 341 interpellations, aus denen in 317 Fällen gardes a vue wurden. Die meisten Leute (308) wurden am Montagnachmittag frei gelassen. Zwei von 9 Personen, die sich am Dienstag noch in Gewahrsam befanden, stimmten der sofortigen Vorführung vor dem Strafrichter zu. Die Urteile wurden noch am selben Abend gesprochen. Einer Person wurden die „strafbare Beteiligung an einer Menschenansammlung nach den Aufforderungen“ (participation délictueuse à un attroupement après les sommations) und der Wurf von einer Dose auf Polizisten vorgeworfen. Der Richter verurteilte sie zu drei Monaten Haft ohne Bewährung und zur Zahlung von Schadenersatz an einen Polizisten (Verletzung an einer Lippe). Die zweite Person wurde zur Zahlung eines Bußgelds in Höhe von 1000 Euro verurteilt, wegen der Teilnahme an der Demonstration und weil sie eine erkennungsdienstliche Maßnahme abgelehnt haben soll. Keiner, der am Sonntag dabei war, kann sich allerdings an Aufforderungen, den Platz zu verlassen

erinnern]. Heute (Mittwoch) wurden erneut zwei Personen dem Strafrichter vorgeführt. Eine der beiden Verhandlungen endete um 18 Uhr, mit einer Verurteilung zu acht Monaten Haft auf Bewährung. Mindestens drei (möglicherweise vier) Personen wurden (Stand: 2. 12. 15) ungeachtet eines regulären Aufenthalts in Frankreich in eine Abschiebeanstalt verbracht. Ihnen drohen die Ausweisung bzw. die Abschiebung aus Frankreich und das Verbot, erneut einzureisen oder in Frankreich zu verweilen (Aufenthaltsverbot). Sämtliche Eilanträge gegen die 24 im Vorfeld der Klimakonferenz verfügten assignations à résidence (wörtlich „Zuweisung eines Wohnorts“, konkret: Zwang zum Aufenthalt in der eigenen Wohnung oder an einem behördlich festgelegten Ort in Verbindung mit der Auflage, sich zu festgelegten Zeiten bei der örtlichen Polizeidienststelle



zu melden), die für 24 Anti-COP Aktivisten bis zum Abschluss der Konferenz faktisch den Hausarrest bedeuten wurden bis auf einen, über der noch nicht entschieden wurde abgewiesen.

[2] Wie der frz. Innenminister Cazeneuve am 24.11. der Assemblée nationale mitteilte, wurden schon bis dahin, also innerhalb von 10 Tagen, 1233 Durchsuchungen durchgeführt. Am 28. 11. folgte ein Update durch Premier Valls, der dann von 1836 Durchsuchungen berichtete.

[3] Allein die massive Kontrolle und Überwachung ohne wenn und aber - die einen erleben es bei ihren Bahnreisen, die anderen wenn sie in die Mensa gehen oder eine Bibliothek besuchen usw. aufsuchen, weitere bei Grenzübertritten - das unglaublich martialische Auftreten der Sicherheitskräfte bei zig Durchsuchungsaktionen, Verhaftungen und „Gefährderbesuche“ in allen Ecken des Landes haben ziemlich jeden in Frankreich „wirksam erreicht“, mindestens psychisch, oft aber auch auf der Ebene der Lebensumstände im Alltag. Die spektakulär inszenierte Koreografie der „starken Hand gegen den Terror“ auf dem Gebiet der Überwachung, der Kontrolle und der Polizeiaktionen lebt auch von weiteren freiheitseinschränkenden Maßnahmen verschiedenster Art, die weniger bekannt sind als die allerschärfsten und durch die Ausweitung der Befugnisse der Präfekturen möglich wurden. Auf dieser Grundlage wurde etwa ein mittlerweile bis 14. 12. verlängertes Verbot für Fanvereine zu Auswärtsspielen der jeweiligen Clubs zu reisen verhängt. Ebenfalls bis 14. 12. gilt eine Anordnung, die den Verkauf von allerlei handelsüblichen flüssigen bzw. festen brennbaren Stoffen (darunter Aceton, Spiritus, Terpentin, Kohlenanzünder, Lampenöle, Duftöle, Reinigungsbenzine, Spezialtreibstoffe, Lösemittel für Lacke und Farben) sowie von Gasflaschen verbietet. Beide Verbote gelten also für die gesamte Dauer der Klimakonferenz. Das erste wurde unter Hinweis auf einen notstandsbedingten Mangel an verfügbaren Polizeikräften begründet, das andere im Zeichen einer präventiven Abwehr von Gefahren. Weitere Verbote und Einschränkungen bestehen jetzt schon - teils regional, teils landesweit - für die gesamte Dauer des Notstands. In Anlehnung an den Notstand wurden im Département du Nord (Lille) etwa das Mitführen von Glasflaschen im öffentlichen Raum zwischen 20 und 8 Uhr und der außer Haus Verkauf von alkoholischen Getränken der Klassen 2 bis 5 verboten. Solche Maßnahmen „erreichen“ - wie die allort extrem starke und invasive Überwachung durch Polizei und Militär - auch Teile der Bevölkerung, die von den ganz scharfen Geschützen der neuen Notstandsregelung eher nur über die Medien etwas mitbekommen.

Stadtteilkampf, soziale Organisation, revolutionäres Bewusstsein

Ein Gespräch mit einer Gruppe, die in Berlin gegen Gentrifizierung kämpft und im Mietkampf engagiert ist. Es wurde auf Bitte des Autonomen Blättchens geführt.

Es gibt in vielen Städten Kämpfe gegen Gentrifizierung. Aber es gelingt scheinbar selten, der Entwicklung tatsächlich etwas entgegenzusetzen. Teilt ihr meinen Eindruck?

X: Ja, es gibt eine gewisse Stagnation. Gruppen fangen oft an, im Stadtteil irgendwelche Sachen zu skandalisieren, das gelingt dann manchmal auch erfolgreich. Sie schaffen es aber nicht eine tiefere Wirkung im Stadtteil zu entfalten, weil übersehen wird, dass ein Stadtteil nur ein kleiner Teil eines Gesamtgefüges ist. Es fehlt vielleicht an einer Analyse, wie man Gentrifizierung auf einer größeren Ebene begegnen kann. Aber es gibt viele Gründe, warum es nicht richtig vorangeht.



Y: Viele denken, im Kampf gegen das, was Gentrifizierung genannt wird, könnte jetzt mal was gehen, da gehen wir jetzt mal hin. Also dieses übliche Denken in Teilbereichskämpfen. Immer da hin, wo

gerade das Event angesagt ist, wo der meiste gesellschaftliche Widerhall zu erreichen ist, aber gar nicht unbedingt der größte Erfolg, weil sich keine Beständigkeit und keine Kontinuität entwickelt. Erfahrungen werden nicht so ausgewertet, dass gesagt werden kann: da sind wir gescheitert und da müssen wir weitermachen. Dadurch sind viele Gruppen im Laufe der letzten Jahre auch wieder etwas irrelevanter geworden.

X: Aber dazu kommt, dass sich mehr und mehr eine Mittelschichtsinke dem Thema annimmt und dadurch auch einen gewissen Politikstil stark macht, der mehr identitär geprägt ist, als dass er sich an einer sozialen Basisorganisation orientiert. Also es wird sich nicht gefragt, wie können Leute sich zusammentun, auch

wenn sie nicht die gleiche Sprache sprechen, wenn sie nicht die gleichen Konformismen leben, wenn sie nicht pc vom Himmel gefallen sind, wenn sie auch mal Positionen vertreten, die haarsträubend sind. Aber Basisorganisation bedeutet, zu gucken, wie man sich mit Leuten zusammen tun kann, die ein ähnliches Problem haben und wie man daraus einen gemeinsamen



Widerstand bilden kann. Auf so einen Prozess lässt sich ein Teil der Linken auch nicht ein. Im Bereich Mietkämpfe haben sich viele Gruppen auf dieses Thema drauf gesetzt, ohne eine eigene soziale Organisation damit in Gang zu bringen. Ein anderes Problem könnte sein, dass die Mittelschichtsinke die Nöte der Menschen abstrakt angeht und wenig konkret. Da gibt es, würde ich sagen, eine fehlende Klassenanalyse. Warum soll sich ein Teil der Armen zusammentun mit einem etablierten Teil der Linken, von dem man jetzt schon weiß, in fünf Jahren haben diese die soziale Bewegung als Karrieresprungbrett benutzt, als Reputation für Verhandlungen mit den Parteien, im Namen der Armen.

Y: Wir hatten gerade so ein Phänomen in Berlin, das Volksbegehren. Da durften die Basisgruppen Unterschriften sammeln und die Wichtigtuer und Bewegungsmanager haben dann mit der SPD verhandelt, die ja wesentlich für die Mietmisere verantwortlich ist. Die Basis hat aber nie die Erlaubnis für diese Verhandlungen gegeben. An solchen Punkten werden Bewegungen geschwächt.

Wurde denn Widerspruch zu dieser Art der Politik aus den Basisgruppen geäußert?

Y: Tja, den Widerspruch gibt es. Es gibt in Berlin den Versuch eine außerparlamentarische, radikale Mieter_innenbewegung stark zu machen. Das stagniert aber immer wieder.

Es gibt die Bewegung gegen Zwangsraumungen, wo Leute versuchen, sich auf Augenhöhe zu organisieren. Das Verhältnis ist aber auch da immer ein bisschen: Man macht was für Andere. Das heißt, wir sind noch nicht an dem Punkt, das Leute eine so enge soziale Bindung miteinander eingehen, dass der Kampf ein wirklich gemeinsamer wird. Es gibt Kritik an

den Bewegungsmanager_innen, die soziale Kämpfe funktionalisieren. Die radikalen Kräfte sind aber so schwach, dass sie sich nicht auch noch ständig mit den reformistischen Teilen rumstreiten können. Es fehlt auch an einer organisierteren Struktur derer, die die Verhältnisse radikal in Frage stellen und für die der Mietkampf nur ein Zugang zur sozialen Frage ist.

X: Na ja, wer gerne selber seinen Latte Machiato für dreifuffzig schlürft und zweimal im Jahr auf die Kanaren fliegt, kann ja schwer ein gleicher Teil in einer sozialen Bewegung sein, in der es um Folgen der Armut geht.

Können dann nur die „armen“ Linken glaubwürdig Mietkämpfe führen und auch grundsätzlich die Eigentumsfrage aufmachen? Wie sollte sich aus abstrakter Gesellschaftskritik etwas konkretes in sozialen Bewegungen erreichen lassen?

X: Das eine ist die Frage: Mit welchen Linken kämpft man? Das andere: was können konkrete lokale Kämpfe bewirken?

Wir denken, es steht in der Linken ein politischer Bruch an, mit Strömungen, die mittelstandsorientierte Entscheidungen treffen und die ihre eigenen Ressourcen nicht in Frage stellen – die auch nicht bereit sind, ihre eigene Klasse zu verraten. Die rennen vielleicht rum und sagen: wir zahlen nicht für eure Krise, meinen aber

immer nur sich und sehen nicht, dass andere schon lange für diese Krise zahlen. In Berlin gab es ja schon lange Kritik an Mittel-

schichtlinken, die Häuser und Wohnungen kaufen und bauen lassen. Diese sind natürlich nicht mehr die Subjekte einer emanzipativen Bewegung – sie haben die Seiten gewechselt, mögen sie auch links daher reden. Man muss sie am Handeln messen.

Diejenigen, die was anderes wollen, müssen versuchen, tatsächlich Erfahrungen mit anderen Ausgegrenzten zu machen. Das gab es ja schon. Soweit ich weiß, gab es das in den 80ern in der Lehrlingsbewegung. Und auch die Anfänge der Hausbesetzer_innenbewegung waren da viel weiter.

Wir glauben, es braucht heute einen neuen Bruch entlang der Klassenfrage, weil es auch darum geht, dass man, ich sags mal so, dass man auch die eigene Klasse verrät, um sich mit anderen zusammen zu tun. Es geht dabei nicht unbedingt darum, ob jemand

viel Geld hat oder nicht, sondern darum, ob man bereit ist, durch das eigene Handeln mit dem eigenen Hintergrund zu brechen; sich zu solange anderen



grundchen; sagen: alle Aus-

gegrenzten hier nicht frei sind, bin ich auch nicht frei. Stattdessen wollen viele Linke eigentlich zu den Gewinner_innen unter den jetzigen Verhältnissen zählen. So lässt sich keine echte Verbindung mit dem verarmten Drittel der Gesellschaft aufbauen.

Ich glaube, was noch gar nicht begriffen wird, ist, dass hier zur Zeit ein Klassenkrieg von Oben läuft, ohne dass es, und das war mal anders, emanzipative Erwidierungen gibt.

Gibt es diese vielleicht gerade eher von der rechten Seite? Stichwort Pegida?

Y: Die Rechten nehmen gerade gesellschaftliche Widersprüche auf und schaffen es zu einer dynamischen gesellschaftlichen Bewegung zu werden. Das liegt auch daran, dass es gerade keine Linke gibt, die den Mut und den Arsch in der Hose hat, soziale Fragen mal revolutionär zu diskutieren und in der Beantwortung dann auch revolutionär zu handeln.

Bei uns gibt es eher einen eventorientierten Radikalverbalismus, der sich auf die Presse ausrichtet. Es fehlt aber die Substanz, für eine glaubwürdige Organisation mit Anderen, die eigentlich genügend Gründe hätten, die Verhältnisse nicht mehr hin zu nehmen. Wenn man sich mal anguckt, wie viele Arme es mittlerweile gibt... die Leute sparen am Essen, damit sie ihre Miete bezahlen können, sie sparen an Heizung, an fast allem, damit sie einen Status aufrechterhalten und sich schön reden können, dass sie noch Teil der Gesellschaft sind. Die leben sowas von prekär. Dazu hat sich die Linke nie gestellt! Sie beklagt es nur gerne, aber sie begibt sich nicht in eine Organisation mit denen, deren Elend sie benennt.

X: Es braucht ein Grundverhältnis in dem man sagt: mir geht es ähnlich und ich versuche zusammen mit dir was zu entwickeln, wir gucken zusammen, was geht. Da muss man dann auch gemeinsam mal was ausprobieren, was man sich bisher einzeln nicht getraut hat, weil man sich nicht mehr verarschen lassen will. Wir müssen was riskieren!

Es geht um soziale Organisation und nicht um ein Label, das man sich umhängt.

Das hört sich ja alles jetzt nicht so neu an, was du sagst. Anfang der 1970er wurde da ja schon viel versucht und auch die Hausbesetzer_innenbewegung war in den 80ern einen ganzen Schritt weiter, was die soziale Frage angeht. Da war es normal, dass es Raum gab, für Leute die kein Geld haben, dass die genauso Teil sind, wie Migrant_in-



nen, Illegalisierte, Obdachlose, Drogenabhängige. Heute ist das anders. Da besetzt man vielleicht mal symbolisch ein Haus, während man Sozialarbeit studiert. Es gab also eine bestimmte Form des Scheiterns, was die Zusammenarbeit mit Prekarierten und Ausgegrenzten angeht, die dann zu der Art Identitätspolitik geführt hat, wie wir sie heute in weiten Teilen der radikalen Linken vorfinden. Lässt sich eurer Meinung nach trotz des historischen Scheiterns der autonomen Linken derzeit noch ein Aufbruch entwickeln? Welches neu politische Verhältnis zur Realität muss dafür aufgemacht werden?

X: Die Stärke der legalistischen Eventpolitik hat mit der Schwäche der radikalen Kräfte zu tun. Und dass man das Feld den ganzen Akademiker_innen überlassen hat. Egal, warum das mal gescheitert ist. Ich glaube wir sind wieder an dem Punkt, neue Schritte zu wagen, auf gleicher Augenhöhe mit Anderen in Kontakt zu treten, um dann raus zu kriegen, was überhaupt miteinander geht.

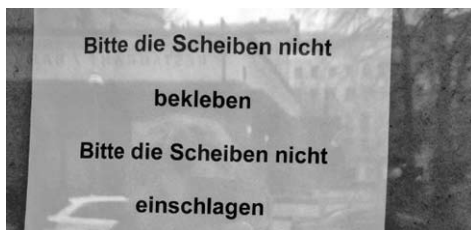
Y: Das fällt aber nicht vom Himmel. Die Leute, die glauben, dafür keine Zeit zu haben, keine Kapazitäten und so weiter, haben im Grunde nicht den politischen Willen, sich mit Leuten zu verbinden, die nicht so pc unterwegs sind. Da steht ein Bruch an, der ist überreif! Aber wichtig ist, was Neues politisch und praktisch stark zu machen.

Mal im Ernst: Steht man da gerade nicht leider auf ziemlich verlorenem Posten? Was sind denn die radikalen Forderungen, die sich daraus ergeben? In Berlin gibt es ja Forderungen, die Eigentumsfrage in das Zentrum des Mietkampfs zu rücken. Wäre das so ein Beispiel?

X: Wir müssen vor allem der Fragmentierung des Sozialen begegnen. Die arme Rentnerin kapiert oft nicht, was sie denn mit den Alkis zu tun hat. Was haben die mit Harz IV, mit prekariert Arbeitenden, mit Geflüchteten, mit Alleinerziehenden... Wir müssen entlang der Armutfrage neue Fronten aufmachen und neue Bündnisse eingehen. Und internationalistisch denken. Die Eigentumsfrage ist eine zentrale Frage. Die wird aber gezielt beiseite gedrängt, von den etablierten Linken. Oder sie wird akademisch behandelt und nicht praktisch übersetzt. Das ist dann wertlos, weil nichts mehr in der Praxis erprobt wird. Wir brauchen im Alltag Versuche, Räume auf zu machen, zu besetzen und zu verteidigen. Sowohl klandestin militant als auch durch Massenmilitanz. Es gilt, nicht neue Räume für Subkulturen zu entwickeln, sondern ganz praktisch

für Leute, die gar nicht wissen, wie sie hier sozial und wirtschaftlich noch über die Runden kommen sollen.

Y: Gerade scheint es mir wichtig, dass die Frage der Armut gekoppelt wird mit einer Kritik an der Flüchtlingspolitik und dem Mietkampf. Es braucht da eine grundlegend revolutionäre Auseinandersetzung. Jede Form von Teilbereichskämpfen führt da nicht weiter. Es müssen Solidarisierungseffekte und Verbindungen zwischen den Kämpfen der Geflüchteten und der Armen geschaffen werden.



Wie kann das denn praktisch aussehen: Mietkampf und Kritik an der Flüchtlingspolitik zu verbinden? Gemeinsame Besetzungen? Oder geht es mehr darum, einen gemeinsam Begriff von den gesellschaftlichen Verhältnisse zu bekommen?

Y: Wir können auch nur Sachen vorschlagen. Geflüchtete wie arme Einheimische suchen was zum Wohnen. Wie kriegt man die Kämpfe verbunden? Ob das nun Besetzungen sind, das muss eine Bewegung konkret beantworten. Aber Ziel muss sein, diese Kämpfe zusammen zu führen und nicht getrennt zu denken.

Auf der militanten Ebene muss die Eigentumsfrage in Bezug auf die Besitzenden gestellt werden. Wo sind die Investoren? Welches sind die treibenden Politiker_innen für die Durchsetzung von Gentrifizierung? Der Bau von Eigentumswohnungen ist eine konkrete zentrale Frage. Für Arme wird gar nicht mehr gebaut. Und

so werden auch die Geflüchteten in Container und Zelte gesteckt. Das kommt andererseits auch auf andere Arme zu, wenn kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Oder die Lager, in die Geflüchtete gezwungen werden, finden ein Äquivalent in den Ghettos der Armen die an den Stadträndern entstehen. Die Kämpfe dagegen müssten gemeinsam geführt werden, wenn



es eine Chance auf Veränderung geben soll.

Das ist auch eine Voraussetzung für eine antifaschistische Positionierung zur Frage der Armut. Wir müssen den Nazis den Raum nehmen, Armut gegen Geflüchtete auszuspielen. Das geht nur, wenn wir internationalistisch gegen ihr national-soziales Gerede denken und handeln und eine Solidarisierung mit allen von Armut Betroffenen hergestellt wird. Der militante Teil der Antifa müsste sich offen mit den Ausgegrenzten solidarisieren. Von der staatstreuen Antifa erwarten wir sowieso nichts Gutes mehr.

Es gibt ja in vielen Städten viel mehr symbolische Besetzungen, als solche, bei denen man merkt, da wollen Leute wirklich ein Haus oder einen Ort haben. Ist das in Berlin anders?

suche in Berlin auch oft eher symbolisch. Das müsste gesellschaftlich breiter diskutiert werden. Es gibt keinen Begriff davon, dass eine Linke eine soziale Bewegung als Grundvoraussetzung braucht, die breit aufgestellt ist und viele Leute mit ins Boot holt. Eigentlich müssten wir jeden Tag vor den Billigsupermärkten stehen und sagen: „Können Sie eigentlich noch ihre Wohnung zahlen? Können Sie sich vorstellen zusammen mit uns ein Haus zu besetzen?“ Und das an jeder Ecke zu diskutieren und die Leute anzuhören, um zu wissen, warum trauen sich die Leute das nicht, wo fehlt es ihnen an Selbstbewusstsein? Es geht nicht mehr darum, ob ein paar dutzend Leute nen Haus besetzen. Sondern darum, dass vier- bis fünftausend Leute konkret durchsetzen, dass ein paar mehr Leute wo unter kommen können und dass diese nicht geräumt werden. Es muss eine Strategie entwickelt werden, wie die Eigentumsfrage angegangen werden kann. (...) Das praktisch zu übersetzen, muss eine Bewegung in den konkreten Kämpfen und Situationen schaffen. Denn es kann ja nur jeweils neu geguckt werden, was gerade geht.

Y: Es gibt ja auch militante Antworten. Zum Beispiel werden bei bestimmten Eigentumswohnungen immer wieder die Scheiben eingehauen. Und da sagen dann auch Leute: Jetzt reicht's mir, ich ziehe weg. Das finden wir super. Aber es ergibt natürlich noch keine soziale Organisation.

Wie schaffen wir es, dass sich ein ganzes Mietshaus weigert auszuziehen, sich kündigen zu lassen, obwohl das Recht nicht auf ihrer Seite ist? Das muss man ausprobieren, da muss man Erfahrungen mit Leuten machen. Dazu braucht es breite Bewegungen, auch nicht korrupte bürgerliche Teile, da muss das Subproletariat bei sein, das integriert ist. An solchen Punkten muss man rumexperimentieren.

X: Man kann auch eine Kampagne machen, Eigentumswohnungen zu schrotten oder zu besetzen, solange nicht geklärt ist, wie der Rest der Bevölkerung gut wohnen kann. Das ist jetzt natürlich nur nen kleiner Schritt. Aber man muss irgendwo ansetzen und sich nicht von besitzstandswahrenden Linken aufhalten lassen.

Bewegung braucht keinen Konsens, sondern Dynamik, in der auch Fehler gemacht werden können, aus denen gelernt werden kann. Man darf Bewegung nicht lenken wollen. Wir müssen wieder lernen revolutionär zu denken und zu handeln. Wir müssen auf Leute zugehen, wenn wir mit welchen zusammen kämpfen wollen. Die Leute kommen nicht zu uns. Wir müssen uns auf den Weg zu denen machen. Vor dem Supermarkt, im Job-Center, im Flüchtlingslager... Und die Menschen miteinander in Verbindung bringen.

Welche Rolle kann eine militante Praxis da spielen?

Y: Wir müssen deutlich machen, dass es gar nicht

mehr so viele Alternativen gibt, für Leute, die in der Innenstadt wohnen bleiben wollen, für Geflüchtete, die illegalisiert werden und für viele Andere. Massenmilitante Aktionen sind dann sicher eine Möglichkeit, konkrete Forderungen durchzusetzen und die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt in Frage zu stellen. Dazu gehört auch, den Kampf gegen die Repressionsorgane aufzunehmen, die die Scheiße ja immer wieder durchsetzen.

X: Bei den klandestin organisierten Gruppen liegt ja auf der Hand, was zu tun sein könnte. Verantwortliche haben Gesichter, Wohnungen, Autos...

Wen meist du jetzt mit Verantwortliche?

X: Na Investoren, Nazis, Richter, Leiter von Flüchtlingslagern, die,

die Abschiebungen organisieren, Firmen die Grenzümzäune bauen, die an den Geflüchteten verdienen, Waffenproduzenten. Da muss man sagen: Wir wollen dem nicht weh tun, aber wir stoppen jetzt mal jemanden - ohne die Auseinandersetzung zu militarisieren. Denn das würde den Eliten in die Hände spielen. Die klandestinen Gruppen brauchen aber auch emanzipatorische Bewegungen, auf die sie sich beziehen können, die sie mit ihren Aktionen unterstützen können, die sie befeuern können. Denn alleine werden sie wenig reißen können.

Wichtiger ist, dass sich eine Bewegung insgesamt militant denken muss, selbst wenn sie nicht Nachts loszieht. Und sie muss als anarchistische erkannt werden. Es muss klar sein: das sind die, die gegen die Eigentumsverhältnisse sind, gegen die Festung Europa, gegen Militarisierung etc. Das muss sich als soziale Organisation verkörpern, nicht über Transparente. Das drückt sich vielleicht darin aus, dass Geflüchtete eine Mietkampfdemo unterstützen und kämpfende Mieter_innen die Geflüchteten. Dieses

Verhältnis muss deutlich werden.

Y: Ja, die Linke ist da noch viel zu oft veralteten Konzepten verhaftet und vertritt eher die Positionen der etablierten Mittelschicht. Ihre Lebensperspektiven sind oft in Abgrenzung zu den Armen entwickelt. So sehen dann auch ihre Utopien aus. Arme haben keinen Grund, sich einer solchen Linken anzunähern. Anarchistische Prinzipien müssen dagegen sichtbar werden – ohne das alle sich als solche verstehen müssen. Der unmittelbare Kontakt schafft das Vertrauen, nicht das abstrakt geschriebene Flugblatt. Auch kein karitatives Verhältnis zu den Leuten, mit denen man zusammenarbeiten will.



Wut.Brüche

Dies soll ein Text sein an alle, die Wut in sich tragen. Wut über die sexistischen- und gewalttätigen- und unterdrückenden Verhältnisse in denen wir leben und die sich immer wieder zusammenschließen und überall wirken. Wut über das Nichtverhalten. Wut über fehlende Solidarität untereinander. Wut darüber wie damit umgegangen wird und Wut darüber wie von uns erwartet wird damit umzugehen, nämlich gar nicht wütend oder gewalttätig sondern verständnisvoll und nicht explosiv.

Ich werde in diesem Text die Kategorie Frau aufmachen, hiermit meine ich eine soziale Kategorie. Mir ist wichtig, Frau zu benennen. In ihrer Sozialisation, des Hinnehmens, Ertragens und anderen Menschen das Leben zu erleichtern. Ich spreche von einer Sozialisation die ab dem ersten Tag des auf der Welt seins beginnt. Vor allem aus diesem Hintergrund schreibe ich, weil er mich so lange Ohnmächtig hat sein lassen und auch oft noch macht. Es ist meine Perspektive aus der Position in die ich hinein gegendert wurde. Ich finde es wichtig, Frau als gesellschaftliche Kategorie zu sehen, weil Frau die gesellschaftliche Relevanz genommen wurde und sie vielmehr als Zusatz des Mannes betrachtet wird. (natürlich werden andere Abweichungen vom weißen Mann, ebenso wie Frau sein als nicht normal betrachtet und unterliegen strikten Unterdrückungsstrukturen, die nur bis zu einem bestimmten Punkt benannt werden dürfen, nämlich bis zu dem wo die Benennung anfängt an dieser Macht zu knabbern) In dieser Betrachtung kann ich nicht von einer Gleichheit sprechen, da diese nicht existiert. Deshalb ist eine Organisation, eine Solidarität unter Frauen notwendig um aus der Herrschaft auszubrechen. Solange wir nicht befreite Frauen sind, fällt es schwer Seite an Seite mit Männern zu kämpfen. Ich plädiere für die Abschaffung des Mannes! 1



Auch Passiv ist Aktiv. Nichtverhalten ist eine Positionierung und ist Gewalttätig

Jede Frau die ich kenne hat sexistische Gewalt erlebt, die meisten auch Vergewaltigung. Jede dieser Frauen hat auch erlebt oder weiß, dass sie durch ein Öffentlich machen dieser Gewalt mit Ausschlüssen zu rechnen hat (z.B. Verlust des halben Freundeskreises, Vermeidung von Räumen durch fehlende Solidarität...) Dieses passiert nicht irgendwo, sondern in unseren Freundeskreisen und politischen Verbindungen, es passiert in unserem Kampf gegen das kapitalistische System, es sind vermeintliche Mitstreiter. Und

das macht Sauer, wir gehen von Solidarität und Verständnis aus und finden Ignoranz und Reproduktion von Herrschaft. 2

Nicht selten passieren Schuldzuweisungen an die betroffene Person, dass nicht alles so sei wie vorher, dass durch sie der Freundeskreis zerbrochen sei, dass sie überdramatisiere oder eine Auseinandersetzung erzwungen werde.

Das Problem ist die Struktur die dahinter steht, eine Täterfreundliche Umgebung zu schaffen. Es ist nicht nur, dass solche Taten passieren, damit würde Frau umzugehen wissen. Es ist ebenso der sich stetig wiederholende Umgang damit.

Täterschützende Strukturen werden auch unterstützt, in dem sich nicht verhalten wird. Es gibt keine passive Seite, auch Passivität ist eine klare Entscheidung. Es ist eine Entscheidung für die Täter. Dieses Schweigen, das sich um die Täter kümmert, erst einmal seine Sicht hören, bloß nicht zu hart urteilen, bloß keine Fehler machen oder aber schlicht und ergreifend alles zu ignorieren. Das ist eine Form der Gewalt, die ist unsichtbar, nicht angreifbar. Sie eröffnet Schutzräume für Täter. Wir können in einem solchen Zustand, nicht von einem gewaltfreien-, pazifistischen Etwas innerhalb der Szene ausgehen.

Es ist schwer sich dagegen zu wehren, wenn gesagt wird: „ja ich steh auf deiner Seite“ aber nicht gehandelt wird. Immer wieder gefordert werden muss sich zu verhalten.

Denn einfach nichts zu machen, heißt zu akzeptieren, heißt sich keine Probleme zu schaffen, heißt zu behaupten Mann habe damit nichts zu tun. Denn selbst wenn die theoretische Einsicht da ist, der hat was falsch gemacht, hilft es nicht Nichts zu machen und sich rauszuhalten. Denn das Problem von sich zu weisen, zeigt, dass keine Beziehung zu sich selbst und der eigenen Rolle und Verantwortung hergestellt wird. Sage ich einer Frau nicht, „ey pass auf der hatte da schon son paar ‚schräge Sachen‘“, dann begeben sie in die Gefahr das auch ihr ein paar „schräge Sachen“ passieren, konfrontiere ich einen alten Freund nicht mit der gemachten Scheiße, sage ich ihm, „hey live goes on“ und er wird sich nicht stellen müssen. Denn verdammt nochmal jede_r ist verantwortlich dafür, dass sich die Scheiße nicht wiederholt und dass der Typ nicht einfach weiter sein Ding durchzieht!

Ich frage mich wo ist die (praktische) Solidarität?

Hierbei sollten Überlegungen wie Mensch von anderen wahrgenommen wird, keine Rolle spielen, Scheiß doch drauf was die Szene über dich sagt wenn du dich richtig verhalten kannst! Ich ärgere mich aber nicht nur über fehlende Solidarität mit der direkt be-

troffenen Person, sondern oft genug werden auch ihre Unterstützer_innen nicht ernst genommen oder angegriffen und ausgeschlossen oder für das Geschehene verantwortlich gemacht.

Leider spreche ich auch nicht nur von fehlender Solidarität von Männern zu Frauen, denn viel zu oft sind es die Frauen selber, die nicht solidarisch agieren. Sie suchen den Fehler bei der Frau und ein Verständnis für den Mann. Was ich vermisse ist eine tiefe Grundsolidarität. Natürlich gibt es Orte an denen es sie gibt, aber nur wenige. Ich wünsche mir mehr Frauen*Orte aufzubauen und Solidarität praktisch zu leben.

Ich habe beobachtet, wie unter vier Augen Solidarität gezeigt wird, diese aber verfliegt, sobald sich öffentlich Verhalten werden soll. Oder auch mal ein eigenes Verhalten ohne direkte Aufforderung angebracht wäre. Position zu beziehen ist notwendig, denn ein Nichtverhalten schafft eine Positionierung. Und diese Positionierung ist eine für den Täter. Auch wenn die sich nicht verhaltende Person nicht der anfängliche Aggressor war, nicht vergewaltigt hat, nicht (direkt) Gewalt ausgeübt hat, so verhält sich das Nichtverhalten als eine unterschwellige Gewalt. Die Umgebung der Gewalt bleibt, es schafft und erhält Struktur!

Das Nichtverhalten macht hilflos, es lässt Personen, die Gewalt erlebt haben, immer wieder das Selbe spüren, das sie bei sich selbst erlebt haben. Sie lässt die Opfer Opfer bleiben.

Es schmerzt und es macht sauer wenn immer wieder dieser Fall eintritt, wenn immer wieder gesagt wird, „naja eigentlich ist er ja total nett, nur in diesem Fall irgendwie nicht, aber politisch ist der ja auch sonst voll ok.“ Ich brech gleich!

„Ich kann das ja nicht einschätzen, ich war ja nicht dabei“ Natürlich warst du nicht dabei, wer ist schon bei sexuellen Übergriffen dabei! Sie passieren unterschiedlich und vielschichtig sie sind oft erst spät realisiert, sie sind oft mit anderen Mechanismen verstrickt und sie bedürfen der Zuwendung an die betroffene Person und nicht des Täters.

Mimikry. Das Verstecken und schlagen mit den eigenen Waffen

Oft genug konnte ich beobachten, wie Männer durch die Hilfe von Frauen*, sich eine szenetaugliches feministisches Vokabular angeeignet haben. Und dieses dann gegen die Frauen verwenden. Die Aneignung von Form und Sprache des Feminismus führt zu einer gefährlichen Form von Mimikry, also einer Tarnung unter Feministinnen.

Der Feind wird unsichtbar. Der Mann fühlt sich den Frauen näher, er kann sich auch in radikal feministischen Kreisen bewegen, er kennt die Theorie, jedoch ist sie nicht internalisiert.

Das führt zu einer gefährlichen Vermischung. Die Codes sind klar, jedoch nur an der Oberfläche, das Innere bleibt herrschaftlich, patriarchal und nicht auf sich selbst bezogen kritisch hinterfragt. Die Sprache wird genutzt um sich unangreifbar zu machen. Schlimmer noch wenn die Werkzeuge des Feminismus genutzt werden um das eigene Verhalten zu rechtfertigen. Sie zerstören unseren Zusammenhalt.

Vielleicht sollten wir aufhören unsere Energie in die Bildung des Mannes zu stecken, sondern uns unserer selbst und unserer Bedürfnisse klar werden. Wir sollten uns zusammenschließen und sagen, so geht es nicht weiter.

Ich kämpfe nicht mehr weiter mit denen, die mich unterdrücken wollen oder den Unterdrückern ein Klima schaffen in dem sie bemächtigt werden zu machen was sie wollen. In dem sie immer wieder zu Tätern



werden. In dem ihnen so vorsichtig gesagt wird, sie hätten da irgendwie einen Fehler begangen ohne das es ihnen auch mal so richtig schlecht geht.

Sexismus ist kein Nebenwiderspruch er ist gelebte Herrschaft, angewandte Unterdrückung und

das, System und Struktur übergreifend. Feminismus dient nicht zur Spaltung, ist nicht gemein oder ausschließend, sondern ist notwendig um Machtstrukturen aufzudecken, sich gegen diese zu wehren und zu einer Gesellschaft zu gelangen, die nicht durchfressen ist von Gewalt, Macht und Ausgrenzung.

Kampf gegen das System und gegen das Patriarchat stellen also keinen Widerspruch dar, vielmehr sind diese Kämpfe untrennbar miteinander verbunden.

Ich bin nicht bereit zu akzeptieren! Ich möchte kein Verständnis mehr für den Mann aufbringen, sondern lernen ein Verständnis der Frau zu entwickeln. Ich bin nicht bereit die Wut einfach runter zu schlucken und so wie ich es gelernt habe in mich hinein zu fressen. 3

Die Dinge beim Namen nennen

Der Ausspruch „ich bin vergewaltigt worden“, wird zu etwas persönlichem reduziert, über das du nicht sprechen darfst, weil es irgendwie ja deine Schuld ist. Behalte es lieber als dein privates Geheimnis, weil Mann nicht weiß wie damit umzugehen ist, es macht Angst. Aber Vergewaltigung und sexualisierte Gewalt ist kein Privatproblem einiger Ausnahmen. Es hat Struktur, es ist die Lebensrealität von vielen. Es gibt keine Schutzräume, nicht in der „Szene“, nicht in „der Beziehung“ und auch nicht in Freundschaften. Vergewaltigung und sexualisierte Gewalt sollte nicht als Einzelerfahrung degradiert werden, zu psychischer- und sozialer- Isolation, sondern zu einem gesellschaftlichen Umgang führen. Auch einfach eine Therapie zu machen, um das irgendwie mit sich selbst zu klären, schützt uns nicht davor, dass sich die ganze Scheiße immer

wiederholen kann. Es kann keinen isolierten Umgang mit diesem Problem geben. Der Umgang es zu einem Geheimnis zu machen führt dazu, dass die Gewalt unsichtbar bleibt, rede nicht darüber, dann passiert es auch nicht, rede nicht darüber, denn der kann so was doch gar nicht. Rede nicht darüber, denn du bist diejenige, die die Harmonie zerstört und verantwortlich dafür ist, dass Freundeskreise zerbrechen. Rede nicht darüber oder willst du nur noch als Opfer gesehen werden?

Redet nicht miteinander darüber, dann wissen wir auch nicht wie oft es passiert.

**Es ist eine klare Unterdrückungsstruktur, der Verschleierung und der Isolierung.
Es ist Aufstandsbekämpfung durch das Patriarchat.**

Wenn wir nämlich wissen wir sind nicht alleine, können wir daraus Kraft ziehen und uns organisieren, unsere Ohnmacht umwandeln in Wut. Und unsere Wut in Kampf. Wenn wir uns nicht Isolieren lassen, nicht schweigen, dann gibt es eine klare Gegengewalt, wir benennen was passiert ist. Vor dieser Gewalt, der gegenGewalt der Frauen, den Zusammenschluss, hat das patriarchale cis-tem, nicht ohne Grund Angst und versucht es durch die Kraft der Vereinzelung zu unterbinden.

Gewalt und gegenGewalt

An dieser Stelle braucht es vielleicht einen Gewaltdiskurs. Wie ich bereits geschrieben habe, gehe ich bereits von einer gewalttätigen Struktur aus in der wir leben. Diese Struktur bedeutet, einen ständigen Umgang damit zu finden Gewalt ausgesetzt zu sein aber auch mit der stillschweigenden Hinnahme von Gewalt, sowie für diese Gewalt durch die eigene Person verantwortlich gemacht zu werden. Was bedeutet Gewalt und lässt sich Gewalt von Frauen einfach mit der von Männern gleichsetzen? 4

Gewalt von Frauen wird oft als hysterisch abgestempelt.

Doch es ist nicht Hysterisch sondern Wut. Ich frage mich warum wird diese Wut nicht angenommen, anerkannt und respektiert. Warum wird der Fehler in der Form der wütenden Person gesucht und nicht in dem was die Person umgibt? Warum wird die Wut nicht unterstützt und als eine Form des legitimen sich-zur-Wehr-setzens gesehen?

Warum wird nur die Form betrachtet und der Inhalt zumeist ausgeblendet? Warum fragen sich die Personen auf die sich die Wut richtet nicht was sie gemacht haben, dass jemensch die Kontrolle über sich verliert?

Eine Frage die sich stellt ist, müssen wir in antagonistischen Denkmustern verharren, also ein stetiges Gegeneinander und vernichten der anderen Seite mitdenken? Wenn Frauen gegen Gewalt kämpfen, dürfen sie dann gegenGewalt anwenden?

Wenn Frauen gegen den Kapitalismus kämpfen, dürfen sie dann ihre Energie auf den Kampf der Frauenbefreiung richten? Verteidigung ist legitim, Angriff nicht? Denn Angriff bedeutet eben manchmal Verteidigung.

Ich denke diese Dinge stehen nebeneinander und sind verbunden.

Ich wünsche allen Frauen einen Wutausbruch, genau an der richtigen Stelle. Nämlich an den Mann gerichtet und eben nicht diese Gewalt umzudrehen und auf sich selber zu richten.



Militante Frauen kämpfen und das bedeutet in allen Bereichen des Lebens, ob gegen Bullen oder das Patriarchat!

Und dieses nicht um selber Macht auszuüben, sondern sich und ihre Ideologie radikal zu verteidigen und umzusetzen.

Ich weiß, dass es Angst macht diese Gewalt zu spüren, sie in sich zu tragen und auszuüben. Es ist die Gewalt, die in unseren Körpern gespeichert ist, sich über Jahre und Jahrzehnte festgesetzt hat. Diese Gewalt loszuwerden ist erschreckend, gerade wenn mensch Gewalt ablehnt. Doch sie wird ihren Weg finden und sich äußern, in den meisten Fällen gegen sich selbst. Es ist befreiend die eigene Wut zu artikulieren, ihr nachzugehen, sie abzugeben. Auch wenn das Mittel schwierig ist.

Aber wir sind alle Menschen, tragen Gewalt in uns und sollten uns diesem und unserer Kraft bewusst werden.5 Wir sind keine Opfer des schwächeren Geschlechts, sondern wir können uns sehr wohl zur Wehr setzen.

Zur Verantwortung

Ich denke Menschen gehören nicht sich selber, sondern sie existieren durch die Beziehungen, die sie mit anderen Menschen haben. Dadurch ist es, wenn jemensch weggeht so, als würde ein eigener Teil des Selbst gehen. Ich denke, uns wurde gesagt, wir seien für uns selbst verantwortlich und das stimmt auch, aber zu diesem Selbst gehören so viele Teile, die aus anderen Menschen bestehen, dass wir selbst wunderbar zusammen geklebte Menschen aus vielen Anderen sind und jede Person ist wichtig und jede macht uns zu dem was wir sind, deshalb können wir nicht über uns selbst bestimmen, ohne auch über die anderen zu bestimmen.

Solidarität

Solidarität unter Frauen und auch der Ausschluss von Männern, kann zu etwas Gemeinsamen führen. Nur ist es zunächst wichtig sich ohne den Mann bewusst zu werden. Eine Unterdrückungsstruktur los zu werden. Im Kampf um die Freiheit ist das ein geringer Preis. Wichtig erscheint es mir, männliche Denkmuster abzubauen und eigene aufzubauen. Sich zunächst um sich zu kümmern, wie mit dem Mann umgegangen wird ist erst einmal nicht die Frage. Sich zu lösen und auf Distanz zu gehen hat eine ideologische Perspektive, es heißt sich zu lösen von einer männlichen Sicht auf die Welt. Wenn diese Trennung in sich vollzogen ist, eigene Perspektiven aufgebaut sind, dann kann etwas Neues entstehen.

Die organisatorische Abspaltung vom Mann erscheint mir als eine wichtige Grundlage zum Aufbau einer weiter führenden Idee.

Männliche Strukturen abzulehnen ist (auch) deshalb wichtig, weil wir sie reproduzieren. Jeder Mensch steht nicht alleine in der Welt, sondern ist ein Ergebnis aus dem was mensch erlebt hat. Wir sind Fragmente aus unterschiedlichen Personen, die in uns manifestiert sind und ihr Eigenleben in uns führen. Alles hat einen Effekt auf uns und wir haben einen Effekt auf andere. Deshalb ist es unmöglich Entscheidungen ausschließlich für uns zu treffen. Denn diese Entscheidungen bestimmen auch die anderen.

Die Verbundenheit der Dinge untereinander ist ein wichtiger Schlüssel um sich seiner Verantwortlichkeit bewusst zu werden. Die politische Perspektive von Verbundenheit ist Solidarität. Mit anderen Worten können wir es auch Liebe nennen.

Dieser Text entstand aus vielen Gesprächen zwischen Freundinnen, die gegenseitige therapeutische- und radikaliserende Wirkung auf uns hatten.

Ich danke euch für eure enorme Stärke mit dieser ganzen Scheiße umzugehen.

**Ich liebe euch wütend und mit großer Klappe!
(September 2015)**

1 nur ein kurzer Hinweis an all diejenigen, die es wieder einmal nicht schaffen diesen Text zu lesen ohne sich zu ärgern oder sich sofort zu rechtfertigen. Bitte rechtfertigt euch doch zunächst vor euch selber, reflektiert euer Verhalten und die Struktur in der ihr euch bewegt. Vielleicht ist es auch so, dass wir einfach keine Freund_innen werden, so schlimm ist das ja auch nicht. Aber eins könnt ihr euch überlegen, ist dieser Text an euch gerichtet und müsst ihr zu allem etwas sagen?

2 „...Es macht uns Angst zu merken, unsere Wut richtet sich nicht nur gegen die Bullen, die Institutionen, gegen all das, zu dem wir ohnehin keine Nähe verspüren. Es macht uns Angst, wie umfassend unsere Wut sein kann, wenn wir zulassen, dass sie keinen Halt macht vor denen, die wir Gefährt_innen oder Freund_innen nennen, dass es oft genau diese sind, gegen die wir, ganz unmittelbar, zu kämpfen haben. Es macht uns Angst, beim Umschauen festzustellen: Es sind nur wenige, noch weniger als wir dachten, die bereit sind, mit uns diese Kämpfe zu führen, die bereit sind unsere Wut – auch gegen sie – anzunehmen...“ „can't hold us down“, ramasuri magazin für die revolte Nr.1, März 2015.
Ich empfehle allen den ganzen Text zu lesen!

3 „Wie jede unterdrückte Klasse lernen Frauen, den eigenen Zorn fürchten. Unser Zorn ist furchterregend, und das hat seinen Grund. Wir wissen, wenn er sich jeh Bahn brechen sollte, werden wir womöglich verletzt, oder schlimmer noch verlassen – ein zuverlässiges Maß für soziale Privilegiertheit ist, wie viel Zorn man äußern kann, ohne einen Rauswurf, Verhaftung oder soziale Ächtung fürchten zu müssen. Deshalb schlucken wir unseren Zorn hinunter, bis er wie verdorbenes Essen in und gärt und uns krank macht.“

Laurie Penny „Unsagbare Dinge, Sex, Lügen & Revolution



4 Rhetorische Frage ;-)

5 „Ich konnte einfach nicht mehr die ganze Scheiße ertragen ohne mich zu wehren. Ich konnte nicht im Bett liegen und heulen. Ich wollte nicht alles in mich rein fressen sondern, dass es genau dort landet, all die Scheiße die in mir drin ist. Ich meine letztendlich war es ein riesen Wutausbruch. Ich denke das was an Gewalt in einen rein gesteckt wird kommt auch manchmal wieder raus und so war es. Die ganze scheiß gespeicherte Kacke in meinem Körper und die hat sich entladen in diesem Moment. Und ich bin froh dass sie nicht in mir und im totalen Zusammenbruch im Hinnehmen und sich nicht wehren gelangt ist. Auch wenn dieser Zusammenbruch wahrscheinlich grad vor der Tür steht und auf mich wartet und ich Angst habe, ne scheiß Angst vor mir selber und niemals klar zu kommen. Aus meiner Haut raus will und das endlich alles gut ist und ich hab soviel gearbeitet daran und dann passiert so was. Ich hab ne scheiß Angst vor der Welt. Vor Menschen denen ich vertraue und zu vertrauen. Ich habe Angst mich soviel zusammen zu reißen die ganze Zeit, zu versuchen die Kontrolle zu bewahren, dass solche Ausbrüche kommen. Die Kontrolle so doll zu verlieren über mich dass alles überhand nimmt und ich davon verschluckt werde und ich weiß das wird sich dann nicht gegen andere richten.“ Erfahrungsbericht nach einem Wutausbruch einer Frau.



Kaufen gegen den Kapitalismus!?

In diesem Text wird der Einfachheit halber nur die weibliche* Form verwendet. Jede andere Geschlechteridentität ist mitgemeint.

Aufgepasst: Begriffe wie Kapitalistin oder Profit sind oft moralisch aufgeladen, bei uns stehen sie nur für ökonomische Kategorien.

Einleitung

Man hört es oft: Die Welt wäre ein besserer Ort, wenn die Leute nur richtig, weil bewusst, konsumieren würden. Egal ob immer mehr Lebensmittel mit viel kritisierten Technologien (Stichwort Genmanipulation) produziert werden, Produkte unter verabscheuungswürdigen Bedingungen für Mensch und Tier entstehen oder eigentlich noch brauchbare Sachen einfach weggeworfen werden – für Kritikerinnen des Konsums liegt die Lösung nahe. Sie selbst und alle anderen sollen ethisch korrekt konsumieren. Dieser ethische Konsum kann dabei unterschiedlichste Formen wie FairTrade oder auch regional und biologisch einkaufen annehmen.

Dabei sehen wir ein Problem: Veränderter Konsum führt gar nicht zur Abschaffung der ganzen Misstände, diese haben ihren Grund woanders. Damit diese falschen Vorstellungen über den Konsum aus den Köpfen der Leute verschwinden und wir uns an die Beseitigung der wirklichen Gründe der Misstände machen können, haben wir diesen Text geschrieben.



Die Lebenslüge der Konsumentinnenmacht

Was ist es nun, was den Konsum wirklich bestimmt und was ist von der behaupteten Konsumentinnenmacht zu halten? Konsum lässt sich ganz grundsätzlich so beschreiben: Menschen ziehen aus Dingen oder Dienstleistungen einen gewissen Nutzen. So zieht man Schuhe an bis man neue braucht, beim Frisör werden die überflüssigen Haare abgeschnitten, und das Brot wird jeden Morgen mit Nutella bestrichen und dann im Magen verstaubt.

Diese Güter (und Dienstleistungen) sind einerseits in

unserer Gesellschaft massenhaft vorhanden, die Supermarktregale sind gut gefüllt und meistens quellen sogar noch die Müllcontainer dahinter vor brauchbaren Sachen über. Eine super Sache, könnte man sich denken. Man braucht einfach nur zuzugreifen und hat alles was man so braucht.

Voller Supermarkt und leerer Magen – wie passt das zusammen?

Jetzt kommt die andere Seite: Man ist nämlich vorerst von all diesen nützlichen Dingen getrennt, man kann sie nicht einfach nehmen. Naja, man kann schon – bis man erwischt wird und sich in einer Gefängniszelle erstmal keine Sorgen mehr um Konsum machen muss. Was das Konsumieren dieser Dinge verhindert, ist, dass diese Dinge Eigentum anderer Menschen sind. Um trotzdem konsumieren zu können, gibt es ein, und nur ein, Mittel in unserer Gesellschaft: das Geld. Die



Bettlerin schnorrt einen dafür an, um sich damit Brot für den Magen und Schnaps gegen die Kälte zu kaufen, der Supermarkt will für die Milch und das Brot. Selbst wenn man sich denkt man schlägt

der Gesellschaft ein Schnippchen und stellt die Güter die man braucht selbst her, muss man Geld hinlegen: für Ackerboden, Produktionsmittel, Werkstoffe usw..

In dieser (kapitalistischen) Gesellschaft sieht es so aus: Ohne den Tausch "Geld gegen Ware" ist in den allermeisten Fällen nichts möglich¹. Hier kann schon etwas über die sogenannte Konsumentinnenmacht gesagt werden – Kein Geld, keine Macht Ware zu kaufen.

Kapitalistinnen und Arbeiterinnen: Alles Schnee von gestern?

Das einzige Mittel, welches die Konsumentinnenmacht aufbieten kann, das Geld, hat eine Besonderheit: Man besorgt es sich nicht ein einziges Mal und hat dann genug davon für den Rest des Lebens, ganz im Gegenteil: Jedes Mal wenn man es benützt um an die Güter die man braucht zu kommen, wird das Geld weniger. Und da der Mensch auch ständig konsumieren muss – Lebensmittel müssen regelmäßig gekauft werden, die Miete jeden Monat bezahlt werden – braucht jeder eine ständige Geldquelle.

Sich eine Geldquelle zu besorgen ist für alle Menschen notwendig – alle sind zuerst mal ausgeschlossen von den Dingen die sie brauchen, und brauchen ständig Geld um diese Trennung zu überwinden. Wie die Lebensumstände eines Menschen in dieser Gesellschaft aussehen, ergibt sich aus der Art der Geldquelle die er besitzt.

Die erste Gruppe von Menschen hat schon ziemlich viel von diesem Geld (oder geldwerten Sachen wie Fabriken und ähnliches). Und zwar soviel davon,

dass der Geldbedarf für den normalen Konsum leicht gedeckt ist und immer noch ein Haufen übrig bleibt, für den sich eine Verwendung finden lässt. Diese Leute, die übrigens nur ein verschwindend kleiner Anteil aller Leute sind, nennt man Kapitalistinnen. Die Verwendung, die sie für ihr Geld haben, nennt sich Geldanlage. Das funktioniert im Großen und Ganzen so, dass das Geld für eine gewisse Zeit weggegeben wird und vermehrt zurückkommt. Von diesem Ertrag können die Kapitalistinnen dann leben und ihr Geld wieder auf die Reise schicken um noch mehr Gewinn zu machen.

Die zweite Gruppe hat ziemlich wenig bis gar kein Geld – und was sie davon hat, muss sie für den täglichen Konsum ausgeben. Den Menschen in dieser Gruppe bleibt nur eine Option um an das benötigte Geld zu kommen: Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen 2. Deswegen nennt man diese Menschen auch Arbeiterinnen 3.

Wir sind zwar ziemlich gescheite und vertrauenswürdige Menschen, aber ihr müsst nicht unbedingt unser Wort dafür nehmen, dass die Aufteilung der Gesellschaft wirklich so ist. Die Arbeiterkammer hat z.B. herausgefunden, dass 5% der Österreicherinnen über die Hälfte des Vermögens gehört. Übrigens trifft diese Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur auf Österreich zu. Diese Verteilung findet sich in jedem Staat der Welt. Das ist weder ein Zufall noch ein großes Geheimnis. Wer die Gesellschaft verstehen will, muss nicht nach Verschwörungen und geheimen Machenschaften suchen. Dafür reichen auch öffentlich zugängliche Daten und Fakten.

Der Arbeitsplatz: Zwei Klassen treffen sich...

Wir haben festgestellt, dass die Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, denn sie brauchen Geld – nur damit kommen sie an all die Sachen, die sie brauchen. Ihre Arbeitskraft kann jedoch nur von Menschen gekauft werden, die genug Geld besitzen um einerseits ihren eigenen Konsum zu finanzieren und andererseits noch genug Geld für Investitionen übrig haben. Es wird euch nicht überraschen: Die oben genannten Kapitalistinnen besitzen dieses Geld und nutzen es um Arbeiterinnen für sich arbeiten zu lassen, auch dies ist eine Form der Investition.

Dass das so ist, das merkt man schon an der Arbeitsplatzsuche. Man schreibt nicht einfach ein Facebook-posting o.ä. mit dem Inhalt "Ich will meine Arbeitskraft verkaufen!", weil man weiß, dass die meisten der Freundinnen es sich gar nicht leisten können, eine einzustellen. Man sucht immer den Kontakt zu einer Person, die irgendwie mit einem Unternehmen verbunden ist, damit dort ein gutes Wort eingelegt wird. Diejenigen die darüber entscheiden ob jemand einen Arbeitsplatz hat oder nicht sind also nicht einfach alle, sondern nur eine bestimmte Gruppe – nämlich die Kapitalistinnen (bzw. ihre unmittelbaren Handlangerinnen: Personalmanagerinnen o.ä.).

...die einen aus Not...

Wir haben also festgestellt, dass die Arbeitskraft von der Kapitalistin gekauft und von der Arbeiterin verkauft wird. Warum die Arbeiterin verkauft wissen wir auch schon: Sie braucht Geld. Das gibt ihr die



Kapitalistin, von der wir aber noch nicht wissen, warum sie die Leute anstellt. Dass das die Kapitalistinnen machen, können wir überall feststellen, denn Leute bekommen Arbeitsplätze. Um zu ergründen warum das passiert, lohnt es sich zu betrachten, was die Arbeiterinnen an diesen Arbeitsplätzen eigentlich machen.

Die stehen dort nicht einfach herum oder schauen sich Youtube-Videos an. Sie arbeiten und stellen damit Gebrauchsgüter her, oder Dienstleistungen zur Verfügung. Eine Bäckerin backt Brote, eine Friseurin schneidet Haare, eine Anwältin vertritt einen vor Gericht – sie stellen also einen Nutzen bereit, den andere Menschen, warum auch immer, brauchen.

...die anderen für Profit.

Nun interessiert die Kapitalistin an diesem Vorgang etwas Bestimmtes. Sie kauft sich nicht einfach Arbeitskräfte ein und verkauft dann das Produkt deren Arbeit. Sie interessiert die Relation zwischen der Masse an Geld das sie ausgegeben hat und der Masse an Geld das sie eingenommen hat. Dieses Mehr, also wie viel mehr sie einnimmt als sie ausgibt, ist der Profit 4.

Ein kurzes Beispiel soll das verdeutlichen: Wir nehmen an, dass ein Unternehmen 100 Euro für Materialien und 50 Euro Lohn für die Produktion einer Ware ausgibt. Verkauft dieses Unternehmen die Ware dann für 200 Euro, so hat es einen Profit von 50 Euro erwirtschaftet. Muss das Unternehmen nur 30 Euro Lohn bezahlen, so erhöht sich der Profit auf 70 Euro.

Warum ist das alles interessant für die Konsumentinnenmacht? Warum wollen wir euch etwas über Konsumkritik erzählen und kommen dann mit Profitrechnung? Nun, wenn einem Menschen an der Produktion der Profit interessiert, dann ist der Lohn, also die Menge an Geld welche die Arbeiterinnen für ihre Arbeit erhalten, immer zu hoch. Je kleiner der Lohn ist, desto größer ist der Profit.

Anders gesagt: Je größer der Lohn, desto kleiner fällt der Profit aus. Die Kapitalistinnen haben also ein Interesse daran den Lohn der Arbeiterinnen möglichst niedrig zu halten.



Und damit sind wir am springenden Punkt: Das Mittel, womit die Konsumentinnen ihre Macht ausüben wollen, haben sie erst mal gar nicht selber zur Verfügung, sondern müssen sie sich von einer anderen abholen. Diese andere, die Kapitalistin, schaut noch dazu, dass vom Mittel der Konsumentinnenmacht so wenig wie möglich übrig bleibt! Als Macht bezeichnet man die Menge an Mitteln, die für die Durchsetzung der eigenen Interessen zur Verfügung stehen. Wenn nun aber das einzige Mittel, das ich zur Durchsetzung meiner Interessen zur Verfügung habe, abhängig vom Interesse einer anderen ist, wie kann ich da von einer Macht schwärmen, die ich angeblich besitze?

Und wie wirkt sich das nun aus?

Im ersten Abschnitt wurde generell gezeigt, warum es mit der Konsumentinnenmacht nicht so weit her ist. In diesem Abschnitt gehen wir auf verschiedene Formen dieser falschen Vorstellungen ein, erklären, wieso sie entstehen, und zeigen was daran falsch ist.

Kundin ist Königin?

Die erste solche falsche Vorstellung steckt schon im Titel: Die Kundin sei Königin, sei der bestimmende Part des Verhältnisses, das wir vorher als Konsum bestimmt haben. So wie die meisten falschen Vorstellungen bezieht sich auch diese auf einen Umstand, der wirklich existiert: die freie Konsumententscheidung. Hat man genug Geld, dann steht einer eine riesige Warenwelt offen und ganz viele nützliche Dinge zur Verfü-

gung. Verkauft wird das alles von ständig lächelnden und freundlichen Verkäuferinnen.

Bevor man diese Freiheit aber nutzen, also konsumieren kann, muss man zuerst mal dafür arbeiten – nicht umsonst teilt einem die Sinnspruchwelt mit, dass Geld nicht auf Bäumen wachse und die Eltern haben einer früher jeden Wunsch mit dem Hinweis auf die dafür nötige Arbeitszeit ihrerseits verderben wollen. Dazu kommt: Die Möglichkeit diese Arbeit zu verrichten, hängt gar nicht vom eigenen Wunsch danach ab. Nur weil ich auf der Suche nach Arbeit bin, heißt das noch lange nicht, dass ich auch welche finde. Das hängt immer noch von den Berechnungen einer Unternehmerin ab. Und so passiert es auch, dass genug Menschen ohne Arbeit sind und eine ständige Arbeitslosenstatistik geführt wird: Sie einzustellen lohnt sich einfach nicht.

Die Nettigkeiten, die einem vor dem ersehnten Konsum erwarten, hören aber selbst da noch nicht auf. Die Rechnungsweise der Unternehmen sorgt dafür, dass die Chancen auf einen Arbeitsplatz oft ziemlich gering sind. Die gleiche Rechnungsweise bewirkt aber auch, dass der Lohn, den man für die verrichtete Arbeit erhält immer möglichst gering ist. Schließlich ist der Lohn immer ein Abzug vom Profit und nachdem ja gerade wegen dem Profit erst produziert wird, muss der Lohn möglichst niedrig gehalten werden.

Die angeblich absolute Macht, welche die Konsumentinnen haben, stellt sich als bei näherem Hinsehen als eine ziemliche Illusion heraus. Das Mittel, das sie zur Ausübung dieser Macht besitzen, wird ihnen nur gewährt, wenn es auch in einem ihnen feindlichen Interesse liegt.

Produziert wird, was gebraucht wird?

Die zweite falsche Vorstellung über den Konsum betrifft das Warenangebot, aus dem ausgewählt werden kann. Die Leute stellen sich vor, dass die Nachfrage das Angebot bestimmt. Die Wünsche und Bedürfnisse der Leute also dafür verantwortlich sind, was es im Supermarkt und sonst wo zu kaufen gibt. Woher diese Vorstellung kommt ist auch relativ klar, gibt es doch fast alles was man sich vorstellen kann zu kaufen. Sogar Produkte wie Reinigungssocken für Katzen oder Decken mit Ärmeln, die man sich vielleicht nicht gerade erwartet.

Trotzdem ist die Erklärung, dass die Bedürfnisse der Menschen der Zweck der Produktion wären, eine falsche. Warum? Wäre es wirklich so, würde vieles was man so beobachten kann keinen Sinn ergeben. Menschen sitzen vor Supermärkten und haben klarerweise ein Bedürfnis nach den Sachen drinnen, müssen aber zuerst um Geld betteln um daran zu kommen. Leute erfrieren im Winter, obwohl genug Wohnungen und Heizmittel da sind. Daran zeigt sich, dass zwar viele Bedürfnisse existieren, aber nur als Mittel und nicht als Zweck. Als Mittel der Kapitalistinnen

nämlich, um mit den Bedürfnissen einen Profit zu erwirtschaften. Die Bedürfnisse sind nicht der Grund für die Produktion, sonst würden sie befriedigt werden.

Da der Profit eine Geldmenge ist, die größer als die vorgeschossene ist, folgt daraus auch, dass nur die kaufkräftigen, also die mit Geld ausgestatteten, Bedürfnisse interessant sind: Die Bettlerin ohne Kohle muss selber schauen wo sie ihre Nahrung herkriegt, der Supermarkt bedient sie nicht.



Auch an "erfundenen" Bedürfnissen kann einiges gezeigt werden: Vor Nespresso hatte kein Mensch das Bedürfnis, Kaffee aus kleinen Aluminiumkapseln zu trinken. Wenn man Bedürfnisse möglichst effizient befriedigen will, wäre es ein Unding neue zu schaffen. Braucht man sie aber als Mittel für Profit, kann es nicht genug davon geben. Natürlich nur solange die Bedürfnisse kaufkräftig sind und auf Produkte zielen, die man selbst herstellt. Zur Klarstellung: Uns geht es um die Motivation der Unternehmen, neue Bedürfnisse zu erschaffen, um sie als Mittel für Profit einsetzen zu können – gegen Spielen mit Smartphones und das Trinken von Kaffee aus Kapseln ist nichts einzuwenden. Auch haben wir nichts gegen technischen Fortschritt, wir lehnen nur den Zweck ab zu dem dieser stattfindet.

Es gibt aber noch mehr Phänomene, die zeigen, dass nicht für die Bedürfnisse, sondern für den Profit produziert wird: Geplante Obsoleszenz 5 oder Premium-Marken wären solche. Dinge die nach einer eingeplanten Lebenszeit ihren Geist aufgeben wären vom Bedürfnisstandpunkt komplett widersinnig: Muss man sie doch nochmal produzieren, um das gleiche Bedürfnis zu stillen. Für den Zweck des Profits geben sie allerdings einiges her, doppelt verkauft heißt auch doppelt Geld eingestrichen.

Das gleiche gilt für Premiumnahrungsmittel. Denkt man an Käse, will man zuerst mal, dass der schmeckt und nahrhaft ist. An Premium denkt man bei so etwas nicht. An Premium denkt die Kundin nur, weil ihr bewusst ist, dass es auch minderwertige Nahrung gibt. Premium ergibt nur dann Sinn, wenn man sich vor Augen führt, dass Nahrungsmittel ja auch Geld abwerfen müssen für das Unternehmen, das sie produzieren lässt. Deswegen müssen die Produktionskosten möglichst gering sein. Es werden also beispielsweise viel Dünger, Pestizide und Herbizide verwendet, welche für gleiches oder weniger Geld dem Unternehmen

erlaubt mehr Nahrung zu produzieren. Dabei kommen dann mit allerlei Giften verseuchte Nahrungsmittel raus. Premiumprodukte hingegen sind solche Produkte, bei denen Unternehmen versprechen auf Praktiken zu verzichten, welche die Qualität der Nahrung verschlechtern. Dieses Versprechen lassen sie sich aber nur für teures Geld (siehe den Preis für bio, FairTrade und Premiumprodukte) abkaufen. Dass dieses Versprechen oft genug nicht eingehalten wird, sollte

offensichtlich sein, wenn man sich den Grund dafür klar macht, warum es überhaupt nötig ist. Das Unternehmen will mit möglichst wenig finanziellen Aufwand einen möglichst hohen Profit einfahren.

Konsumentinnen und Unternehmen: Eine wunderbare Freundschaft?

Die vorigen Absätze haben versucht zu zeigen, was mit der Behauptung der Konsumentinnenmacht in all ihren Ausprägungen falsch ist. Gleichzeitig konnten wir aber auch etwas über die Beziehung von Unternehmen und Konsumentinnen lernen: Sie sind Interessensgegnerinnen.

Konsumentinnen haben beim Konsum ein Interesse an einem geringen Preis, da klar ist: Je billiger sie an die gewünschten Güter rankommen, desto mehr eigene Bedürfnisse können sie befriedigen. Gleichzeitig haben sie aber auch ein Interesse an hoher Qualität, da sie ihre Dinge möglichst lange benutzen wollen und sich einen hohen Gebrauchswert erhoffen.

Bei den Unternehmen sieht das etwas anders aus: Sie haben am Konsum genau ein Interesse und das ist der Profit. Um dieses Interesse zu bedienen sind erstens ein hoher Preis und zweitens geringe Herstellungskosten von Vorteil (was sich oft in einer geringen Qualität der verkauften Dinge niederschlägt).

Mit solchen sich ausschließenden Interessen (eine Ware kann nicht gleichzeitig teuer und billig sein) müssen diese beiden Gruppen notwendigerweise in Konflikt geraten. Solch ein Konflikt sollte sich also auch zeigen, wenn wir uns die Welt des Konsums ansehen. Und siehe da, es wimmelt nur so von Erscheinungen dieses Konflikts. Es gibt Ministerien für Verbraucherschutz, die nur dafür eingerichtet sind, die Konsumentinnen zu beschützen: Vor gesundheitsschädlichen Produkten, vor Produkten die gar nicht das können

was beworben wird, usw. usf..

Kundin nicht Königin – Kundin als Mittel zum Zweck!

Nichts also mit Kundin ist Königin. Die Kundin kommt in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wie die Arbeiterin, nur insoweit vor, als sie ein Interesse befriedigt, dass dem ihren direkt widerspricht: Dem Interesse der Unternehmen an Profit. Das denken wir klargemacht zu haben. Seid ihr noch nicht überzeugt, schreibt uns.

Fazit

Zum Schluss noch ein Sprung an den Anfang: In der Einleitung haben wir versprochen, die wirklichen Gründe für all die Übel zu nennen, welche manchen Menschen so sauer aufstoßen, dass sie darüber zu Konsumkritikerinnen werden. Diese Gründe liegen in den zwei Widersprüchen, die wir herausgearbeitet haben:

Da Unternehmen Interesse an einem hohen Profit haben, ergibt sich daraus für die Menschen die in diesen arbeiten, ein möglichst geringer Lohn. Weiters sind ihre Arbeitsplätze so eingerichtet, dass sie für Stimmung, Gesundheit und oft das Leben eine Gefahr darstellen.

Da Unternehmen Interesse an einem hohen Profit haben, ergibt sich daraus für die Umwelt, die als Grundlage und Stoff der Produktion dient, die Zerstörung: Böden und Gewässer werden verseucht, weil die Entsorgung in ihnen billiger ist als eine umweltfreundlichere. Tiere werden möglichst billig, also grausam gehalten.

Diese Übel werden jedoch nicht durch Kritik an der Art und Weise wie Menschen konsumieren aus der Welt geschafft. Das Appellieren an ethischen Konsum verändert nichts an den herrschenden Verhältnissen. Auch unsere vorgetragene Kritik am Konsum im Kapitalismus, schafft dessen Übel nicht ab. Nimmt man sie jedoch ernst und zieht aus ihr die praktischen Konsequenzen, ergibt sich ein ganz anderes Programm als Reformen, die den Kapitalismus auch nicht sympathischer und menschenfreundlicher machen: Notwendig ist das Abschaffen einer Wirtschaftsweise, die sich um Geldvermehrung dreht und das Schaffen einer, in der es um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen geht.

Falls bei euch ein schlechtes Gefühl im Magen übrig bleibt, weil:

ihr doch ein paar gute Argumente für ethischen Konsum kennt,
ihr eine Spielart von ethischem Konsum kennt die ihr gut findet und die bei uns nicht vorkommt,
ihr sonst irgendwas kennt das für die Thematik wichtig ist aber hier nicht zu finden ist,
dann meldet euch. Für Diskussionen zu diesem Thema sind wir immer bereit, und von richtigen Argumenten lassen wir uns immer gerne überzeugen.

Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg [geskrit]

geskrit.wordpress.com

Fussnoten:

1 Auch wenn in dieser Gesellschaft Formen des Konsums ohne Tausch von Ware gegen Geld existieren, so zeigen diese Ausnahmen gerade den Charakter, den der Konsum in dieser Gesellschaft annimmt. Das Dumpstern von Nahrungsmitteln ist entweder rechtlicher Graubereich oder gleich ganz verboten, von Diebstahl ganz zu schweigen.

2 Häufiger Einwand: Stimmt doch gar nicht dass Arbeiterinnen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die können genausogut von Arbeitslosenhilfe oder Mindestsicherung leben.

Was daran falsch ist: Nur bedingt, denn es hat seinen Grund warum die meisten Menschen einen Arbeitsplatz viel lieber haben, als diverse sozialstaatliche Maßnahmen: Der Staat weiß, dass Arbeitsplätze so unangenehm sind, dass viele Arbeiterinnen lieber darauf verzichten würden. Deswegen berechnet er erstens die Höhe der Beträge, die er an die Arbeitslosen auszahlt ziemlich knapp. Die Mindestsicherung beträgt z.B. 814 Euro und ist damit unter der Armutsgrenze. Zweitens schikaniert er die Empfängerinnen, die er als arbeitsfähig einstuft mit lauter Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Besuche beimAMS/Job-center, Bewerbungen schreiben für jeden Scheißjob, Qualifikationskurse ohne Inhalt etc..

Häufiger Einwand: Na gut, Arbeitslosenhilfe ist wirklich nicht das wahre, aber die Leute haben doch heute viel mehr Möglichkeiten als einfach für Lohn zu arbeiten! Sie können sich z.B. Selbstständig machen, und sich so von den ganzen Notwendigkeiten die ihr aufführt befreien.

Was daran falsch ist: Bei der Selbstständigkeit sind zwei Fälle zu unterscheiden. Zuerst einmal die Arbeiter, die von ihrer Firma gefeuert werden und zukünftig als Subunternehmer (IchAG) Aufträge von ihr bekommen. Dies wird von Firmen getan, um Steuern und Abgaben zu sparen, und ändert außer einer vermehrten Ausbeutungsrate für die Arbeiter gar nichts. Dass diese Art der Selbstständigkeit auch vom Staat nicht gewünscht ist, merkt man an dem dauernd von Politikern gefordertem Vorgehen gegen Scheinselbstständigkeit.

Der andere Fall, der wohl eher gemeint ist, sind Leute die sich tatsächlich etwas Kapital besorgen (per Bankkredit) und damit ein kleines Unternehmen starten, meistens solche Sachen wie ein Dönerstand, ein Friseurladen o.ä. Diese Leute arbeiten tatsächlich nicht mehr für den Gewinn eines anderen, sondern nur für sich selbst. Nur haben auch die ein Problem: Ihr Kapital ist meist nicht groß genug, um mehr als ein-zwei Leute anzustellen. Deswegen müssen sie auch selbst mitarbeiten um überhaupt über die Runden zu kommen. Ihr Mittel, um an Geld zu kommen, ist also auch hier nicht die Arbeit fremder Leute – während sie die paar Angestellten die sie haben natürlich auch ausbeuten reicht das alleine nicht um sich eine Existenz zu ermöglichen. Das merkt man daran, dass solche kleinen Meister, wie Marx sie nennt, meistens eine ziemlich lange Arbeitszeit haben (Arbeitswochen von bis zu 60 Wochen), und trotzdem finanziell meistens ziemlich schlecht dastehen. Auch diese Selbstständigen sind den Notwendigkeiten, die ein Leben ohne nennenswertes Kapital mit sich bringt, also nicht entkommen, sondern gehen anders mit ihnen um.

3 Der Begriff Arbeiterin wird auch oft in einem anderen Sinn verwendet. Er bezeichnet dann Arbeiterinnen, die in der Industrie tätig sind, in Abgrenzung zu Arbeiterinnen in Büros, die dann Angestellte genannt werden. Wir meinen hier unserer Definition nach alle Menschen, welche für ihren Lebenserhalt auf Lohnarbeit angewiesen sind, also Lohnabhängige.

4 Häufiger Einwand: Für große Firmen stimmt das schon, dass die nur auf den Profit aus sind – kleinere Firmen wollen aber doch einfach nur was Nützliches herstellen, und müssen dafür halt Gewinn machen. Ihr einziges Ziel ist der Profit sicher nicht.

Was daran falsch ist: Das Verhalten von kleineren Firmen wirkt oft so, als würden sie tatsächlich nicht all die Profitberechnungen anstellen, die man kennt. Sie wandern relativ selten in Niedriglohnländer ab, schütten selten Dividenden an Aktionäre ab (da sie meistens keine Aktiengesellschaften sind) etc. etc. All dies ist jedoch nur eine andere Konkurrenzstrategie: Mit wenig Kapital kann man nicht so leicht seinen Standort verlegen, und Aktien emittiert man dann wenn man ein größeres Ka-

pital anschaffen will. Diese kleinen Firmen sind dann meistens in Nischen tätig, in denen sie mit ihrer vergleichsweise geringen Konkurrenzleistung noch durchkommen. Sobald in eine dieser Nischen jedoch größere Unternehmen einsteigen, gehen sie auch regelmäßig pleite: So wie die Greißler, die die Waffen vor den Supermarktketten strecken mussten. Der Zweck der Firmen ist also gar nicht anders, ob groß oder klein. Nur die Konkurrenzstrategie um diesen Zweck zu erreichen, nämlich Profit, kann variieren.

5 Geplante Obsoleszenz bezeichnet die absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten, die deren Produzentinnen einsetzen um dafür zu sorgen öfter bzw. mehr davon zu

verkaufen. Ein mögliches Beispiel wäre die Verwendung von gleich teuren, aber kurzlebigeren Materialien, von denen man weiß, dass sie kurz nach der Garantielaufzeit den Geist aufgeben. Nachgewiesen konnte bisher die Absicht nicht, auch wenn es ähnliche Dinge auf jeden Fall gibt: Wenn beispielsweise Druckerpatronen eine Chip eingesetzt bekommen, damit man sie nicht wiederverwerten kann. Aber schon alleine der Fakt, dass man sich eine derartige Praxis durchaus vorstellen kann zeigt auf, worum es bei der Produktion von Gebrauchsgütern wirklich geht, nämlich um ihren Gebrauch zur Profitgenerierung von Unternehmen, und nicht um den Nutzen den die Kundin daraus zieht.

Weg mir dem PKK-Verbot

Hallo,
wir möchten euch auf die neue Kampagne zur Aufhebung des PKK-Verbots aufmerksam machen.

Immer mehr Initiativen, Organisationen, Mitglieder von Parteien oder Einzelpersonen wenden sich gegen das im November 1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) erlassende und bis heute bestehende PKK-Betätigungsverbot. Trotz anhaltender Provokation durch Polizeikräfte bei Demonstrationen und eingeleiteter Ermittlungsverfahren wegen des Rufens von Parolen oder Zeigen von Plakaten mit dem Bild von Abdullah Öcalan, treten Menschen mit kreativen und entschlossenen Aktivitäten für die Aufhebung des Verbots ein. Im wahrsten Sinne des Wortes wird Gesicht gezeigt gegen die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden und für eine Bewegung, die mit ihrer Gesellschaft eng verwurzelt ist. Wenn auch die Versuche der bundesdeutschen Repressionsorgane nicht gelungen sind, die kurdische Community von ihrer Freiheitsbewegung und ihrem Repräsentanten Abdullah Öcalan abzuspalten, so ist dennoch die Forderung nach Aufhebung der Verbote notwendig.

Ende 2012 begann ein Friedensprozess der PKK, ihres Repräsentanten Abdullah Öcalan, Vertreter*innen der HDP mit Vertretern der damaligen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der Ende Juli 2015 von ihm einseitig beendet wurde. Stattdessen ist er im Zuge der Neuwahlen am 1. November zur Strategie des Staatsterrors gegen Kurd*innen und alle oppositionellen, insbesondere demokratischen und linken Kräfte übergegangen, um bei den Wahlen im Juni verlorengegangene absolute Mehrheit der AKP wider herzustellen.

Statt das kriegstreiberische Vorgehen des türkischen Staatspräsidenten und der AKP scharf zu verurteilen, reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel zwei Wochen vor dem Wahltermin in die Türkei, um mit Erdogan über die Eindämmung der Flüchtlingszahlen nach Europa zu verhandeln. Kaum war sie zurückgekehrt, wurden am 21. Oktober in Dresden die Räume des kurdischen Vereins und mehrere Privatwohnungen durchsucht und ein politischer Aktivist verhaftet. Er wird von den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedschaft in einer >>terroristischen Vereinigung im Ausland<< (§129b StGB) beschuldigt.

Die deutsche Politik wird im Verhältnis zur Türkei von geostrategischen, ökonomischen und militärischen Interessen geleitet. Mit der Aufrechterhaltung der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und ihren Aktivist*innen – unabhängig von politischen Veränderungen – wird das türkische Regime in seinem Vorgehen bestärkt und bestätigt.

Dieser Kreislauf muss endlich durchbrochen werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Kurdinnen und Kurden für ihre Frieden stiftende Arbeit mit dem Terrorparagrafen 129b StGB überzogen und eingesperrt werden. Die kurdische Gesellschaft muss auch hier unterstützt werden, ihre Kraft für Demokratie und Fortentwicklung effektiv zu entwickeln, statt der Unterstützung des Terrorismus bezichtigt oder mit Ausweisung bedroht zu werden. Die Diffamierung der PKK als terroristisch muss beendet werden. Schließlich wird sie dazu benutzt, auch hier erkämpfte demokratische Grundrechte wie Meinungs-, Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit weiter einzuschränken.

Allerdings genügt es nicht nur in Deutschland das PKK-Verbot aufzuheben, denn auch in anderen Ländern wird gegen Mitglieder und Repräsentant*innen der kurdischen Bewegung, gegen kurdische Institutionen oder Medien vorgegangen. Deshalb ist die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste unerlässlich. Mit dieser Initiative wollen wir unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen und einen Platz bieten, bisherigen Aktivitäten gegen das Verbot zusammenzuführen. Sie soll offen sein für alle, die für Recht auf freie Meinungsäußerung und Organisationsfreiheit, für eine Aufhebung des PKK-Verbots, die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste und für die Freilassung der politischen kurdischen Gefangenen in Deutschland und Abdullah Öcalan in der Türkei ihr Gesicht zeigen wollen.

Wir würden uns freuen, wenn ihr euch der Kampagne anschließt, sie bewirbt oder verbreitet.

Bei weiteren Fragen wendet euch gerne an:

pkknaklar@riseup.net

pkk-verbot-aufheben.blackblogs.org

Aufruf zu internationaler Solidarität – Beeendet die Belagerung von Silvan

Die türkische Regierung hat den Friedensprozess aufgegeben. Im Laufe dieses fast zwei Jahre währenden Prozesses starb fast niemand in Gefechten mit den Sicherheitskräften. Nach den Kampagnen für die Parlamentswahlen im Juni, die durch 170 gewaltsame Angriffe auf HDP-Wahlbüros und Bombenanschläge auf HDP-Büros in Mersin und Adana überschattet wurden, wurden bei einer Kundgebung der HDP in Diyarbakir 4 Menschen getötet und viele verwundet.



Als die AKP bei den Wahlen keine Mehrheit bekam, stieg die Gewalt massiv an. In Suruç wurden 33 junge Menschen auf einer humanitären Mission nach Kobane

durch eine Bombe getötet. In Folge erklärten einige Gemeinden in kurdischen Gebieten als Reaktion auf die steigende Anzahl der Todesopfer ihre „Autonomie“, um ihre Bewohner zu schützen. Die Antwort der türkischen Regierung war eine Reihe von Angriffen der Sicherheitskräfte auf diese Gebiete. Ganztägige Ausgangssperren wurden ausgerufen, Soldaten und Spezialkräfte der Polizei attackierten ganze Viertel. Scharfschützen, die auf alles schießen, das sich auf der Straße blicken lässt, wurden auf Dächern postiert. Viele Zivilisten, einschließlich Frauen, Kindern und alte Menschen, wurden getötet.

Die jüngsten Attacken finden nun in Silvan statt

Seit dem 2. November sind die Viertel Tekel, Mescit und Konak der Stadt Silvan in der Provinz Diyarbakir im Südosten der Türkei durch die türkischen Polizeispezialkräfte und die türkische Armee besetzt. Es gibt eine 24-stündige Ausgangssperre. Zivilisten können ihre Häuser nicht verlassen. Nicht um grundlegende Bedürfnisse zu stillen und nicht einmal, um die Verwundeten zu versorgen oder die Toten zu begraben. Menschen verstecken sich in Kellern, während gepanzerte Fahrzeuge durch die Straßen fahren und Gebäude mit Schüssen aus Maschinengewehren eindecken. Panzer wurden auf umliegenden Erhöhungen aufgestellt und beschießen die Wohnviertel. Auch bewaffnete Helikopter wurden im Gebiet eingesetzt. Es ist nicht möglich, die Anzahl der Toten und Verletzten genau festzustellen, doch es

werden darunter auch Frauen, Kinder und alte Menschen vermutet.

Ziya Pir, ein Abgeordneter der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus dieser Region, berichtet, dass er bei einem Beamten des Innenministeriums zu intervenieren versuchte. Darauf wurde ihm entgegnet: „Wir werden diese drei Viertel von der Landkarte auslöschen.“

Weiterhin berichtet er:

„Sie schießen wahllos auf alle Seiten. Soldaten, Polizisten und komplett nicht registrierte Personen, welche ich nur als „Kopffäger“ bezeichnen kann, beschießen Gebäude von oben bis unten mit Maschinengewehrfeuer. Panzer wurden mit Sicht auf die Viertel ausgerichtet. Wir können die Viertel nicht betreten.“ „Nach Informationen, die wir von dort erhalten haben, verstecken sich Leute in Gruppen von 10-15 Personen in Kellern. Niemand kann rausgehen, da Scharfschützen auf den Dächern positioniert sind. Wenn sie nur einen Schatten in einem Haus oder ein Lebenszeichen sehen, eröffnen sie das Feuer. Bei früheren Operationen gab es ab und zu eine Pause von ein oder zwei Stunden. Jetzt wird pausenlos, rund um die Uhr geschossen.“

Am 15. und 16. November richtet die türkische Regierung die G20 Konferenz in Antalya aus. Währenddessen beteiligt sich dieselbe Regierung am wahllosen Gemetzel ihrer eigenen Bevölkerung. Diese Attacken geschahen während der Wahlkampagnen für die zurückliegenden Wahlen und werden auch nach diesen fortgeführt. Alle Ziele liegen in Gebieten mit hohen Stimmenanteilen für die HDP. Das G20-Treffen ist ein Prestigefaktor für die türkische Regierung und leider unterlassen die europäischen Regierungen die Kritik an Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in der Hoffnung, dass die türkische Regierung den Flüchtlingsstrom nach Europa einschränkt.

Ihr Einspruch kann etwas bewirken. Bitte tun Sie Ihre Sorge um die letzten Entwicklungen in der Türkei kund. Um Leben zu retten, ist es notwendig, dass die Sicherheitskräfte ihre Operationen gegen die Zivilbevölkerung einstellen und dass Parlamentsabgeordnete und unabhängige internationale Beobachter Zugang zu diesen Gebieten bekommen.

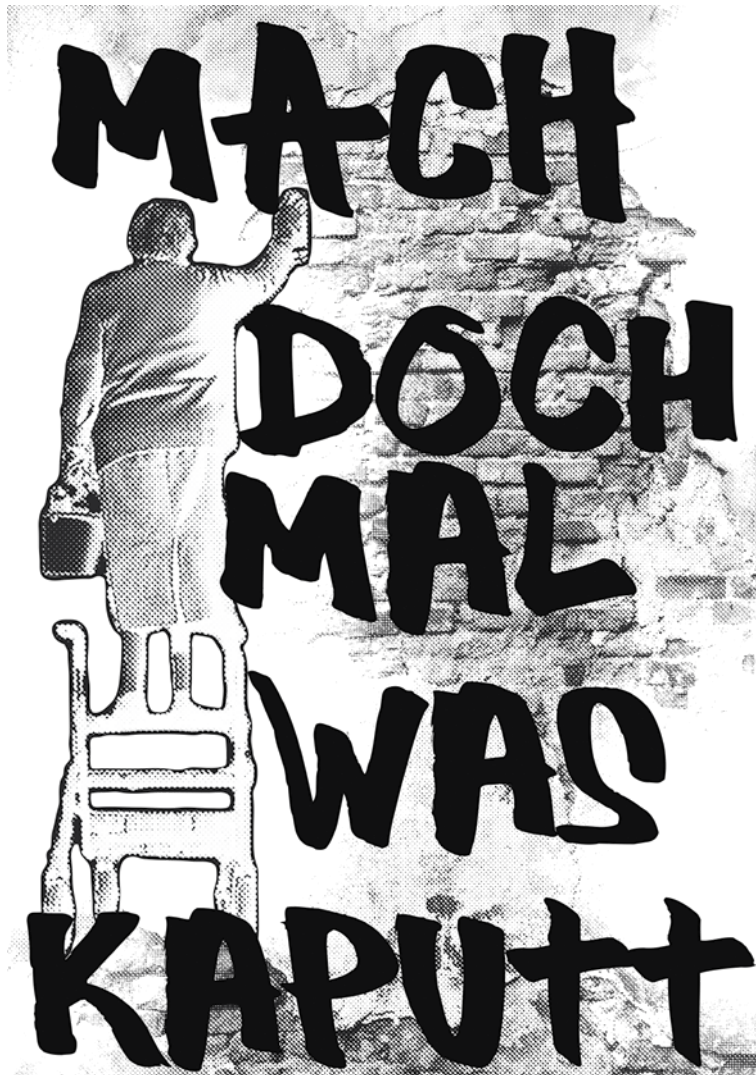
[Anm. der Red.: Wir kennen die aktuelle Lage in Silvan nicht. Erkundigt euch!]



„Mach doch mal was kaputt!“ oder so ähnlich - Das wird man ja wohl nochmal sagen dürfen!

Ich wurde am 30.05.2015 in einer Seitenstraße der Limmerstr. in Hannover Linden festgenommen. Zuvor hatte eine Demonstration, gegen hohe Mieten und Verdrängung und für ein autonomes Stadtteilzentrum in Linden, stattgefunden. Die Bullen warfen mir vor, im Rahmen dieser Demonstration vom Lautsprecherwagen aus, zu Straftaten aufgefordert und die Einsatzkräfte beleidigt zu haben. Nachdem sie mich in ihren Wagen verschleppt und abgefilmt und sich erfreulich viele Unterstützer_innen um den Wagen versammelt hatten, ließen sie mich wieder laufen.

Mittlerweile haben sie den Vorwurf, ich hätte die eingesetzten Damen und Herren von der Polizei als „Bullenschweine“ beleidigt, vorerst eingestellt. Denn der angebliche Aufruf zu Straftaten wiegt schwerer und soll im Januar 2016 verhandelt werden. Die Staatsanwaltschaft hat neun Bullen sowie zwei Genossen als Zeugen laden lassen, um zu klären wer was vom Lautsprecherwagen gesagt hat.



Die Beamt_innen gaben zu Protokoll sie hätten einen Aufruf gehört und zwar in etwa: „Macht was kaputt!“, „Mach doch mal was kaputt oder wenigstens dreckig!“ oder vielleicht auch „Macht mal Dreck oder was kaputt“. Weder ich noch die Genossen gaben etwas zu Protokoll.

Was wurde bloß genau gesagt und in welchem Kontext, in welchem Kontext kann welche Formulierung verwendet werden und was habe ich damit zu tun? Das würde das Gericht wohl gerne wissen. Ich werde dazu nichts beitragen. Aber ich würde mich freuen wenn ihr zum Prozess kommt, damit ich und die Genossen, die als Zeugen geladen wurden, nicht so alleine sind.

Denn ich werde dort einmal mein Maul halten, aber wir alle werden es uns nie verbieten lassen.

**Mo. 25.01.2016, 9 Uhr
Amtsgericht Hannover, Altbau, Saal 2292**

ODER WENIGSTENS DRECKIG



anonym



Die globale Textilwirtschaft lebt von Unterdrückung und ausbeuterischen Produktionsbedingungen. Seit Jahren kämpfen Arbeiter_innen vor Ort für ihre Rechte. Wir denken, es wird auch vom Druck abhängen, den wir hier ausüben, ob ihre Kämpfe erfolgreich sein werden. Kik ist eines der Unternehmen, die mit Armut Profit machen. Unsere Kämpfe müssen so global sein wie das Kapital. Aufklärung, Sabotage und Imagebeschädigung können helfen, Verbesserungen zu erkämpfen. Kapitalismus ist Krieg! Kapitalismus tötet!

Autonome Gruppen



[Anm. der Red.: Schickt uns doch das nächste mal eine digitale Variante oder eine bessere Kopie. Das sieht ja aus wie in der Interim! hihi (nebenbei mal nen solidarischen Gruß an die Veteranin der unabhängigen Blättchen)]

Bild: Eingestürzte Textilfabrik in Dhaka (Bangladesh) mit über 400 Toten